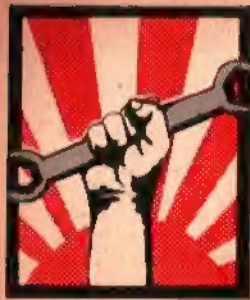


Die Lage  
bei HGW (3)5. Betriebsnahe  
Tarifpolitik

15

Zur Situation  
in Frankreich

19



Jg. 2 Nr. 26 März 73

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

SOPL

## Der Streik bei Hoesch

Vom 8.2. — 11.2. beteiligten sich etwa 20 000 Arbeiter der drei Hoesch-Hütten in Dortmund, „Werfahnhütte“, „Unien“ und „Phoenix“ an einem spontanen Streik. Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Konzernleitung nach mehr Lohn waren nach vier Wochen nach dem Tarifabschluss nicht einen Schritt weiter gekommen.

Trotz der großen Bereitschaft, diesen Streik zu führen, endete er nach drei Tagen für die Arbeiter mit einer Niederlage. Sie konnten ihre Forderung nicht durchsetzen und mußten sich dem Druck der Konzernleitung beugen.

**Stahlarbeiter besonders benachteiligt**

Große Empörung hat bei den Stahlarbeitern im Ruhrpott der diesjährige Tarifabschluß Anfang Januar entfacht. 46 H. mehr für 13 Monate bedeutete zum Beispiel für die Arbeiter der Hoesch-Werke eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 6,4 %. Im Urabstimmungsergebnis von 66,5 % Ablehnung kommt diese Empörung deutlich zum Ausdruck.

Schon beim Tarifabschluß 1971/72 sind die Stahlarbeiter schlechter weggekommen als die übrigen Metallarbeiter. 6 % über 14 Monate hieß im Januar 1972 der Abschluß, der drei Monate nach Aufnahme der Verhand-

lungen zustande gekommen war. Darauf war es zu Warnstreiks und Demonstrationen bei Hoesch in Dortmund gekommen.

Schon seit einem Jahr bereiten die Stahl-Kapitalisten den großen Aufschwung vor, nachdem 1971 einen Rückgang in Umsatz und Produktion gebracht hatte. Besonders jetzt, vor und während der Tarifrunde, nahm ihr Gejammer von roten Zahlen und Verlusten zu. Die Legende von den roten Zahlen maßen diese Herren allerdings in den Rekordumsätzen des Jahres 1970. Bei ihrem Gejammer hatten sie allerdings die Mühe, pralle Auftragsbücher und wiedersteigende Gewinne dahinter zu verstecken.

Was vorher verschwiegen wurde, veröffentlichte das „Handelsblatt“ auf drei Tage nach dem Tarifabschluß unter der Überschrift: „Mehr Stahl als erwartet“. Die Produktion 1972 ist höher als erwartet gestiegen, die Ausschüß für 1973 sind sehr günstig. Hinzu kommt: In den letzten zwei Jahren sind in der Stahlindustrie verstärkt Kosten- und Arbeitskräfte sparende Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt worden. Tausende von Stahlarbeitern wurden im Ruhrpott auf die Straße gesetzt, durch Einführung innerbetrieblicher Punkte- und Prämienysteme wurden die Löhne gesenkt, mit Einführung der Konti-Scheich (Arbeit rund um die Uhr und Sieben-Tage-Woche) fielen besondere Bezahlung von Nacht- und Feiertagschichten weg, für die Arbeiter bedeutet es zudem die Einschränkung der üblichen Freizeit.

### Die Lage bei Hoesch

Der Hoesch-Konzern mit einer Jahresproduktion von 7 Millionen Tonnen Stahl und einem Umsatz von 6,5 Milliarden beschäftigt zur Zeit etwa Stahl und einem Umsatz von 6,5 Milliarden beschäftigt zur Zeit etwa 52 000 Arbeiter und Angestellte. Noch Ende 1968 sind es mehr als 62 000 gewesen. In den drei Dortmunder Betrieben sind es 22 000, wobei die Belegschaft 1972 um 1200 Arbeiter verringert wurde.

Die 1966 mit dem holländischen Hüttenwerk Hoogovens begonnene Zusammenarbeit und schließlich Fusion endete mit der Gründung einer gemeinsamen Aktiengesellschaft ESTEL N.V. in den Niederlanden. Ziel der Fusion ist die Standortverlagerung der Stahlproduktion an die holländische Küste nach Rotterdam (geplanter Bau eines neuen Hüttenwerkes), die Kosten senken durch Rationalisierung und Programmabschaffung der beiden Konzerne auf Kosten der Arbeiter, schließlich die Erhaltung der internationalen Konkurrenzfähigkeit.

Den Dortmunder Arbeitern gegenüber versuchte Hoesch allerdings immer eine Garantie für gesicherte Arbeitsplätze vorzuspielen. Als im August letzten Jahres jedoch der Investitionspost für ein in Dortmund geplantes neues Blasthaushalt bekannt wurde, kam es zu einer Demonstration der Hoesch-Arbeiter zur Hauptverwaltung. Sie forderten die Erhaltung ihrer Dortmunder Arbeitsplätze.

### Widerstand gegen den Tarifabschluß

Als am Morgen des 5.1.73 der Abschluß der Tarifverhandlungen mit den Kapitalisten bekannt wurde, reagierten die Hoesch-Arbeiter empört. Nur 5 Stunden nach Bekanntgabe des Ergebnisses traten Kranfahrer und Arbeiter der Verkalb-Betriebe vom Werk „Phoenix“ aus Protest gegen den niedrigen Abschluß in den Streik.

Die Dortmunder Mitglieder der am selben Vormittag zusammengetretenen IGM-Tarifkommission lebten einmütig

# Vietnam: Der Kampf geht weiter

In Vietnam ist Ende Januar ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet worden. Dieses Abkommen legt u.a. folgende Punkte fest:

1. Die Einstellung aller militärischen Aktionen in Vietnam
2. Den umgehenden Abzug aller Truppen der USA und ihrer Satelliten (z.B. Südkorea und Thailand).
3. Die schrittweise und gleichzeitige Freilassung der Kriegsgefangenen aller Seiten.
4. Die Gewährleistung der demokratischen Rechte des Volkes.
5. Baldige Durchführung von Wahlen und die friedliche Wiedervereinigung des Landes.

Das Zustandekommen dieses Abkommens wird von der südvietnamesischen Befreiungsfront FNL und von der DRV in Hanoi als bedeutender Sieg angesehen. Die US-Imperialisten, die vorübergehend bis zu 500 000 Soldaten in Südvietnam stationiert hatten, sind zum Eingeständnis ihrer Niederlage und zum Rückzug ihrer Truppen gezwungen worden. Die US-Imperialisten und ihre Saigoner Marionetten haben ein Abkommen unterschreiben müssen, dessen Konsequenzen ein freies, unabhängiges und wiedervereinigtes Vietnam sein müßten.

Wodurch wurde dieser Erfolg möglich?

Die vietnamesischen Genossen sagen, daß dieser Sieg an drei Fronten erkämpft wurde — nämlich an der militärischen, an der politischen und an der diplomatischen Front.



Vietnamesische Bauern beim Straßenkampf

Ohne den militärischen Kampf, das heißt ohne den Volkskrieg, den die Vietnamesen seit nunmehr 30 Jahren führen, wäre überhaupt kein Erfolg erreicht worden. Der militärische Kampf bildet die Grundlage, auf der es möglich

lich wurde, erfolgreiche Verhandlungen zu führen.

Das Waffenstillstands-Abkommen ist zugleich ein Erfolg aller Kräfte, die den Kampf des vietnamesischen Volkes unterstützen: vor allem der sozialistischen Staaten und der internationalen anti-imperialistischen Bewegung.

Die Imperialisten haben große Anstrengungen unternommen, um diesen Erfolg, um die Freiheit und Unabhängigkeit Vietnams zu verhindern. Auch wenn ihnen jetzt das Waffenstillstands-Abkommen aufgezungen werden konnte, so haben sie doch ihre Ziele nicht aufgegeben. Deshalb machen die vietnamesischen Genossen nicht den Fehler, nach dem Friedensabkommen in einen Siegestaumel zu verfallen. Vielmehr sind die Genossen bemüht, die revolutionäre Wachsamkeit des Volkes aufrecht zu erhalten.

Das Ziel, das der US-Imperialismus seit nahezu 30 Jahren mit wechselnder Taktik verfolgt, bleibt bestehen: eine Marionetten-Regierung als Werkzeug für die Verwirklichung des amerikanischen Neokolonialismus aufzubauen und aufrecht zu erhalten.

Bereits seit längerer Zeit haben die US-Imperialisten umfassende Vorbereitungen für die Zeit nach dem Abzug ihrer Truppen aus Südvietnam getroffen.

Forts. Seite 2

## Erneute Währungskrise

Am 13. Februar wurde der amerikanische Dollar erneut abgewertet, diesmal um 10%. Der Abwertung war eine riesige Spekulationswelle vorausgegangen, bei der die Deutsche Bundesbank fast 20 Mrd. Mark (in US-Dollar) zur Stützung aufkaufte. Eine so große Spekulationswelle hat es bisher in der Geschichte der Währungskrisen nach 1945 noch nicht gegeben.

Was ist der eigentliche Hintergrund der Währungskrisen, wer verdient daran und auf wessen Kosten werden sie ausgetragen?

Einige bürgerliche Ökonomen geben als Gründe dafür an: die Unausgeglichenheit der Zahlungsbilanzen (besonders der USA) und die Überbewertung des Dollar gegenüber von DM und Yen. Dies ist jedoch nur die äußere Erscheinungsform, erklärt aber nicht, warum die Wechselkurse falsch sind und warum noch auf solchen falschen Kursen bestanden wird.

In Wirklichkeit geht es hier um ökonomische und politische Machtfragen, um den Anteil am Weltmarkt, um Einflußsphären.

Die Ursachen der dauernden, seit der Pfundabwertung von 1967 sich immer schneller wiederholenden Währungskrisen sind die Änderungen im Kräfteverhältnis zwischen den entscheidenden imperialistischen Großmächten (USA, Japan und die westeuropäischen Imperialisten). Die Änderungen im Kräfteverhältnis (wegen des ungleichmäßigen Wachstums) führen zu einer Verschärfung der Konkurrenz.

Anzeichen dafür sind die Währungskrisen. Das Ergebnis der jeweiligen Kriege zeigt auch recht deutlich das Kräfteverhältnis der daran beteiligten Mächte an. Die immer schnellere Abfolge der Krisen spiegelt die zunehmende Krisenanfälligkeit des gesamten kapitalistischen Weltwährungs- und Weltwirtschaftssystems bei verschärfter imperialistischer Konkurrenz wider. Sie straft alle die Lügen, die — wie US-Präsident Nixon — die letzte umfassende Wechselkursreform vom Dezember 1971 in den Himmel hochgehjubelt haben und von der „größten Währungsreform der Geschichte“ sprachen. Sie hielt nur 14 Monate.

Die viel beschworene „umfassende Reform des Weltwährungssystems“, von der fast alle Zeitungsschreiber sich ein Ende der Währungskrisen erhoffen, wird unter diesen Bedingungen auch nicht viel länger halten. Ob sie überhaupt zustande kommt, ist ebenfalls nicht gewiß.

Das jetzige Weltwährungssystem wurde 1944 in Bretton Woods vereinbart und hat — selbst nach Angaben bürgerlicher Ökonomen — nur wenige Jahre wirklich funktioniert. Es wurde zu einem Zeitpunkt errichtet, als die USA fast auf dem Höhepunkt ihrer Macht waren. Sie besaßen über die Hälfte der Wirtschaftskraft der gesamten Welt und hatten überdies als einziger ein intaktes Produktionsapparat. Die USA erzwangen daher ein völlig auf ihre Interessen zugeschnittenes Währungssystem:

Alle kapitalistischen Staaten mußten

sich verpflichten, den Dollar zu einem festgesetzten Preis zu kaufen, der zu dem noch stark überhöht war. Das heißt, der Dollarkurs ergab sich nicht mehr aus Angebot und Nachfrage, sondern war durch Vertrag festgesetzt und durch die politische, ökonomische und militärische Macht der US-Imperialisten abgesichert.

Dieser überhöhte und lange Zeit unanfechtbare Dollarkurs ermöglichte den US-Imperialisten einen billigen Kapitalexpand (Kapitalanlagen im Ausland waren billiger — als in den USA selbst) und billigen Warenimport (für einen Dollar konnten mehr Waren im Ausland eingekauft werden, als in den USA selbst).

Die US-Imperialisten aber beschränkten sich nicht auf diese wirtschaftlichen Vorteile.

Als Weltpolizist schickten sie ihr Militär und ihre Waffen in alle Erdteile, stützten mit Hilfe des CIA viele Regierungen in der Dritten Welt und finanzierten Kriege gegen antikoloniale Befreiungsbewegungen, „Militär- und Wirtschaftshilfe“ nannten sie das. Riese Kapitalien — von der amerikanischen Arbeiterklasse erarbeitet — steckten die US-Imperialisten in die Kriege gegen die Völker der Welt.

Inzwischen aber — seit dem 2. Weltkrieg — hat sich das Kräfteverhältnis zwischen den kapitalistischen Großmächten verschoben: während in den USA geringe Produktivität, hohe Ar-

Forts. Seite 2



„Kommt nicht mehr Geld, wird die Arbeit eingestellt!“

Forts. Seite 3



## Forts. VIETNAM

fen. Die Saigoner Militär-Clique verfügt heute – dank der massiven Unterstützung aus den USA – über eine der größten Luftwaffen der Welt, über ein Heer von „Polizisten“ – alles gelenkt von amerikanischen „Beratern“. Zur „Unterstützung“ werden die US-Militärstützpunkte in Thailand ausgebaut; hier lagern auch große Mengen amerikanischer Kriegsmaterialien.

Es ist offensichtlich: der US-Imperialismus zieht sich nicht aus Vietnam zurück, er bleibt „präsent“ – und sollte die Saigoner Clique es nicht schaffen, allein eine Friedensregelung und die Durchführung freier Wahlen zu verhindern, so wird der US-Imperialismus sich nicht scheuen, auch wieder direkt militärisch in Vietnam einzugreifen.

teilweise noch gezielt verstärkt worden. Diese Angriffe sind vor allem darauf ausgerichtet, noch nach dem Waffenstillstand Hauptverkehrs-Strassen „frei“ zu kämpfen und Dörfer in den umkämpften Zonen des Landes zu besetzen bzw. zu zerstören.

Obwohl das Militär-Regime inzwischen diese militärischen Vorstöße gar nicht mehr verheimlicht (z.B. wurde offen der Versuch bekannt gegeben, in Raum von Danang die Nord-Süd-Verbindung zu erobern), wird an der Lüge festgehalten, das Abkommen würde durch Aktionen der Befreiungsfront gebrochen. Im Schatten des Waffenstillstandsabkommens will das Regime erreichen, was im offenen Kampf nicht möglich war: die Zurückdrängung der FNL und die Abschneidung der Befreiten Gebiete.

soll von der FNL kontrollierte Gebiet scheinbar eingeschränkt werden, denn diese Frage „ist von Bedeutung bei einer endgültigen Friedensregelung.“

Es kann auch keine Rede davon sein, daß die Saigoner Regime die demokratischen Freiheiten des Volkes gewährleisten würde, wie es das Waffenstillstandsabkommen vorschreibt.

Besonders schwer ist die Lage der über 200 000 politischen Gefangenen in Südvietnam. Das Militär-Regime hat diese Gefangenen noch unmittelbar vor dem Waffenstillstand zu „Kriminellen“ erklärt, um sie der Kontrolle durch internationale Institutionen wie „Rotes Kreuz“ u.ä. zu entziehen. Viele politische Gefangene werden ermordet.

Es ist völlig klar, daß weder die US-Imperialisten noch ihre Marionetten

## Forts. Währungsfrage

beifolgend, Inflation und Massenendeckelung das düstere Bild des sterbenden Kapitalismus zeichnen und die politisch-militärischen Niederlagen der USA in Indochina den Verfall des amerikanischen Imperialismus anzeigen, sind die westeuropäischen Imperialisten erstarkt und stellen – allen voran die BRD – ernst zu nehmende Konkurrenz dar. (vgl. der Artikel „Großmachtplan der europäischen Imperialisten“, in ARBEITERKAMPF Nr. 24 und 25)

In den Währungskrisen der letzten Jahre ging es darum, diesen veränderten Kräfteverhältnis auf dem Gebiet des Währungssystems Rechnung zu tragen. Ein neues Währungssystem mußte her, das alte von Bretton Woods funktionierte nicht mehr, denn die Grundlage, auf der es aufgebaut war – die absolute Vormachtstellung der USA – hatte sich verändert.

Vereinfacht ausgedrückt – der Dollar entwertete in dem Maße, in dem der Verfall des US-Imperialismus deutlich wurde. Die anderen Staaten der westlichen Welt waren nicht mehr bereit, sich an den Zwangsvertrag von Bretton Woods zu halten und den Dollar zu überhöhten Preisen zu kaufen. Das erste Mal waren die USA im Dezember 71 gezwungen, den Dollar offiziell abzuwerten.

Die 10 %-ige Abwertung des Dollar im Februar dieses Jahres hat darüber hinaus gezeigt:

- 1.) Die USA haben zum zweiten Mal zugeben müssen, daß ihre größte Zeit vorbei ist.
- 2.) Die Konkurrenz unter den Imperialisten hat sich weiter verschärft. Notwendige Folgen dieses verschärften Konkurrenzkampfes werden sein: Zollerhöhungen bzw. Importzuschläge, Behinderungen im internationalen Kapitalverkehr, Erschwerung des Devisenverkehrs, die Tendenz geht in Richtung Abbau des zur Zeit noch relativ freien Welthandels und Devisenzwangswirtschaft.

Nach dem ersten Weltkrieg führte die Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz zum weitgehenden Zusammenbruch des Welthandels und zur Weltwirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit.

3.) Die BRD ist andererseits noch nicht an einer krassen Zuspitzung des Widerspruchs zwischen den US-imperial-

isten und der EWG interessiert.

Sie hat versprochen, in den Zollauflösungsbeziehungen zwischen EWG und USA für den US-Standpunkt „Verständnis zu zeigen“ und will den USA beim Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz „helfen“.

4.) In Währungsfragen entscheiden in der EWG nicht der Ministerrat, in dem alle Mitglieder sitzen, sondern die „Großen Drei“, die Finanzminister der BRD, Frankreichs und Englands. Die kleineren Mitgliedsländer haben sich unterzuordnen.

Die Währungskrisen werden regelmäßig von der bürgerlichen Presse dazu ausgenutzt, einen Propagandafeldzug für neue arbeiterfeindliche Maßnahmen – wie weitere Preistreue, Entlassung von Arbeitern, Lohnerhöhungen oder „Stabilitätskoffer“ bei Lohnforderungen – zu starten. Es soll der Eindruck erweckt werden, nur durch „härtere Ums“ sei man dazu „gezwungen“, aber eigentlich wolle man ja gar nicht. Ebenso wird in solchen Fällen regelmäßig die „Einheit der Nation“ gegenüber dem Ausland beschworen – etwa nach dem Motto: Jeder trifft etwas gleich, alle müssen den Gürtel enger schnallen.

Bereits wenige Tage nach der Abwertung beschloß die SPD-Regierung Steuererhöhungen. Im Rahmen der sogenannten „Abschöpfung flüssiger Mittel“ wurden mehrere Steuern erhöht, die Mineralölsteuer um 5 Pfennig je Liter. Sie sind vom Autofahrer zu zahlen. Die Kapitalisten müssen sie zwar auch zahlen, sie haben jedoch schon erklärt, daß sie diese auf die Preise weitergeben werden. Also noch ein Schub Preiserhöhungen.

Um das Gesicht zu wahren, erhöhte die SPD-Regierung auch einige Steuern für „Großverdiener“ (also Unternehmer, hohe Angestellte usw.). Auch diese zusätzlichen Abgaben werden auf die Preise aufgeschlagen werden. Die Profite werden dadurch nicht beeinträchtigt werden. Solange diese Herren die Preise bestimmen können, wie sie wollen, sitzen sie in solchen Angelegenheiten immer am längeren Hebel.

Die konkreten Folgen der jetzigen Währungskrise werden also den Lohnabbau durch verschärfte Inflation vergrößern. Die Arbeiter sind auf alle Fälle die Verlierer. Gewinner ist das Großkapital.

## Berichtigung

Im letzten Artikel „Zentrale Demonstration in Bonn“ in der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF ist uns in der Anordnung der Absätze leider ein Fehler unterlaufen. Die beiden Absätze in der zweiten Spalte mit den Anfängen „Entscheidend ist aber...“ und „Die aktuelle Hauptaufgabe...“ sind die Schlussabsätze, während der letzte Absatz des Artikels, der mit „Das Modell der zentralen Demonstration...“ anfängt, an die Stelle der beiden obengenannten Absätze gehört.



Bewaffneter Kampf und Entwicklung der Landwirtschaft bilden eine Einheit

Entsprechend dieser Politik hat die US-Regierung offen erklärt, daß sie die Saigoner Clique als „einzige rechtmäßige Regierung“ in Südvietnam betrachtet. Diese Erklärung steht bereits im Widerspruch zum Waffenstillstands-

abkommen, das den USA jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Vietnams untersagt.

Dazu kommt, daß die US-Imperialisten jede Möglichkeit wahrnehmen, um mit ihren sogenannten „Beratern“ weiter die politische, militärische und wirtschaftliche Entwicklung Südvietnams entscheidend zu bestimmen.

Das Saigoner Militär-Regime hat durch Worte und Taten immer wieder gezeigt, daß es nicht bereit ist, das Waffenstillstandsabkommen zu respektieren.

Die Angriffe der Marionetten-Truppen gegen Befreite Gebiete in Südvietnam dauern nicht nur an, sondern sind

unterhalb der „Schwelle“ offener militärischer Aggressionen führt das Saigoner Regime sogenannte „Polizei-Aktionen“ durch, um z.B. anti-imperialistische Menschen aus den Befreiten Gebieten und den umkämpften Zonen

zu verschleppen, um die Gebiete unter Kontrolle des Regimes auszuweiten etc.

Diese Maßnahmen verstößen natürlich gegen das Waffenstillstandsabkommen. Überdies unterminiert das Regime größte Anstrengungen, um die Bevölkerung daran zu hindern, sich offen zur Befreiungsfront zu bekennen. So wurde schon einige Wochen vor Abschluß des Abkommens der Verkauf von Stoffen in den Farben Rot und Blau verboten, weil diese Farben der Fahne der Befreiungsfront sind. Das Hissen von Fahnen der FNL ist ebenfalls verboten; Dörfer, die trotzdem die Fahne der FNL zeigen, müssen damit rechnen, bombardiert zu werden. So

Gebieten und den umkämpften Zonen zu verschleppen, um die Gebiete unter Kontrolle des Regimes auszuweiten etc.

vorhaben, gemäß dem Waffenstillstandsabkommen die Durchführung freier Wahlen in Südvietnam zu dulden. Ebenso wie sie das Genfer Abkommen über Indochina von 1954 brachen, wollen sie nun das Waffenstillstandsab-

kommen als nun das Waffenstillstandsabkommen zunichte machen. Ihr Ziel ist erreicht, wenn sie vorübergehend die internationale Bewegung gegen die US-Aggression schwächen können, wenn es ihnen im Schatten des Abkommens gelingt, Befreite Gebiete in Südvietnam wieder unter Kontrolle zu bringen und so viele Oppositionelle wie möglich abzuschlagen.

Das ist der Grund, warum es auch in den nächsten Monaten noch keinen Frieden in Vietnam geben wird. Deshalb müssen auch die anti-imperialistischen Kräfte, die überall auf der Welt in der Vergangenheit das kämpfende Vietnam unterstützt haben, weiterhin aktiv bleiben.

## Vietnam: Demonstration in Oldenburg

DKP und Jusos mit Sonderinteressen

## Bericht der KB-Gruppe Oldenburg

Am 18. Januar demonstrierten etwa 600 Menschen in Oldenburg gegen die Vietnam-Politik der Nixon-Regierung und solidarisierten sich mit den Forderungen des vietnamesischen Volkes: Sofortige Unterzeichnung des „Neun-Punkte-Abkommens“, Bombardierungstop, Ams raus aus Indochina! Weil das Thieu-Regime in Südvietnam zig-tausende Demokraten und andere Oppositionelle in Gefängnissen und Internierungslagern fesselt und viele umbringen läßt, wurde auch „Freiheit für die Opposition!“ und „Schluß mit der Liquidierung der politischen Gefangenen in Südvietnam!“ gefordert.

## Parteiorniertes Auftreten von SPD und DKP

Während auf der Kundgebung im Anschluß an die Demonstration ein Sprecher der Junglercher in der Gewerkschaft Kriehelung und Wissenschaft eine fortschrittliche Rede hielt, die in einfachen Worten die Verwerflichkeit des US-Terrors in Vietnam und die Empörung der Demonstrationsteilnehmer de-

rüber zum Ausdruck brachte und auch zur Bedeutung des Kampfes des vietnamesischen Volkes anschnitt, nutzten die Redner der „Jungsozialisten in der SPD“ und der DKP die Kundgebung für parteipolitische Propaganda aus. Der Vorsitzende der Oldenburger Jungsozialisten putzte die SPD als eine führende Kraft in der „Vietnam-Solidarität“ heraus. Völlig unerklärlich schien es ihm, daß Willy Brandt den Vietnam-Krieg der USA noch nicht verteidigt habe, obwohl ihm doch der Friedensnobelpreis verliehen worden war. Man sollte den Eindruck gewinnen, Willy Brandt und einige wenige andere Sozialdemokraten würden von der „antimperialistischen Linie“ der SPD „abweichen“, was zwar bedeutsam sei, aber doch ja kein falsches Bild von der SPD hervorgerufen dürfe. Insgesamt ging es in seiner Rede mehr um die SPD als um die Interessen des vietnamesischen Volkes.

Mit ähnlicher Masche – nicht ganz so aufdringlich – versuchte es auch der DKP-Redner, der seine frühere SPD-Mitgliedschaft (ehemaliger Vorsitzender der Jungsozialisten) ins Spiel brachte und die Werbetrommel für die DKP rührte. Er forderte ebenso wie der

Juso-Redner zur Teilnahme am Dortmund-Vietnam-Kongreß und der damit verbundenen Demonstration am 20. Januar auf, die von DKP und Jusos unterstützt wurde. So entstand der Eindruck, daß ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Oldenburger und der Dortmunder Aktion bestünde, obwohl sich in Oldenburg auch einige Gruppen beteiligten, die sich für die von NRF initiierte Demonstration in Bonn am 14. Januar einsetzten. Dieses parteiornierte Auftreten ist auch von etlichen Kollegen und anderen Demonstrationsteilnehmern kritisiert worden. DKP und Jungsozialisten hatten also die Kundgebung genutzt.

## Rote Fahnen verboten

Besonders albern und peinlich war die auf der Kundgebung vom ASIA der PH (in Abtache u.a. mit der DKP) vorgesehene Distanzierung von Demonstrationen, die rote Fahnen mit sich trugen. Zu Beginn der Demonstration sollten die Fahnen einkassiert werden, was aber nicht klappte.

Während auf der 1. Mai-Demonstration der Oldenburger DGB-Jugend von 1971, an deren Vorbereitung auch die DKP und der ASIA beteiligt waren,

rote Fahnen zum allgemeinen Demonstrationssymbol gehörten, hat diese Leute jetzt völlig die Angst übermannt, „die Bevölkerung irgendwie zu verschrecken“.

Bei den „Bündnisverhandlungen“ zur Vorbereitung dieser „gemeinsamen Demonstration“ wurden eine Reihe Parolen beschlossen, sowie ein Aufruf, mit dem sich eine Vielzahl von Organisationen solidarisierte, u.a. auch die Gruppe des Kommunistischen Bundes.

Ent als das Flugblatt bereits gedruckt war, setzten mehrere Gruppen unter Federführung bzw. maßgeblicher Unterstützung von Sozialdemokraten und Revisionisten während einer organisatorischen Besprechung durch: Verbot roter Fahnen, keine Sprechchöre, stattdessen Fackeln und Schweigemärsche. Die gesamte Aktion lag schließlich in Händen von Sozialdemokraten und Revisionisten, die die Kundgebung dann ja auch reichlich als Plattform für ihre Parteiladen-Propaganda benutzten. Der KB und andere Gruppen durften unterschreiben und mitlaufen.

Gleich während der Demonstration teilte ein führendes DKP-Mitglied einem KB-Genossen mit, daß „unsere Partei

mit Organisationen „guter Couleur“ keine Aktionsbündnisse mehr eingehen wolle. Als Vorwand diente ihm ein Vietnam-Flugblatt des KB, das zwei Tage vor der Demonstration in Oldenburg verteilt worden war. Der gemeinsame Demonstrationsauftritt enthielt einen Appell „an die Bundesregierung, alles zu tun, um die US-Regierung zur sofortigen Unterzeichnung zu bewegen“. In unserem eigenen Flugblatt begründeten wir, warum solche Appelle „ziemlich nutzlos“ sind, was von Anfang an klar war und sich auch bestätigt hat. Derartige Appelle kommen überaus häufig – ohne kritische Einschränkungen – von der DKP und sind geeignet, Illusionen über die Bereitschaft der Bundesregierung zur Verrückung des US-Terrors in Vietnam zu erzeugen und vorzuspiegeln, die Nixon-Regierung könnte durch „Einflußnahme“ der Bundesregierung zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens „bewegt“ werden. Daß der KB diesen Appell an die Regierung kritisch kommentiert hat, hielt jener DKP-Führer für einen Verstoß gegen das Aktionsbündnis! 10 Minuten später ließ er denn vom Podium aus Parteipropaganda los.



fig das ausgehandelte Ergebnis in der Abstimmung ab.

Bei den anschließenden Diskussionen in den Betrieben wurde scharfe Kritik an der IGM-Tarifpolitik geübt. Die Vertrauensleute der „Westfaltenhüte“ traten offen für eine Ablehnung des Ergebnisses in der Urabstimmung am 11./12.1. auf. Daraufhin stimmten die Dortmunder Arbeiter mit 75,3 % gegen das Ergebnis, auf der „Westfaltenhüte“ waren es 83,7 % aller organisierten Kollegen.

Die Forderung hielt Streik zur Durchsetzung der aufgestellten 60 Pf. Forderung.

Die Arbeiter kritisierten eine Tarifpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Kapitalisten, nicht aber an den Forderungen der Arbeiter orientiert. Diese Politik, die ihren Ausdruck in der zentralen Verhandlungsführung und der alleinigen Entscheidungsmacht des Gewerkschaftsvorstandes findet, stößt zunehmend auf Widerstand. Forderungen nach mehr Entscheidung der Basis der Gewerkschaft werden aufgestellt.

- satzungsmäßige Rechte der Vertrauensleute
- Wahl und nicht Ernennung der Mitglieder von Tarifkommissionen
- bindender Charakter von Urabstimmungen
- keine Verhandlung nach Streikabschluss, unverzügliche Durchführung des Streiks
- kein Ergebnis, ohne daß es durch Abstimmung genehmigt ist
- Herabsetzung der 75 % Klausel auf 60 %

Dazu meinte ein Kollege: „Dem Vorstand reichen 25 % Ja-Stimmen, um seine Politik durchzusetzen, von uns verlangt man aber 75 % Nein-Stimmen, erst dann heißen wir Mehrheit“.

Inbetrieblich verlangten die Hoesch-Arbeiter eine zusätzliche Erhöhung in den 46 Pf. Die Betriebsräte nahmen hierfür die Verhandlung auf. Nach Wochen lang wurde verhandelt, dann da etwas dabei herauskam, die Treue und das Vertrauen in die Verhandlungen waren erschöpft.

## Der Streik beginnt

Nach gut in Erinnerung ist den meisten Arbeitern der September 1969, als es dann das 27.000 Hoesch-Stahlwerkern in einen zehntägigen Streik gelang, den Kapitalisten eine Erhöhung der Löhne von 30 Pf. abzuringen. In diesem Streik gelang es sogar, die zu Streikbeginn erhobene Forderung nach 20 Pf. mehr während des Streiks noch zu erhöhen.

alle, sei schuld an der Unzufriedenheit der Stahlarbeiter.

Die Aktion der Hoesch-Arbeiter hingegen macht deutlich, daß sich die Proteste gegen einen Lohnabschluß richten, der faktisch Abbau des Reallohns bedeutet, und das für alle Arbeiter, egal in welcher Lohngruppe sie eingestuft sind.

## Alle Räder stehen still

Während der Streikfront mit nahezu 20.000 Streikenden immer breiter wurde und am Freitag die Produktion total stilllag, nur ein Notdienst wurde aufrecht erhalten, weigerten die Kapitalisten sich, ein weitgehendes Angebot zu machen. Über seinen Pressesprecher läßt der Konzernvorstand erklären: „Die Arbeitsniederlegung nach dem Tarifabschluß ist völlig unverständlich. Arbeitsniederlegungen während laufender Tarifverträge sind unangebracht. Das Angebot wird auf keinen Fall erhöht, die Streikzeit nicht bezahlt und die Möglichkeit rechtlicher Schritte überprüft.“

Die Arbeiter aber stehen zu ihren Forderungen. Drei Marschzügen aus den einzelnen Hoesch-Werken demonstrieren am Freitag um 10 Uhr in der Dortmunder Innenstadt. Sprechchöre und Parolen während der Demonstration unterstreichen die Forderungen: „14 Pfennig! 14 Pfennig!“ und „Wir brechen einen alten Brauch: Preise runter, Löhne raus!“

Mehr als 6000 Kollegen, die gesamte Fraktion der drei Werke, versammelten sich auf dem Alten Markt zu einer massiven Protestkundgebung. Mit dem vielstimmigen Chor „46 Pfennig sind für'n Arsch, 60 Pfennig heißt unser Marsch“ protestierten sie gegen den neuen Tarifabschluß.

Einige Kollegen hielten Ansprachen und begründeten die Forderungen der Arbeiter. „Letztes Jahr hat Hoesch 1200 Arbeiter eingespargt, die Produktion ist aber trotzdem gesteigert worden. Unsere Forderung nach mehr Lohn ist gerechtfertigt!“ rief ein Sprecher, und sofort setzten Sprechchöre ein: „4 Pfennig sind für'n Arsch, 14 Pfennig heißt der Marsch!“

Ein weiterer Kollege prangerte die Spaltungstaktik der Kapitalisten an: „Kollegen! Es wird in allen Betrieben gestreikt! Glaubt nicht den Betriebsleitern und Meistern, die traditionell auf der anderen Seite stehen. Wir machen weiter bis unsere Forderungen akzeptiert werden!“ Sprechchöre unterstützten ihn: „Solange der Arsch ein Hose paßt, wird keine Arbeit angefaßt!“

Ein anderer Sprecher wies darauf hin, daß es den Kapitalisten vor allem

und „Union“ der Streik immer wieder abbröckelt. Am Nachmittag nimmt erstmals auch wieder eine Abteilung auf der „Westfaltenhüte“ die Arbeit auf.

Trotzdem kommt es am Samstagvormittag zu einer weiteren Demonstration in Dortmund, an der sich fast 1000 Kollegen beteiligen.

Am frühen Abend kommt es dann zur entscheidenden Versammlung, die Vertrauenskörper-Leitung verkündet nach fast vier Stunden Beratung: „Der Streik hat keine Basis mehr, geht wieder an die Arbeit zurück.“

Auf der Versammlung kommt es zu harten Auseinandersetzungen zwischen Kollegen, die weiterstreiken wollen, und den Vertrauensleuten. Das Ab-

sich gerade auch an den Lohnabschlüssen der letzten 1 1/2 Jahre zeigt. Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft hat die Bildung über die nationalen Grenzen hinausgehender Monopole beschleunigt und zu stärkeren Rationalisierungen, Produktionsverlagerungen und Fusionen in großem Umfang geführt, von denen z.B. auch Hoesch betroffen ist. Die Rücksichtslosigkeit, mit der sich die Kapitalisten über die Interessen der Arbeiter hinwegsetzen, ist von den Hoesch-Arbeitern unterschätzt worden.

Ein entscheidendes Moment, das 1969 für den Erfolg der Streiks sprach, war in diesem Jahr nicht vorhanden: der Überraschungseffekt, einen „wild“ Streik durchzuführen, den die

die Arbeiter nachträglich ihre Bereitschaft zur Arbeit eintragen können. Wer unterschreibt, erhält die Streikzeit bezahlt.

Doch noch auf anderem, für Streiks bei Hoesch sehr wichtigem Gebiet haben die Kapitalisten gelernt. Ihr Wissen, daß in den Werken „Phoenix“ und „Union“ die Kampfbereitschaft nicht so groß ist wie auf der „Westfaltenhüte“, benutzten sie in diesen Betrieben besonders zur Verunsicherung der Kollegen. Die Streiktruppe der „Westfaltenhüte“ war an den Türen der beiden Werke schon vom gut organisierten Werksschutz abgefangen. Delegationen durften die Werke nur in kleiner Zahl und mit Bewachung betreten. So war in diesen beiden Werken die Streikbewegung auch ständig im Schwanke und kippte am ehesten um.

## Die IGM-Führung

Der Streik der Hoesch-Arbeiter wurde von den Gewerkschaftsführern zu recht auch als Angriff auf die Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung angesehen. Ein Erfolg der Hoesch-Arbeiter müßte auch in ihrem Interesse verhindert werden. So ein Erfolg hätte schlagend für die Arbeiterklasse verdeutlicht, daß die heutige Politik der Gewerkschaftsführung im Interesse der Kapitalisten auf die Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse verzichtet. So haben seit 1969 die Widerstände der Arbeiterklasse gegen diese Politik zugenommen. Die Hoesch-Arbeiter haben immer in der ersten Reihe dieser Auseinandersetzungen gestanden: so 1969, als die selbständigen Aktionen der Arbeiter dem Vertrauen in die Gewerkschaftsführung einen nachhaltigen Knacks verpassten.

So auch in der Auseinandersetzung um die Rolle der Vertrauensleute, als Arbeitsdirektionen und IGM-Vorstandsmitglieder forderten, die Vertrauensleute stärker unter Kontrolle der Gewerkschaftsführung zu nehmen und sie zu Anhängern der Betriebsräte zu machen (geheimes Strohmann-Protokoll). Einer der Wortführer, der sein „Leid“ klagte, war Hoesch-Arbeitsdirektor Sieber.

So auch in der Urabstimmung in diesem Jahr und in dem „wild“ Streik.

Von Anfang an machte die Gewerkschaftsführung ihre Haltung zu dem Streik deutlich. Auch hier handelte es sich anders als 1969, wo sie, um die spontanen Aktionen in den Griff zu bekommen, sich nicht offen distanzierte.

Das Interview von Eugen Loderer mit dem WDR, in dem er den Streik als illegal bezeichnete, den Streikenden warf: „Der wilde Streik der Dortmunder Stahlarbeiter ist eine Gefahr für die Allgemeinheit der IG Metall. Die Mitglieder müssen einsehen, daß sie mit derartigen Aktionen der Gewerkschaft und sich schaden“ war eine deutliche Kampfansage an die Arbeiter.

Die von der Esscher Bezirksleitung unterstrichene Ablehnung des Streiks, die öffentlich bekannte Verweigerung jeglicher Unterstützung in sozialen und Rechtsfragen trugen zusätzliche Unsicherheit unter die Arbeiter. Sie verfehlten auch nicht ihre Wirkung auf andere Betriebe, die mit dem Hoesch-Streik sympathisierten.

Die IGM-Führung wollte bei Hoesch gemeinsam mit den Kapitalisten ein deutliches Exempel statuieren. Die Gewerkschaftsführer gehen in der Diffamierung der Arbeiter mittlerweile schon so weit, daß sie diese auf Versammlungen als „extreme Eiferer“



Januar 1972: Hoesch-Arbeiter demonstrieren gegen 6 % Tarifabschluß

bröckeln der Streikfront ist aber nicht mehr aufzuhalten. Es dauern allerdings bis zum Sonntagmittag, bis in allen Abteilungen wieder gearbeitet wird.

## Die Organisation des Streiks

Die Kampforganisation änderten denen von 1969. Ständig wurden Streiktrupps aufgestellt, die in andere Abteilungen zur Verbreitung des Streiks geschickt wurden.

Streikzentrale war die alte Kantine, die ständig von mehreren hundert Arbeitern besetzt war, in der Reden gehalten und die neuesten Nachrichten diskutiert wurden. Die stattfindenden Demonstrationen wurden spontan organisiert, so waren bei der großen Demonstration in der Dortmunder Innenstadt fast ausschließlich die Arbeiter der gerade anwesenden Schichten beteiligt, während die übrigen gar nichts davon wußten.

Eine Streikleitung ist nicht gewählt worden, sondern die Vertrauenskörperleitung übernahm diese Funktion. Das streckt sich in der kürzeren Schicht am Samstag als entscheidender Nachteil. Durch ihr Verbindungsnetz im gesamten Betrieb, durch die aktive Zusammenarbeit, spielten die Vertrauensorgane eine wesentliche Rolle für die Organisation des Streiks. Als aber der Druck der Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung zunahm, als die Gewerkschaftsführung die Warnungen an ihre Funktionäre, das gewerkschaftliche Gremium Vertrauenskörper, verstärkten, fügten sich diese im entscheidenden Augenblick diesem Druck. Ihre Aufforderung, wieder an die Arbeit zu gehen, bewirkte, daß eine weitere Durchführung des Streiks, wie er auf der letzten Versammlung von vielen Kollegen gefordert wurde, nicht möglich war.

Gerade für solche Kämpfe ist es wichtig, daß die Streikenden sich in solchen Auseinandersetzungen Kampforganisation wählen müssen. Ein gut arbeitender VK ist für einen Kampf wichtig, er ist aber kein Ersatz für ein solches Organ.

## Nach 3 Tagen Streik: Niederlage ist perfekt

Trotz der großen Kampfbereitschaft der Arbeiter, trotz des dreitägigen Streiks gelang es nicht, die Forderungen durchzusetzen. Im Gegenteil, die Kapitalisten wehrten den Streik erfolgreich ab und konnten zum Schluß das Ergebnis diktieren. Widerstandslos stimmte der Betriebsrat 2 Tage nach dem Streik folgendem Abschluß zu:

- 5 Pfennig mehr linear
- keine Bezahlung der Streikzeit
- keine neuen Forderungen während der Laufzeit des Tarifvertrages

## Die Niederlage analysieren

Wie konnte es zu diesem Ausgang des Kampfes kommen?

Der größte Teil der Streikenden hatte auch schon an den Septemberstreik vor 4 Jahren teilgenommen. Für viele war der Erfolg ihres Streiks Ansporn, auch in diesem Jahr für eine weitgehende Lohnerhöhung zu kämpfen.

Durch die Septemberstreiks lassen sich nicht einfach schematisch auf die jetzige Situation übertragen. Damals befand sich die Stahlindustrie in einem 3/4 Jahr ununterbrochenen Aufschwung. Im Gegensatz zu heute, wo der Aufschwung erst bevorsteht. Darüberhinaus sind die Kapitalisten zur Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen entschlossen, was

Kapitalisten zu dieser Zeit nicht für möglich gehalten haben. Mittlerweile waren sie aber auf solche Aktionen vorbereitet.

Die Veränderung der Situation seit 1969, die Tatsache, daß Kapitalisten und Gewerkschaftsführung aus den 69er Aktionen gelernt haben, ist den Arbeitern nicht bewußt gewesen.

Die Illusion, daß die Kapitalisten ähnlich wie 1969, zum schnellen Nachgeben zu zwingen sind, daß die Gewerkschaftsführung den Kampf, wenn nicht unterstützen, so doch dulden wird, war bei den Streikenden vorhanden und hat, als sich das Gegenteil erwies, die Streikbereitschaft gemindert.

Der Funke ist nicht auf andere Betriebe übersprungen. Dieser in der Bundesrepublik bisher einmalige Versuch so kurz nach einem Tarifabschluß durch selbständige Aktionen ein besseres Ergebnis zu erkämpfen, kam für viele Betriebe zu früh. Noch waren die letzten Auswirkungen des Streiks nicht abgeklungen, bevor neue Verhandlungen wurden inbetriebliche Auseinandersetzungen zur Abwehr von Kürzungen geführt.

Die Reaktion der Gewerkschaftsführung verhinderte Solidaritätsaktionen.

Die Hoesch-Arbeiter standen mit ihrem Streik isoliert da.

## Die Hoesch-Konzernleitung

Die Kapitalisten waren über die ganze Dauer des Streiks offensichtlich nicht zum Nachgeben bereit. Vom ersten Versuch, das Streikende zu einem streikenden Abbruch zu bewegen, mit dem Streikenden wurde abgelehnt, daß sie in der letzten Verhandlung der Zahlung der 5 Pfennig linear statt der Staffellung zustimmen.

Als besonderen Trumpf hielten sie die ungeklärte Lage der Dortmunder Arbeitsplätze durch die Fusion mit Hoogovens in der Hand. Die Drohung aller arbeitsrechtlichen Konsequenzen, der fehlende Versicherungsschutz (wo-



August 1972: Hoesch-Arbeiter demonstrieren gegen drohende Entlassungen

bei der IGM für beides von vornherein ebenfalls die Unterstützung versagte), schließlich der Brief an alle Arbeiter am dritten Streiktag, in dem auf die Gefährdung der Arbeitsplätze hingewiesen wird, verfehlten ihre Wirkung zur Verunsicherung der Kollegen nicht.

Auch der Einsatz von Betriebsleitern, Ingenieuren und Meistern zum Verbreiten von Gerüchten (da anderen Werke streiken nicht, nur 3000 insgesamt im Streik, nur 1000 demonstrieren) und zur Unterbrechung von „Arbeitswilligkeit“-Listen hinterlassen Spuren. Zur Isolierung der fortschrittlichen Kollegen werden auch noch dem Streik noch Listen rumgegeben, in die

„Kommunisten“ und „Spinner“ bezeichnet. Ihre Sprachstile in den Betrieben, die Betriebsräte, reagieren bei Diskussionen um den Hoesch-Streik mit diesen „Idioten“ und ähnlichen Beleidigungen.

Entsprechend stark war auch der Druck der Gewerkschaftsführer auf die IGM-Vertrauensleute, die nach anfänglicher konsequenter und aktiver Unterstützung des Streiks schließlich gezwungen wurden, für die sofortige Beendigung einzutreten. Die harte und öffentlich vertretene Ablehnung des Hoesch-Streiks (Loderers Auftreten in Rundfunk und Fernsehen) war ein entscheidender Faktor für die Niederlage.



September 1969: 27.000 Hoesch-Arbeiter demonstrieren

Am Donnerstag dem 8.2.73 um vier Uhr früh ist es dann so weit: Arbeiter der „Westfaltenhüte“ legen die Arbeit nieder. Innerhalb kurzer Zeit breitet sich der Streik im gesamten Werk aus. Die Werke „Phoenix“ und „Union“ schließen sich an. Bis zum Mittag sind etwa 12.000 Arbeiter im Streik.

In Versammlungen wird die Forderung aufgestellt: 14 Pfennig mehr. Demonstrationen durch das Werk mit selbst gemalten Pappschildern unterstreichen die Forderung. Die Kollegen der Mittagschicht in allen drei Werken nehmen die Arbeit erst gar nicht auf. Die Produktion der Hoesch-Hüttenwerke ist eingestellt.

Als am 17. Uhr bekannt wurde, daß der Konzern statt der geforderten linearen Erhöhung vorschlug, eine nach dem Punktsystem gestaffelte Erhöhung von 0-21 Pf. vorzunehmen, wurde schnell nachgerechnet. Das wären durchschnittlich 5 Pf. mehr. Über die Hälfte der Kollegen, durchweg aus den niedrigeren Lohngruppen, läge damit unter 5 Pfennig, ein großer Teil davon würde 0 Pf. Erhöhung erhalten. Nur wenige, wozu auch hohe Lohngruppen, würden 21 Pf. erhalten.

Importe demonstrieren die Arbeiter durch die Werke. Auf Transparenten heißt es: „14 Pfennig“ und „Dieses Angebot ist ein Hohn unsere Forderung heißt höherer Lohn“.

Mit der Aufstellung der linearen 14-Pfennig-Forderung und dem Ablehnen der späterlichen Prozentaufhöhung strafen die Arbeiter bei Hoesch die Behauptungen, die von Gewerkschaftsführern und Kapitalisten nach der Urabstimmungsniederlage aufgestellt wurden, lagen, die lineare Forderung einheitlicher Geldbetrag für



Nach dem Metall- und Stahlabschluß:

# Spontane Streiks gegen zusätzlichen Lohnraub!

Dem diesjährigen Tarifabschluß für die Stahl- und Metallindustrie folgte in vielen Betrieben der Versuch der Kapitalisten, die Erhöhung durch Abbau überfälliger Leistungen, durch Streichung von Sonderzulagen und Aufkündigung von Betriebsvereinbarungen eine Umgehung der Tarifierhöhung zu erreichen.

Nicht genug damit, daß es den Kapitalisten in dieser Lohnrunde gelang, eine erhebliche Reallohnsenkung durchzusetzen, jetzt wird auf diesem Wege versucht, Kosten zu sparen und die Lage der Arbeiter zu verschlechtern.

Genauso wie diese Versuche der Kapitalisten nichts Neues sind, genauso wenig kann es überraschen, daß sie für die günstige Konjunkturlage schon jetzt zur Vergrößerung ihrer Profite benutzen. Die Erhöhung der Automobilpreise von durchschnittlich 5 % und das Heraussetzen der Stahlpreise sind nur die Vorläufer der zu erwartenden Preis- und Profitschinderei.

Es ist ein Hohn, wenn IG-Metall-Chef Eugen Loderer sich jetzt hinstellt und die Preissteigerungen der Kapitalisten im Stil eines ahnungslosen Biedermeiers als „schamlos“ und „empörend“ bezeichnet. Den Mitgliedern der Gewerkschaften wird jetzt eine Schau von „ja, hätten wir das gewußt!“ vorgespielt. Im Angesicht der Stahlstreiks werden dann auch wieder grobe, radikale Worte geschwungen: Loderer verspricht bei zu hohen Steigerungen

Stahlarbeiter gegen das Verhandlungsergebnis statt.

Das Ergebnis der Urabstimmung mit 66,5 % Nein-Stimmen ist deutlichster Ausdruck der Ablehnung. Dieses Ergebnis kam zustande, obwohl die Gewerkschaftsführung eifrig bemüht war, die Stahlarbeiter zur Annahme zu überreden, was soweit ging, daß selbst auf dem Stimmzettel noch die Empfehlung des Vorstandes zur Annahme des Ergebnisses gedruckt war.

Die Verhinderung einer nach der IGM-Satzung erforderlichen 75 % - Mehrheit gelang der Gewerkschaftsführung denn auch in den kämpfischschwachen Bezirken Köln und Münster, während vor allem im Essener Bezirk die Ablehnung am größten war (etwa 70 % der Bezirk Essen umfaßt 80 % der Stahlarbeiter). In nahezu allen Großbetrieben lag die Entscheidung über 75 %: 75,4 % bei Hoesch (allein 83,7 % im Werk „Westfalenhütte“), 84,5 % bei den Geisenkirchener Rheinstahlwerken, über 80 % in Duisburg und Witten bei Rhein Stahl.

In vielen Betrieben haben die Kapitalisten versucht, den Tarifabschluß auf innerbetriebliche Zulagen, Prämien, Akkordrichtsätze usw., „anzurechnen“, d.h., daß die effektive Lohnerhöhung geringer sein sollte als im Tarifabschluß vorgesehen. Gegen diese Versuche ist es vielfach zu spontanen Streiks gekommen, von denen wir hier Beispiele wiedergeben.

In all diesen Fällen hat sich die

Juli.

Nach dem Metall-Tarifabschluß versuchten die Kapitalisten erneut, die Streichung vorzunehmen. Sie hatten aber die Bereitschaft der Arbeiter zur Verteidigung dieser Zulagen unterschätzt.

Dem Streikbeginn am Montag folgten Versammlungen der Arbeiter auf dem Werfengelände. Jeden Morgen Punkt 7 Uhr versammelten sie sich und diskutierten die Streiklage, ihre Forderung heißt: volle Zurücknahme der Maßnahmen.

Die Betriebsleitung versucht sich zunächst in harter Ablehnung. Nach der anfänglichen Weigerung, überhaupt zu verhandeln, erklärt sie dann in den Verhandlungen, daß sie nicht bereit ist, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Noch am vierten Tag des Streiks erklärt Neils, die Kremer-Werft lasse sich „durch die illegalen Aktionen der Werft-Arbeiter nicht unter Druck setzen“.

Sie mußten sich aber beugen, zum Zorn des Werft-Konsuls Johann Heinrich Kremer. Nach einer Woche Vollstreik erklärte er sich bereit, für weitere zwei Jahre die Zulagen zu zahlen.

Am 29. Januar gingen die Kollegen wieder an die Arbeit. Neben ihrem Streikerfolg mußten sie aber auch die Erfahrung machen, daß sie sich in ihrem Kampf nicht auf die Gewerkschaftsführung verlassen können. Diese distanzierte sich vom Streik und bot allein ihre Bereitschaft an, die Ausein-

setzung auf die Prämienstaffelung und die Schaffung eines schlechteren Lohnfindungssystems wurde verhindert.

**Jagenberg - Düsseldorf und Neuf**

Mit einem eineinhalbstündigen Streik protestierten die Arbeiter in Düsseldorf und Neuf gegen die Anrechnung der Tarifierhöhung auf den Effektivlohn. Sie erreichten die Rücknahme dieser Lohnkürzung und erklärten zusätzlich eine Anhebung der Lohnvergrößerungen auf 40 bis 45 Mark, statt der tariflichen Erhöhung von 30



**Streik auf der Kremer-Werft**  
Lohnkürzung erfolgreich abgeschlagen

bis 40 Mark. Die Angestellten beteiligten sich nicht an dem Streik, sie starteten aber eine Solidaritätsaktion für den erfolgten Lohnausfall.

**Schiess-Werke - Oberkassel**

Als der Werksvorstand ankündigte, alle außerbetrieblichen Zulagen zu überprüfen und die 8,5 % hierauf nicht anzurechnen, trat die Belegschaft am 29. 1. spontan in den Streik. Als der Streik auch am 30. 1. fortgesetzt wurde, gab der Werksvorstand nach. Die Forderung der Kollegen nach Bezahlung der Streikzeit konnte ebenfalls durchgesetzt werden. Jeder Streikende erhielt für die Streikstunden 50 Mark.

**Varta - Hagen**

800 Arbeiter setzten sich in einem

und die Frühschicht führten ebenfalls Kurzstreiks durch, die auch am nächsten Tag fortgesetzt wurden.

Am 31. 1. fand eine spontane Demonstration durch die Hütte zum Warmwalzwerk statt. Dort wurde eine Betriebsversammlung durchgeführt, auf der die Hütten-Leitung Zugeständnisse machen mußte.

Am 2. 2. wurde das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Kapitalisten vorgelegt:

- Erhöhung der Prämien um 6 Pfennig,
- Erhöhung der überbetrieblichen Zulagen um 5 Pfennig,
- garantierte Mindest-Stundenlohn-erhöhung von 50 Pfennig,
- Erhöhung der überbetrieblichen Leistungen für Angestellte um 17 Mark.

Herr Süleyr! 8% sind  
Nur 57% and mehr!



**Warnstreik gegen 8% Abschluß**

„Überprüfung“ der Tarife während der Laufzeit. Noch weiter geht Vorstandsmitglied Arno Schwarting, als er vor hiesiger IGM-Funktionären verspricht: wenn die Unternehmer nicht vernünftig sind, werde es einen heißen Sommer geben, dann „werden wir unsere Mitglieder auf die Straße schicken“. Ähnliche Sprüche sind hinlänglich bekannt. In dem Auseinanderwischen sieht die Sache jedoch wesentlich anders aus.

So behauptet Eugen Loderer in der IGM-Zeitung „Metall“ Nummer 2, daß die diesjährigen Abschlüsse in Betrieben und Büros im allgemeinen volle Zustimmung fanden. Warnstreiks, Proteste in vielen Betrieben und vor allem das Ergebnis der Urabstimmung in Nordrhein-Westfalen beweisen das Gegenteil.

Noch am Tage der Verhandlungen kommt es bei Knapp in Hohenlimburg zu einem Warnstreik. Als das Streikergebnis schon bekannt ist und nachher die Verhandlungen für die Metallverarbeitung laufen, treten im Saarland und Baden-Württemberg zehntausende Arbeiter in kurze Warnstreiks. Im Saarland sind es drei aufeinander folgenden Tagen über 20 000, davon alleine 6 000 bei Ford in Saarbrücken. In Baden-Württemberg streiken an zwei Tagen etwa 40 000 Arbeiter u.a. bei Bosch - Photokino und R. Stahl-Aufzüge in Wuppertal, bei Bosch in Wiblingen, bei Bauckreht - Klingenbergmühle und 4 500 Arbeiter in der Maschinenfabrik Hesser in Bad Cannstatt.

In den Rhein Stahlwerken in Witten und Duisburg, in Hoesch-Werk Phoenix in Dortmund finden Warnstreiks der

IGM-Führung von den Streikenden entweder offen „distanziert“ oder sie hat einfach geschwiegen. Obwohl es sich nur um Abwehrkämpfe handelte, die sich im Rahmen des Tarifabschlusses bewegen, sind sie von der IGM-Führung nicht unterstützt worden. Das macht erneut deutlich, daß das Gerede der IGM-Führer vom „heißen Sommer“ (den sie machen wollen, falls die Kapitalisten die Preise „unvernünftig“ steigern) nur Deppagogie ist, die darauf abzielt, den unzufriedenen Metallern gegenüber den „starken Mann“ zu spielen.

**Streik auf der Kremer-Werft**  
Lohnkürzung erfolgreich abgeschlagen

Am Montag, den 22. Januar legten die 300 Arbeiter der Kremer-Werft in Elmshorn und des Zweigbetriebes in Glückstadt geschlossen die Arbeit nieder. Damit antworteten die Werft-Arbeiter auf die Ankündigung des Betriebsleiters Neils, die innerbetriebliche Stundenlohnzulage von 20 Pfennig zum 31.12.72 zu streichen und gleichzeitig die Betriebsvereinbarung zwischen Elmshorn und dem Glückstädter Werk zu streichen.

Innerhalb eines halben Jahres war das der zweite Versuch der Kremer-Betriebsleitung, diese Leistungen zu streichen. Schon im August 1972 traten die Werftarbeiter in den Streik, weil die Betriebsleitung diese Vereinbarungen ersatzlos wegfallen lassen wollte.

Nach zwei Tagen Streik zwangen die Arbeiter die Werftkapitalisten zur Zahlung der Zulagen rückwirkend ab

andersetzung zu „schlichten“. IGM-Betriebssekretär Otto vom Steeg ging denn auch auf eine Forderung der Kapitalisten sofort ein: „Die Tarifparteien bekennen sich nachdrücklich zur Friedenspflicht, die eine Arbeitsniederlegung während der Laufzeit von Tarifverträgen ausschließt“, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme.

Die Kremer-Arbeiter konnten allerdings den Krieg der Kapitalisten gegen ihre Löhnte nicht durch die Friedenspflicht, sondern allein durch ihre solidarische Streikaktion verhindern.

**Pohlschroder - Dortmund**

Am 18. 1. verhindert die Belegschaft der Büromaschinenfabrik Pohlschroder in Dortmund durch einen zweiseitigen Warnstreik und eine Protestdemonstration den Versuch der Firmenleitung, überbetriebliche Zulagen mit auf die tarifliche Erhöhung anzurechnen, um so statt 8,5 % nur etwa 6,3 % zu zahlen.

**Hoesch - Hamm**

Auch die Geschäftsleitung der Hoesch-Röhrenwerke in Hamm versuchte die Zulagen zu streichen. Daraufhin traten im 25. 1. 400 Arbeiter und 200 Angestellte für 5 Stunden in den Streik. Die Geschäftsführung wurde zur Rücknahme und zur Bezahlung von zwei Streikstunden gezwungen.

**Hoesch - Barop**

In den Röhrenwerken erreichte ein einständiger Streik der Arbeiter, die Abwehr einer geplanten zusätzlichen Lohnkürzung: die Anrechnung der Ta-

## Kalkuliertes Risiko

Nach einer vor kurzem gefällten Entscheidung des höchsten westdeutschen Gerichts, des Bundesverfassungsgerichts, erhält ein Arbeiter nach einem Arbeitsunfall keinerlei Schmerzensgeld. Weder die Unfallversicherung, die an sich zu Ausgleichszahlungen von Unfallfolgen da ist, noch der Kapitalist, in dessen Betrieb sich der Unfall ereignet hat, müssen Schmerzensgeld zahlen. Der entsprechende Paragraph der Reichversicherungsordnung ist vom Gericht ausdrücklich für verfassungswidrig erklärt worden. Die Verfassungsrichter meinen zur Begründung, daß ein Schmerzensgeldanspruch im Bereich der Unfallversicherung „systemwidrig“ sei. Im übrigen sollen „sachliche Gründe“ für die Ausschließung des Schmerzensgeldes sprechen. Nur so sei das finanzielle Risiko von Arbeitsunfällen für den Unternehmer kalkulierbar. In der BRD verunglücken allein in der gewerblichen Wirtschaft an jedem Arbeitstag durchschnittlich 10 000 Arbeiter und Angestellte. Jeder 30. Unfall hat mit einer Erwerbsminderung von über 20 % schwere und schwerste Folgen. 15 Arbeiter zahlen täglich an ihrem Arbeitsplatz mit dem Leben. Es ist bekannt, was die Hauptursache für die vielen Unfälle sind: mangelnde Sicherheitsvorrichtungen am Arbeitsplatz, Nichtbeachtung von Arbeitsschutzbestimmungen und vor allem die ständige Erhöhung der Arbeitsintensität durch die Kapitalisten. Die Folgen müssen die Arbeiter tragen. Denn das Risiko der Verminderung

der aus den Arbeitern dadurch herausgepreßten Profite durch die Unfallfolgen soll für die Kapitalisten „kalkulierbar“ bleiben.

Über das Risiko der Arbeiter, ob sie abends wieder gesund nach Hause gehen können, machen sich die Verfassungsrichter keine Gedanken. Die Kalkulation der Unternehmer weicht ihnen offenbar näher als Leben und Gesundheit von zigtausend Arbeitern.

Vom bürgerlichen Standpunkt aus ist das allerdings nur konsequent. Denn in den Augen der Kapitalisten sind es die „unordentlichen“, „nachlässigen“ und „leichtsinigen“ Arbeiter selbst, die die anwachsende Zahl von Arbeitsunfällen zu verantworten haben. So schrieb das deutsche Industrieamt schon 1961 angesichts steigender Arbeitsunfälle: „Persönliche Mängel verursachen 77 % der von der Gewerbeaufsicht näher untersuchten 64295 Arbeitsunfälle. Besonders stark trugen die 10287 Fälle von Unordnung, Nachlässigkeit und Nichtbeachtung der Verhaltensvorschriften zur Unfallhäufigkeit bei. Weitere 18827 Unfälle beruhen auf Unachtsamkeit, Leichtsinn und Unflug“. Und dann müssen die Arbeiter natürlich auch für die Folgen ihres Leichtsinns einstehen...

Angesichts der in Zukunft zu erwartenden weiteren Verschärfung der Arbeitsschutz- und damit verbundenen erhöhten Unfallgefahr für die Arbeiter entpuppt sich dieses Urteil als ein Musterbeispiel von Klassenjustiz zugunsten der Kapitalisten.



Am 12.1.1973 hat der Aufsichtsrat der Howaldtswerke - Deutsche Werft Hamburg und Kiel (die HDW befindet sich zu 74,9 % im Besitz des staatlichen Salzgitter-Konzerns und zu 25,1 % im Besitz des Landes Schleswig-Holstein) einstimmig beschlossen, das Hamburger Werk Finkenwerder mit dem Abschluss der letzten Baustellungen am Containerschiff „City of Edinburgh“ stillzulegen.

Der Betriebsrat der HDW-Hamburg hatte bereits am 20.12.72 (!) einer „möglichen“ Stilllegung zugestimmt.

Vorher sind von dieser Maßnahme 1600 Arbeiter und Angestellte direkt betroffen. Davon sollen 300 Angestellte und - entgegen den Behauptungen der Geschäftsleitung und des Betriebsrates keine „produktiv Tätigen“ zu kündigung - auch Arbeiter entlassen werden. Schon seit längerem liegt dem Betriebsrat gleichzeitig eine Kündigungsliste mit weiteren 600 Namen vor.

Aber auch für die restlichen 1300, die bei HDW einen neuen Arbeitsplatz bekommen, wird die Zukunft zum Teil erhebliche Verschlechterungen bringen: Vor allem Jüngere und ausländische Kollegen sollen oder sind schon nach Kiel „umgesetzt“ worden. Ist ein Kollege nicht bereit, sich nach Kiel abzuschieben zu lassen, wird er von dem Kapitalisten entlassen und „verwirkt das Recht auf Interessenausgleich“ („Sozialplan“), auf den ohnehin nur Belegschaftsmitglieder mit 10-jähriger Betriebszugehörigkeit Anspruch haben.

Damit hat sich die Geschäftsleitung geschickt eine „Hintertür“ offenge-

schlichen eine „Hintertür“ offengehalten, ohne Sozialplan zu entlassen. Ihr Vorgehen bei den Angestellten - die plötzlich durch einige lapidare Sätze an der Anschlagtafel von ihrer Umsetzung nach Kiel erfahren - deutet daraufhin, daß die HDW-Kapitalisten sich dieser „Hintertür“ auch bedienen wollen.

Außerdem ist die Geschäftsleitung nicht verpflichtet nach der Umsetzung von Finkenwerder den gleichen Lohn zu zahlen, da nicht die Ausübung der früheren Tätigkeit garantiert wird. Schon heute spricht der Betriebsrat von Umschulungen.

### Die Kapitalisten verfolgen langfristige Pläne

Der Beschluß kam für die meisten Arbeiter auf der HDW nicht überraschend. Tatsächlich ist die Stilllegung Finkenwerders schon seit Jahren von den Kapitalisten geplant und Schritt für Schritt durchgeführt worden.

Die westdeutschen Kapitalisten verfolgen mit den anderen EWG-Kapitalisten das Ziel, über den Aufbau europäischer Schiffbaumonopole eine Neuverteilung des von Japan beherrschten Weltmarktes zu ihren Gunsten zu erzwingen.

Vorant bewegt sich der Aufbau europäischer Monopole noch im Rahmen nationaler Konzentrationsprozesse. Besonders die westdeutschen Kapitalisten treiben diese Monopolisierung schnell voran, die sie hauptsächlich in 3 Formen durchsetzen:

In Kiel und Bremen entstehen 2 Großschiffbauzentren. HDW baut in Kiel durch Investitionen (u.a. jetzt 120 Mio.) die Kapazität aus. Der Aufsichtsrat hat Pläne für den Bau von 600 000 t-Schiffen „in der Tasche“ (Schiff und Hafen, Juni 1972).

Im Bremer Raum soll durch Fusion der Großwerften „AG WESER“ und „BREMER VULKAN“ das 2. Monopol entstehen, das „zu den fünf (!) größten Werften der Welt zählen würde“. (Werftenquart, 3.91) Schon heute könnten dort ohne hohe Investitionen 600 000 t Schiffe gebaut werden.

Die Rheinstahl-Nordsee-Werke in Emden werden dagegen nur Schiffe bis 150 000 t bauen.

Zum anderen soll die gesamte Schiffbaubranche durch die kartellmäßige Aufstellung des Marktes nach Schiffgrößen und durch sog. „Kooperationen“ profitabler strukturiert werden.

„Kooperationen“ - darunter verstehen die Kapitalisten die „Ausgliederung bestimmter Fertigungen in einen gemeinsamen Betrieb“ (Werftenquart, 3.97) „um den Bedarf an Fach- / Arbeitern zu verringern.“

Die 3. Form der Monopolisierung, die die Kapitalisten besonders in Hamburg durchsetzen wollen und bisher konsequent durchgeführt haben, ist die Stilllegung oder Einstellung ganzer Fertigungsbereiche.



Zur Abwechslung mal aus der Sicht der Arbeiter

Den Großschiffbau haben die Kapitalisten für Hamburg abgeschrieben. „Eine Anpassung der Werftanlagen an den Großschiffbau sollte im Hamburger Raum nicht erfolgen“ (Werftenquart, 3.85). „Eine gewisse (!) Schiffsaufbaukapazität“ wird bestenfalls im Bau einiger Spezialschiffe (Kühlschiffe usw.) und den Bohrinseln „bei B+V (!) erhalten werden.“ (3.86) Nicht einmal die Erhaltung der Schiffbaubereitstellung (Kessel, Motoren, Lagerbau usw.) ist gesichert: Sie „sollte darauf hin überprüft werden, inwieweit u.a. durch Zusammenfassung mit Fertigungs anderer Werften ... Rationalisierungsmöglichkeiten (d.h. Entlassungen - die Red.) genutzt werden können.“ (S. 88)

„Arbeitsplätze (sollten) im Hamburger Schiffbau nur insoweit erhalten werden, als dies zur Sicherung seiner komplementären (ergänzenden - die Red.) Funktion gegenüber dem Hafen und der Schifffahrt notwendig ist.“ (S. 109)

Dieses Konzept wurde in Hamburg konsequent von den Kapitalisten verfolgt: Blohm + Voß schloß die Stücken- und Schlickerwerft und stellt die Produktion zunehmend auf Rüstung (Panzerbau u.a.) und andere Fremdfertigungen um, während der Schiffneubau nur noch „Komplementärfunktion“ hat. (Hansa, 9/1972)

1972 wurden 1,3 Mio. DM (!) im Neubau investiert und nur für weitere Rationalisierung eingesetzt. (Hansa)

### Staatskonzern besorgt Stilllegung

Das Werk Finkenwerder war bis 1968 im Besitz der „Deutschen Werft“, deren Hauptaktionäre die „Guthofnungshütte“ und die AEG waren.

Bereits 1962 (!) war dem Vorbesitzer das Werkes Finkenwerder, der GHH, die Situation klar; schon damals wurde an eine Schließung gedacht.“ (Hamburger Anzeigen und Nachrichten v. 5.1.73)

Auch der Vorstandsvorsitzende der HDW, Leinings, sagte auf der Vertrauensratsitzung im Werk Ross am 16.10.72: „Die entscheidende Weichenstellung für die Werftschließung ist vor 10 Jahren gelegt worden.“

Da die Kapitalisten die Stilllegung geplant hatten, investierte die GHH auf der „Deutschen Werft“ bis zur Fusion keinen Pfennig mehr, schöpfte nur die Profite ab und ließ so die Werft praktisch „ausbluten“.

Die Kapitalisten und ihre Presse wollen die Notwendigkeit der Stilllegung Finkenwerders durch HDW gerade mit dem „Versäumnissen“ und „unzureichender Investitionspolitik“ der GHH beweisen, die aus reinen Profitgründen nicht investierte. Hiernach soll vor den Arbeitern nur verschleielt werden, daß die Stilllegung schon damals beschlossen war: Die ständige Profitgier hat es ja gerade, die die Kapitalisten zwingt, immerfort neue Anlagen zu

errichten, zu investieren - es sei denn eine Einstellung der Produktion ist geplant.

Die direkte Stilllegung Finkenwerders überließen allerdings die „Deutsche Werft“-Kapitalisten wohlweislich dem staatlichen Salzgitter-Konzern. 1968 wurde „Howaldt“ (Salzgitter) mit der „Deutschen Werft“ zur HDW fusioniert. 1972 wurde Salzgitter alleiniger Besitzer der HDW.

Die „Deutsche Werft“-Kapitalisten machten dabei das „Geschäft des Lebens“ (IGM-Betriebsrat bei HDW) Die Aktien wurden ihnen zum Kurs von 350 % abgekauft, zusätzlich wurde ihnen ein Bonus von 60,- DM pro Aktie bezahlt aus „nichtverkauften Rückstellungen“ (!) - das alles bezahlt von einem staatlichen Konzern.

Im Tausch gegen den 50 %-Anteil der GHH bei der „Deutschen Werft“ (seit 1968 Anteilseigner bei HDW) erhielt MAN (Hauptaktionär GHH) die zweite Hälfte des Aktienkapitals des ehemals im Besitz von Salzgitter befindlichen und sanierten Büssing-Konzerns. „Außer den schon (von Salzgitter) eingesteckten 485 Mio. verpflichtete der Bund sich im weiteren, noch 5 weitere Jahre alle Verluste (des Büssing-Konzerns) zu decken ... das sind die Millionensteuergeschenke für die Kapitalisten, während allenthalben die Arbeiter auf die Straße fliegen.“ (vgl. „Arbeiterkampf“ Nr. 20/1972)

Für die Werftarbeiter und ihre Familien brachte die Fusion tausende von Entlassungen. Insgesamt „verringerte“ sich die Belegschaft seit 1968 bis Ende 1972 um 4 500 auf 7 600.

durchgeführte (!) Rationalisierung zu erreichen ... mit der Möglichkeit beträchtlicher (!) Personalreduzierungen.“ (S. 85/86)

Eine besondere Rolle kommt hier dem Hamburger Senat zu, der schon seit langem das „Konzept der Zusammenfassung der Hamburger Werften“ (SPD-Wirtschaftssenator Kern) aktiv verfolgt.

In einem Schreiben Kerns vom Februar 1972 an die Vertrauensratsleitung der Werke Ross und Reiherstieg hieß es: „Es ist für die Belegschaften, auch für die HDW-Belegschaft in Hamburg, mit großer Wahrscheinlichkeit besser, wenn man zusammengeht.“

Es käme darauf an, „aus dem, was vorhanden ist, einen (hervorgehoben von uns) Betrieb zu schaffen.“

„Die Frucht der hamburgischen Vorschläge (war) der Kooperationsvertrag zwischen HDW und Blohm + Voß.“ (Kern in der Bürgerschaft am 18.10.72). Dieser Vertrag, der ein Schritt zum Zusammengehen der beiden Werften ist, sieht eine „verteilte Zusammenarbeit“ auf dem Gebiet der „Strukturveränderungen“ (Rationalisierung), Koordination im Stahlwasser-, Kessel- und Turbinenbau, Aufbau eines gemeinsamen Großlagers, und Absprachen bei Investitionen vor.

Das Ziel dieser Zusammenarbeit gab der Aufsichtsratsvorsitzende von Blohm + Voß, Cordes, an: „Es kommt darauf an, zunächst ... eine vernünftige wirtschaftliche Konzeption zu erarbeiten, dann wird man auch eine passende juristische Form finden.“ (Hansa, 9/72)



Seit Jahren buchstäblich verschaukelt

### Was bringt die Zukunft den Hamburger Werftarbeitern?

Mit größter Sicherheit ist für die Zukunft ein Zusammengehen der Hamburger Werften zu einem Betrieb zu erwarten. Die bisherige Entwicklung spricht eindeutig dafür:

In der Werftenquote wird dies, für eine grundlegende Verbesserung“ der Lage der Hamburger Werften als notwendig angesehen. Die Kapitalisten sagen auch warum: Nur so sei „eine

Aus der Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Werften erscheint eine Übernahme der HDW-Werke auf privater Ebene durch Blohm + Voß realistischer als eine Fusion.

Entscheidender allerdings, als die Frage, welche „juristische Form“ die Kapitalisten auszuwählen werden, ist, daß davon das Konzept der Kapitalisten in keiner Weise berührt wird, auf den Hamburger Werften keinen Neubau zu betreiben, sondern nur noch Reparatur-, Neben- und Fremdfertigung.

Es ist klar, daß dieses Konzept keine 3 Werke mit zusammen über 14 000 Arbeitern und Angestellten erfordert. Schon heute ist auf den HDW-Werken Ross und Reiherstieg nur wenig Arbeit. Die Stilllegung eines weiteren der völlig veralteten HDW-Werke ist durchaus wahrscheinlich. Hieraus wird deutlich, was die Zukunft den Hamburger Werftarbeitern bringt: Die Entlassungen von 300 Angestellten und einigen Arbeitern auf Finkenwerder ist bloß ein Anfang, erscheint als die Spitze eines Eisbergs. Die Zukunft bringt den Werftarbeitern Massenentlassungen.

Das hat nicht nur Bedeutung für die direkt betroffenen Werftarbeiter und -angestellten, sondern für die gesamte Hamburger Arbeiterschaft. Eine Rationalisierungswelle, deren Ausmaß heute noch nicht zu überblicken ist, rollt gegenwärtig in allen Bereichen an. Die Industrieneuansiedlungen (HSW, Rejnolds) werden kaum in der Lage sein, der gesamten Hamburger Arbeiterschaft gesicherte Arbeitsplätze zu garantieren.

### zum Thema: Mit welchen Mitteln haben die HDW-Kapitalisten ihr Konzept durchgesetzt

Um ihre Pläne zu verschleiern und die Kollegen nicht die wirklichen Absichten der Werftkapitalisten erkennen zu lassen, benutzen sie über Jahre hinweg die vielfältigsten Mittel der Täuschung und des Betrugs an den Werftarbeitern!

Während auf der einen Seite jeder weitere Schritt bei der Verwirklichung ihres Konzepts als ein Schritt zur Sicherung der Arbeitsplätze dargestellt wurde, stehen auf der anderen Seite tausende von Kollegen, die in den letzten Jahren die Werft verlassen haben.

So hieß es z.B. anlässlich der Fusion zwischen der HW und der DW im September 67 in einem Schreiben „An alle Mitarbeiter“: „Mit Hilfe der Mitarbeiter der drei genannten Werften (gemeint sind die Deutsche Werft und die Howaldtwerke Hamburg und die Howaldtwerke Kiel, die vorher noch getrennt voneinander gewirtschaftet haben, d. Red.) hoffen wir, ein Unternehmen zu werden, das auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sein wird, und das vor allem auch den Mitarbeitern einen sicheren Arbeitsplatz gewährleisten kann.“

Wie sicher die Arbeitsplätze bei der HDW nun waren, kann man daran sehen, daß von 12 000 Arbeitern und Angestellten, die 1968 in den drei Hamburger Werken Ross, Reiherstieg und Finkenwerder beschäftigt waren, am Ende des Jahres 1972 noch 7 500 (!) übrig waren.

Das Besondere hieran ist jedoch, daß die Zahl der Beschäftigten nicht durch spektakuläre Massenentlassungen reduziert worden ist, sondern die Kollegen aufgrund der ständigen geschätzten Unsicherheit und Einschüchterung gegangen sind oder viele auch systematisch rausgeworfen wurden - aus Altersgründen ausgeschiedene Kollegen wurden nicht ersetzt.

Ein beliebtes Mittel, um die Kollegen zu verwirren, war hierbei, daß die Kollegen in regelmäßigen Abständen irgendwelche neuen Unternehmenskonzepte vorgelegt wurden. Es wurden die dolsten Luftschöner und Millionenprojekte ca. halbjährlich vor den Kollegen wortreich ausgewirkt, nur verwirklicht wurde nie ein Stück. Im Gegenteil, die Anlagen verrotteten immer mehr und die Aufträge wurden immer weniger.

Ein Kollege drückte es auf einer Betriebsversammlung so aus: „Wenn wir auch im Handel mit Schiffen nicht so recht mithalten können, so haben wir doch im Handel mit Unternehmenskonzepten alle Chancen - davon haben wir in den letzten Jahren reichlich gehabt!“

Forts. nächste Seite



Ein anderes beliebtes Mittel der Geschäftsleitung war die Umsetzung von Kollegen oder ganzen Abteilungen von Finkenwerder nach Ross oder umgekehrt. So gibt es Abteilungen oder Kolonnen, die seit der letzten Fusion schon zwei bis drei Mal von einem Werk ins andere umgesetzt wurden – und wenn das noch nicht reichte, um die Kollegen müde zu machen, wurde ihnen schließlich das „Angebot“ gemacht, nach Kiel zu fahren.

Beim Umsetzen oder Zusammenlegen von Abteilungen wurde dann besonders darauf geachtet, daß Abteilungsleiter von Finkenwerder mit Abteilungsleitern von Ross in eine Abteilung gesteckt wurden, so daß dann auf dem Rücken der Kollegen in dieser Abteilung ein heftiger Konkurrenzkampf zwischen den beiden darum entstand, wer nun seinen Posten behaupten kann.

Damit bewirkte die Geschäftsleitung zweierlei:

1. wurden die Bedingungen für viele Kollegen so unerträglich, daß sie von sich aus gingen,  
2. konnte häufig dadurch eine Spaltung zwischen den ehemaligen Finkenwerder Kollegen bzw. den ehemaligen Ross Kollegen erzeugt werden, was nicht bei den Kollegen dann so nützlich, daß gesagt wurde: „Seit die von Finkenwerder da sind, ist es hier so unerträglich!“

Besonders infam, aber auch sehr wirkungsvoll für die Werftkapitalisten beim Versuch der Einschüchterung und Verwirrung der Werftarbeiter, ist der planmäßige Einsatz der bürgerlichen Presse in Hamburg. Über zwei Jahre lang wurden die Kollegen mit den widersprüchlichsten Meldungen an der Nase herumgeführt. Wir geben hier nur eine kleine Kostprobe, denn Meldungen wie diese sind für die Werftarbeiter auf der Tagesordnung:

„DAS GELD FÜR HAMBURGERS NEUE SUPERWERFT IST SCHON DA“ („Bild“, 21.8.71)

„VORERST KEINE GROSS-WERFT. EIN TRAUM IST ZER-RONNEN“ („Abendblatt“, 28.8.71)

„KEINE GEFÄHR FÜR WERFTARBEITER“ („Mopo“, 9.9.71)

„HOWALDT: VIELE TAUSEND ARBEITSPLÄTZE IN GEFÄHR“ („Bild“, 16.11.71)

„MILLIONENSPRITZE AUS KIEL“ („Bild“, 9.2.72)

„NUR NOCH EIN SCHIFF – UND DANN IST 'SENSE'“ („Mopo“, 20.9.72)

„1.500 WERFTARBEITER MÜSSEN IN HAMBURG ENTLASSEN WERDEN“ („Abendblatt“, 15.2.72)

Ihren absoluten Höhepunkt erlangte diese Kampagne anlässlich der Bekanntgabe der Stilllegung Finkenwerders durch Dr. Lennings (Vorstandsvorsitzender der HDW) am 10. Oktober 72: Lennings: „Wir werden schließen!“, Birnbaum vom Salzgitte-konzern dementierte einen Tag später, „Wir machen weiter!“ lautete die Schlagzeile im Hamburger „Abendblatt“ am 11.10.72.

Wenn man sich vor Augen hält, daß gleichzeitig mit diesen Meldungen große Anzeigen von Blohm & Voss in



Arbeiter auf Finkenwerder  
Mindestens 200 werden entlassen

den Hamburger Tageszeitungen erschienen, in denen Schiffbauer und qualifizierte Schiffbauhelfer gesucht wurden, wird schnell klar, wozu diese Pressenkampagne diente.

Einerseits wurden die Kollegen dadurch immer mehr verunsichert, was dazu führt, daß sie nicht richtig erkennen können, was auf sie zukommt, andererseits führte diese Unsicherheit dazu, daß viele Facharbeiter HDW verließen und bei Blohm & Voss angingen, wodurch die B+V-Bosse in die Lage kommen, daß sie eine Belegschaft schaffen können, in der sich nur die Besten und Schnellsten durchsetzen können und der Lohn gedrückt werden kann, da ein Überangebot an guten Facharbeitern vorhanden ist.

Das kann zwar kurzfristig für die HDW-Herren gewisse Schwierigkeiten mit sich bringen, da ja die letzten Aufträge noch erledigt werden müssen (insoweit sind sie auch auf ein geschicktes Taktieren angewiesen) – in Blick auf eine Werft in Hamburg unter Vorherrschaft Thyssens ist dieses Vorgehen jedoch langfristig auch für die HDW-Herren von Nutzen. So kann, gemäß dem Motto von Salzgitte-Boss Birnbaum, der eine Fusion von HDW und B+V nur dann für sinnvoll hält, „wenn die Rechnung: eins plus eins

wort.

Die Forderung einiger Vertrauensleute, Kampfmaßnahmen zu organisieren, blockierte der IGM-Sekretär Prehn ab, indem er sagte: „Von Kampfmaßnahmen kann ich nur abraten, sowas muß sich irgendwie von selbst regeln!“ Auf den Protest der Kollegen erwiderte er dann, er wolle sie ja nur auf die rechtliche Seite der Sache aufmerksam machen.

Welche Politik dahintersteht, wurde auf der 6. Nationalen Schiffbaukonferenz der IG-Metall am 20./21. Oktober 72 in Hamburg deutlich. Hier, wo die „großen Arbeitnehmervertreter“ mal unter sich waren (geladen waren: Helmut Schmidt, einige andere Bonner und Landespolitiker aus überwiegend SPD und Z.T. CDU und ausgewählte Betriebsratsführer und Gewerkschaftssekretäre, aber keine Werftarbeiter!), begann man in Stille der Werftkapitalisten über die „schlechte Lage im Schiffbau“, die ständigen roten Zahlen und „die harte Konkurrenz der Japaner“ zu jammern!

Es wurde gefordert, die Konzentrations- und Rationalisierungsbestrebungen der Werftunternehmer weiter zu unterstützen und in diesem Zusammenhang an die Regierung appelliert, durch Subventionen und Investitions-

maßnahmen „zäh darum ringen“, diese Forderung durchzusetzen. Auf dieser Aufsichtsratsitzung wurde die Fusion dann dann ja auch nicht beschlossen.

Noch nicht!

Die „Hamburger Morgenpost“, die ja Aktionen der Arbeiter gewöhnlich totschweigt oder höchstens mal drei Zeilen dafür hergibt (s. Hoesch-Streiks), berichtete in diesem Fall in großen Lettern von einer „spontanen Aktion auf HDW“ und wußte sogar von 3000 (!) HDW-Arbeitern zu berichten, die sich daran beteiligt hätten.

Das gehört auch mit in die Trickkiste der SPD- und Gewerkschaftsführer bei der Fehlleitung der Kollegen.

Wenn es ihnen ins Konzept paßt, „dürfen“ die Kollegen mal für ein bis zwei Stunden die Arbeit niederlegen, ihren „Vertretern“ den Rücken stärken und sich radikale Töne der Gewerkschaftsführer anhören, abschließend wird die Aktion in der sozialdemokratischen Presse aufgebauscht und bejubelt. Alles um selbständige Kämpfe der Kollegen zu verhindern.

Wenn es dann wirklich drauf ankommt, wie bei Stilllegungen, wie beim Lohnabbau, wie beim Abbau von Sozialleistungen, sind diese „Arbeitnehmervertreter“ diejenigen, die versuchen, den Kollegen derartige Schläge der Kapitalisten noch schmuckhaft zu machen. Sie sind dann auch diejenigen, die Kollegen, die dazu aufrufen, Kampfmaßnahmen zu organisieren, „auf die rechtliche Seite hinweisen“ oder sie schlicht als „Störenfriede“ und „Radikalisten“ beschimpfen und die Kapitalisten dabei unterstützen, sie aus dem Betrieb zu schleusen (wie das z.B. in Kiel mit Helmut Schlüter geschehen ist!).

Es ist klar, daß die Kollegen zu solchen Leuten kein unbegrenztes Vertrauen haben, sondern im Gegenteil dem Betriebsrat und der Gewerkschaftsführung gegenüber zutiefst mißtraulich geworden sind. Das äußert sich dann in Sprüchen wie: „Die vom Betriebsrat haben doch ihre Beine bei der Geschäftsleitung mit unter'm Tisch!“ oder: „Die versuchen doch nur uns hinzuhalten!“

Allerdings steckt dort häufig sehr viel Resignation dahinter. So drohten z.B. die Kollegen in der Maschinenfabrik, als die Kapitalisten das Tonnagegeld streichen wollten, „wenn die Gewerkschaft sich hier wieder nicht für

die Aufgabe, den Kampf der Werftarbeiter gegen die ständigen Angriffe der Werftbosse auf die Existenz und die Arbeitsbedingungen der Kollegen bisher nicht unterstützen, geschweige denn anheilen können (rein zahlenmäßig gehört die Betriebsorganisation auf den Werften zu den stärksten der Hamburger Organisation).

Darin kommt neben der allgemeinen Unsicherheit und Unsicherheit ein zentraler Mangel zum Ausdruck, der auch bis heute noch nicht aufgehoben werden konnte:

Der Mangel an wissenschaftlicher Untersuchung über die wirklichen Entwicklungsprozesse, deren Erscheinungen die Lage der Werftarbeiter fortwährend verschlechtern. Mangel an Klarheit über die bewussten Klassenpolitik von „oben“ – deren kurz und langfristige Ziele.

Die Tatsache, daß auf diesem Gebiet von uns nicht vorgebeizt worden war, verunsicherte die Zellen in den entscheidenden Monaten des letzten Jahres und Anfang dieses Jahres zur Untätigkeit in der betrieblichen Agitation. Jedenfalls waren die besonderen Probleme, die sich aus der Fusions- und Stilllegungspolitik der Werftbosse ergaben, nur am Rande Gegenstand unseres Handelns.

Dieses Hinterherhinken hinter der Entwicklung und den Erfordernissen aktueller Ereignisse haben wir dadurch z.T. wettmachen können, daß wir Untersuchungen durchgeführt haben, die es uns in Zukunft gestatten werden, qualifiziert (weil wissenschaftlich erarbeitet) zu konkreten Fragen Stellung zu nehmen. Allerdings wird es in den nächsten Monaten noch einiger Arbeit bedürfen, die von nur wenigen Genossen erarbeiteten Untersuchungsberichten zum „Gemeingut“ aller Zellen zu machen – sodann die erreichte Klarheit in den eigenen Reihen, planmäßig unter den Werftarbeitern zu verankern.

Es wird in Zukunft besonders darauf zu achten sein, daß die Politik von jedem einzelnen Genossen mitgetragen und mitentwickelt wird – daß jedes Mitglied eine Aufgabe hat, die es kontrolliert durchführt. Das ist bisher nicht geschehen, so daß bestimmte Zellen ihre wertvolle Zeit in fruchtloser

## Böse Nachricht für Hamburgs Schiffbau

# Endgültig: HDW schließt Werft Finkenwerder!

## 1600 Arbeiter sollen „umgesetzt“ werden

Ob Hamburg, 12. Oktober  
Schlechte Nachricht für 1600  
Werftarbeiter und den Ham-  
burger Schiffbau: 1973 wird  
das Werk Finkenwerder von  
Howaldt/Deutsche Werft ge-  
schlossen. Das wurde gestern  
auf einer Betriebsversam-  
lung mitgeteilt. Die Beschäftigten sollen in andere Werke  
„umgesetzt“ werden.

Eine der zahlreichen Schlagzeilen

mehr als zwei ergibt“, aus zwei Belegschaften eine Belegschaft geschaffen wird, die in der Lage ist, den Werftbau ein Höchstmaß an Profit zu schaffen.

## Vorgehen des BR und der IG-Metall - Führung

Einen wesentlichen Anteil bei der Absicherung des Konzepts der Werftkapitalisten gegenüber den Arbeitern und bei der Verhinderung eines organisierten Widerstandes der Kollegen gegen die ständigen Angriffe trägt die örtliche IG-Metall-Führung sowie der fast ausschließlich von SPD-Mitgliedern getragene Betriebsrat.

Man kann davon ausgehen, daß die Gewerkschaftsführung von Anfang an in die Machenschaften der Werft-Bosse eingeweiht war. So äußerte der Bezirksleiter der IG-Metall Hamburg und Aufsichtsratsmitglied Heinz Scholz gegenüber den „Hamburger Anzeigen und Nachrichten“:

„Bereits 1962 war der Vorbesitzer des Werks Finkenwerder, der GHH, die Situation auf der Werft klar: Schon damals wurde an eine Schließung gedacht. Es besteht aber mit der Schließung des Teilbetriebes der HDW keine Veranlassung, an einen Niedergang der Deutschen Werftindustrie zu denken. Eine Umstrukturierung im Schiffbau ist seit langem geplant. Wer investiert, bleibt auch in Zukunft bestehen. Die HDW sind bereit zu investieren.“

– und auf einer Sitzung der Vertrauensleute von HDW, nachdem der Betriebsrat im Vorgriff auf einen Beschluß des Aufsichtsrates „über möglichen Stilllegung Finkenwerders“ zugestimmt hatte, wußte Heinz Scholz zu berichten, daß es für ihn schon bei der Fusion 67 klar war, daß Finkenwerder dabei draufgehen würde!

Auf die Fragen einiger empörter Vertrauensleute, warum denn die IG-Metall überhaupt die Fusion 67 unterstützt hat, wenn schon klar war, daß Finkenwerder stillgelegt wird und warum Heinz Scholz das nicht damals schon gesagt hat, gab es keine Ant-

worten diesen Kurs zu unterstützen.

Der „Wirtschaftsexperte“ des Internationalen Metallarbeiterbundes Casarini kam besonders ins Schwärmen, als er von den Arbeitsbedingungen japanischer Schiffbauer auf voll durchrationalisierten Werften berichtete, für die „Zeit Geld ist“ und die deswegen nicht wie hier zu Fuß ihre Arbeit aufsuchen, sondern die auf Fahrrädern von Gewerkschaft zu Gewerkschaft flitzen!

Es wird klar, daß „Arbeitnehmervertreter“, die solchen Träumen der Kapitalisten nachhängen, kein Stück dafür tun, Kampfmaßnahmen der Werftarbeiter zu unterstützen, sondern im Gegenteil, Anlässe dazu entziehen! Und es wird klar, daß die Vertreter dieser Linie im Betrieb sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß die Kapitalisten ihre Pläne ungestört verwirklichen können!

In diesem Sinne war der Betriebsrat auf der HDW in den letzten Jahren aktiv:

Zur Fusion 67 wurden in allen Abteilungen und Gewerken Versammlungen durchgeführt, um die Kollegen zu beruhigen. Noch heute sind die Betriebsräte stolz darauf, daß sie damit dem Betr.VG von 1972 voraus waren.

Im Februar 72 wurde von der SPD-Betriebsgruppe (BR- und VK-Führer) anlässlich einer Sitzung des Aufsichtsrates, auf dem HDW-Werk Ross eine „spontane“ Arbeitsniederlegung mit Marsch zum Verwaltungsgebäude organisiert.

Es wurden noch nicht mal alle Gewerke informiert, sondern nur die Gewerke, wo sie ihre Leute drin haben, wurden einbezogen. Das führte dazu, daß sich nur ca. 600 Kollegen an dieser Aktion beteiligten und daß nur vom VK-Vorstand dort die Forderung vorgebracht wurde, mit Blohm & Voss nicht zu fusionieren. Die „Arbeitnehmer“-Vertreter im Aufsichtsrat, Heinz Scholz, Hans Apol (MdB) und der damalige BR-Vorsitzende Karl Richter waren dann auch schnell einverstanden mit dieser Forderung und erklärten, sie wollten jetzt mit den Unterneh-



Gemeinsam anpacken – gemeinsam kämpfen!

uns einsetzt, schleusen wir die Gewerkschaftsbücher hin.“ Oder anlässlich der BR-Wahlen 72 wählten einige Abteilungen geschlossen aus Protest gegen die bisherige BR-Politik die Liste des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes (CMV), anstatt der IGM-Liste.

Hieran zeigt sich besonders deutlich der Mangel einer politischen Alternative für die Werftarbeiter.

Es gibt zwar in einigen Gewerken und einigen Abteilungen hin und wieder spontane Aktionen und Anlässe eines organisierten Widerstandes, jedoch verpuffen diese Aktionen schnell wieder ins Leere, da die Kollegen am anderen Ende der Werft gar nichts von dem Kampf wissen und auch keine einigende, anleitende Kraft da ist, die diese Kämpfe zusammenfassen und zu einem Kampf machen könnte.

## Die Aufgaben der KB – Betriebsorganisation

Die Betriebszellen-Organisation des KB auf den Hamburger Werften hat

und nicht mehr kontrollierbarer Debatte vergeredet haben und andere im engen Praktikum der „Abteilungsprobleme“ aufzugehen drohten.

Die Unsicherheit über das, was die Zukunft bringen wird, ist nicht geringer als die Resignation bei fortschreitlichen Kollegen. Wir werden beides nur aufheben können, wenn es uns gelingt, umfassende politische Klarheit über die Pläne der werftdeutschen Monopolkapitalisten und den damit verbundenen Maßnahmen des Werftkapitals unter den Kollegen dauerhaft zu verankern. Erst aus dem berechtigten Mißtrauen, daß viele Werftarbeiter gegen die Kapitalisten und ihren Staat hegen, aber auch gegen die Politik der Gewerkschaftsführung, ein Vertrauen in die eigene Kraft erwacht, werden sie in der Lage sein, den Stilllegungs-, Konzentrations- und Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten etwas entgegenzusetzen.

Leitung der Zellen bei HDW und B+V  
KB-Gruppe Hamburg



# IG-Metall-Vorstand startet Offensive gegen Kritiker

Am 10.2.1973 hatte die Ortsverwaltung der IG Metall Hamburg die Leitungen der Vertrauenskörper, die Betriebsratsvorstände und die Mitglieder der „Wahlausschüsse zu den Vertrauensleute-Neuwahlen“ in das Hamburger Gewerkschaftshaus geladen. Laut Einladungsschreiben sollte über:

- die Lohnbewegung 72/73,
- die Vertrauensleutewahlen, (sowie deren „Beeinflussung von außen“)

beraten werden. Es liegt auf der Hand, daß beide Fragenkomplexe eigentlich auf die Konferenz aller Vertrauensleute im Bereich der Verwaltungsstelle (Funktionärversammlung) gehören, die nach den Richtlinien der IGM-Vorstände einmal im Vierteljahr stattfinden soll.

Mit dem Ausschluss der übrigen Vertrauensleute verfuhr die Ortsverwaltung in Hamburg zwar „sitzungsgeheim“ (denn es heißt in den „Richtlinien“, daß die Ortsverwaltung zu solchen Konferenzen „alle ... oder jeweils Vertrauensleute bestimmter Bereiche bzw. Betriebe einladen ...“).

Über das schamhafte Vorgehen der IGM-Führer in der Lohnrunde 72/73 soll zunächst Graß wachsen, und die Vertrauensleutewahlen sollen langsam passé sein, wenn am 13. April Eugen Loderer zur nächsten „Großen Funktionsversammlung“ in Hamburg erscheint und zur „Tarifbewegung und zur allgemeinen Situation“ sprechen wird.

Daß ausgerechnet zum letzten Zeitpunkt mit dem Gastredner Arno Schwarting vom Vorstand und mit Loderer im April zwei Vertreter vom Hauptvorstand aufkreuzen, daß Schwarting zudem noch vor diesem ausgewählten Kreis von Funktionären sprach, ist nicht etwa Zufall, sondern steht in engstem Zusammenhang mit den Ereignissen der kürzlich abgelaufenen Tarifrunde 72/73. Eugen Loderer hatte nach der Urabstimmungsschlappe im Stahlindustrie-Neuwahlkampf, über die Vertrauensleute und Bevollmächtigten der Verwaltungsstellen in gezielten Einheiten das Gespräch mit der Basis zu intensivieren und mit „anderen eigenen extremen Eiferern aufzuräumen.“

## Das linke Gespenst

Schwarting begann das Aufräumen auf der Hamburger Versammlung denn auch gleich mit den etwa 20.000 „extremen Eiferern“ der Hoesch-Werke in Dortmund.

In schöner Weiterführung der Hetzkampagne, die die Dortmunder Kapitalisten gegen die Arbeiter gestartet haben, führt er aus, daß sie sich mit dem Streikbeschluss „außerhalb des Gesetzes begeben“ haben. Mehr noch, sie streiken eigensinnig und setzen sich damit über die Führung der IGM hinweg, über hinterher, die „kommen sie dann an und wollen Rechtsschutz von uns haben, dann können wir auch nicht mehr helfen“.

So stellt es ein Gewerkschaftsführer dar: streikende Arbeiter sind Gesetzesbrecher, die von der Organisation nicht

unterstützt werden können. Da wird schon mal vergessen, auch ein Wort über die berechtigten Forderungen zu verlieren!

Konsequent verfolgt er dann auch in der Darstellung der diesjährigen Tarifprobleme dieselbe Taktik, Verdrehungen und Auslassungen.

- Unzufriedenheit über den Abschluss wegen linearer Forderungen (und die haben ja vor allem radikale Vertrauensleute gewollt, der Vorstand war von Anfang an dagegen),
- die Urabstimmung als Druckmittel allein genügt, um die Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen (schließlich hatten sie ja zuerst nur 5,6 % geboten),
- für 1 % mehr lohnt ein Streik nicht,
- zudem hat die Streikbereitschaft gefehlt.

Auf diese Formeln gebracht, ist der diesjährige Tarifablauf von ihm analysiert worden.

Da ist es dann ein leichtes, von der Analyse ausgehend die Schuldigen zu finden:

Es sollen vor allem die Vertrauensleute sein, die sich in solchen Tarifrunden nicht bedingungslos den Anweisungen der Führung beugen, stattdessen sogar Kritik an der zentralistischen, undemokratischen Verhandlungsführung des Vorstandes üben.

(In der DGB-Funktionärzeitschrift „Die Quelle“ Nr. 2/73 ist als einer der wesentlichen Gründe für die Unzufriedenheit der Stahl- und Metallarbeiter angegeben: „... Kommunikationslücken

vor und während der Tarifbewegung, zum Beispiel zwischen Mitgliedern und Vertrauensleuten.“ S. 67).

Die angeblichen Verfehlungen der gewerkschaftlichen Basis, das „Versagen“ der Vertrauensleute müssen herhalten, um jede Kritik an mangelnder Demokratie in der IGM vom Tisch zu wischen. Denn laut Schwarting hat allein der Vorstand den großen Überblick und genügend Erfahrung z.B. in der Tarifpolitik, um wichtige Entscheidungen zu fällen. Deshalb gebührt ihm die „oberste Entscheidungsbefugnis“.

Die Frage der gewerkschaftlichen Demokratie reduziert sich dann ganz einfach auf das entweder ... oder.

Entweder den jetzigen „demokratischen“ Zustand (mit der zentralen Vorstand, „demokratisch“) oder die Machübernahme durch einige Gruppen von außerhalb (genannt werden „rote Zellen“, KB usw., die DKP nimmt er ausdrücklich in Schutz).

„Schon formiert sich wieder eine sogenannte „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“...“ mault er das vielseitig verwendbare kommunistische Schreckgespenst an die Wand (als wenn von einigen trübsinnig veranlagten Himmelsstürmern, die sich „RGO“ nennen, irgendeine Gefahr drohte!), um damit die Kritik der Arbeiter in eine bestimmte Ecke zu drängen, wo man sich nicht mehr mit ihr auseinandersetzen braucht, sondern sie einfach ignorieren oder unterdrücken kann.

Das Vorgehen hat Methode. Der Kreis schließt sich nämlich, wenn Schwarting formalisiert, was von Vertrauensleuten erwartet

„Der VK ist die Vertretung der Gewerkschaft im Betrieb. Er muß ihre Politik glaubwürdig vertreten.“

„Die Organisation muß wissen, daß sie mit ihren Vertrauensleuten jederzeit durch dick und dünn ihre Politik durchsetzen kann.“

„Über die VKs müssen wir erreichen, das starke IGM-Betriebsräte gewählt werden.“ „Es darf keine Zweigleisigkeit Betriebsrat - VK geben, der VK muß exakt an der Seite der Betriebsräte stehen.“

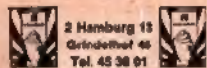
„Statt linker und extremer Eiferer also Vertrauensleute, die bedingungslos die Anweisungen der Zentrale befolgen, die sich zu Helfershelfern der Betriebsräte machen, sich damit der Arbeitsfriedensbindung, die den Betriebsräten durch das Betriebsverfassungsgesetz verordnet ist, voll und ganz unterwerfen.“

Die Marschroute ist klar. Loderer hat sie mit seinem Wort von den „inneren Konsequenzen“ festgelegt. Die Kritiker an die Leine legen oder wenn nötig, sie rauschmeißen.

Wir dürfen Versammlungen wie die geschilderte nicht unterschätzen. Hier wird ein ausgewählter Kreis von Funktionären auf Linie getrimmt, um sie hernach in den Betrieben zu verfechten.

Daß das Vorgehen der Gewerkschaftsführung Wirkung zeigt, beweisen Diskussionen in Vertrauenskörpers der Hamburger Betriebe, in denen es vor allem Führungskräfte Betriebsräte sind, die Grundsatzthesen über die Hoesch-Arbeiter verbreiten und den Buhmann „lineare Forderungen“ versuchen systematisch aufzubauen.

## arbeiterbuch



2 Hamburg 13  
Grindelhof 46  
Tel. 45 30 01

Eine teile sich in zwei  
3. Auflage 10.000 209 S. 8,50 DM  
Die Arbeit enthält 100 Geschichten von dem Leben von heute. Sie sind von Arbeiter, Bauern und Soldaten geschrieben und handeln die wichtigsten Ereignisse der letzten 100 Jahre. Die Geschichten sind in 100 Hefen unterteilt. Jeder Hefen enthält eine Geschichte und eine Zeichnung. Die Hefen sind in 100 Hefen unterteilt. Jeder Hefen enthält eine Geschichte und eine Zeichnung. Die Hefen sind in 100 Hefen unterteilt. Jeder Hefen enthält eine Geschichte und eine Zeichnung.

Ivan Popov  
Als die Nacht verging  
Teil 1 und Teil 2 je 6,- DM

Ein spannender Roman aus der Zeit der russischen Revolution. Er handelt von dem Kampf zwischen den verschiedenen Parteien der Revolution. Die Geschichte ist in 100 Hefen unterteilt. Jeder Hefen enthält eine Geschichte und eine Zeichnung. Die Hefen sind in 100 Hefen unterteilt. Jeder Hefen enthält eine Geschichte und eine Zeichnung.

Die Bücher sind über alle fortschrittlichen Buchhandlungen, Westdeutschlands und Westberlins oder über ARBEITERBUCH Hamburg direkt zu beziehen

# Nicht mit uns!

Sieht es und je ist es üblich, daß auf den Veranstaltungen des Kommunistischen Bundes die verschiedensten kommunistischen Organisationen ihre Agitations- und Propagandamaterialien vertreiben. Da es sowohl zwischen uns einerseits und den Superlinken und der DKP andererseits grundsätzliche politische Differenzen gibt, halten wir die allgemeine politische Diskussion „quer durch die Organisationen“ prinzipiell für förderlich.

So ist es niemals vorgekommen, daß irgendjemand aus unseren Reihen die Superlinken oder die DKP am Verkauf ihrer Zeitungen behinderte. Konsequenterweise umfaßt das „Arbeiterbuch“ das Spektrum der gesamten linken Presse, von der revisionistischen DKP bis zu den Linkskräften. Dieses Prinzip ist weder bei der DKP noch bei den Superlinken irgendwo aufzufinden!

Welchen Grund sollten wir auch haben, z.B. den Vertrieb der „UZ“ innerhalb unserer Reihen zu fürchten? — Im Gegenteil — es gehört zur politischen Praxis aller Einheiten unserer Organisation, sich mit den verschiedensten Strömungen der kommunistischen Bewegung auseinanderzusetzen.

Die DKP allerdings hat seit langer Zeit den genau gegensätzlichen Standpunkt in ihrer Praxis eingeschlagen — mag sie in ihren „Thesen“ oder anderswo auch das Gegenteil behaupten! Offensichtlich fürchtet die Führung den politischen Einfluß des ARBEITERKAMPF auf ihre eigene Basis.

Hier einige Beispiele: Als am 30. November vorigen Jahres die SDAJ-Hamburg eine Veranstaltung mit der Polit-Rock-Gruppe Floh de Cologne durchführte, verkauften einige Sympathisanten des KB den ARBEITERKAMPF vor den Toren von Platanen und Blumen. Wie auch sonst versuchte die SDAJ wieder, den Verkauf des ARBEITERKAMPF an ihre eigenen Genossen zu verhindern. Dementsprechend gingen die SDAJer soweit, einer Verkäuferin Zeitungen aus den Händen zu reißen und ihr, als sie sich dennoch nicht einschüchtern ließ, mit der Faust mehrfach ins Gesicht zu schlagen. Daß es sich hierbei um sechs bis sieben (!) SDAJer handelte, verdient eine besondere Beachtung!

Wenn man zentrale Veranstaltungen der DKP besucht, könnte man glauben, die Organisation hätte CDU-Ordnertruppen bzw. Faschisten übernommen. Nicht, daß wir es der DKP nicht zubilligen, sich gegen eventuelle Versuche des Sprengens ihrer Veranstaltungen mit geeigneten Mitteln zu schützen. Aber hier ging es ausschließlich darum, von vornherein in ihrer Veranstaltung Verhältnisse zu schaffen, die garantieren, daß nur der DKP-Führung wohlgenommene Beiträge geleistet werden konnten.

So organisierte die Landesleitung der DKP in Hamburg im vergangenen November ihre zentrale Wahl-Veranstaltung folgendermaßen: an den Eingängen zum Audimax führten Ordnertrupps der DKP sog. „Gesichtskontrollen“ durch. Nach Gutdünken und Willkür wurde verschiedensten Linken der Einlaß verweigert.

Innerhalb des Saals gab es mehrere „mobile Ordnertrupps“. Sie drohten allen oppositionellen Zwischenrufern, diese im Wiederholungsfall aus dem Saal zu werfen. Verschiedene Fotografen konzentrierten sich ausschließlich auf diese Zwischenrufer und machten Fotos von ihnen. Es wäre interessant zu erfahren, was die DKP-Führer mit solchen Kaitelen beabsichtigen ...

Zunehmend greifen die DKP-Führer zum Mittel der politischen Diffamierung. So ließen sie vor einiger Zeit innerhalb und außerhalb ihrer Reihen verbreiten, daß ein leitender Genosse des damaligen SALZ ein Sohn eines Direktors bei Blohm & Voß sei, der im Auftrag seines Vaters Opposition gegen die DKP machen sollte und das auch tatsächlich werden sollte. So wurden Publikationen des SALZ sowohl im Auftrag als auch auf Rechnung von Blohm & Voß hergestellt und dann vor dem Betrieb verteilt!

Vor einiger Zeit wurde von DKP-Studenten in Harburg das Gerücht verbreitet, daß ein Genosse des KB, der als Kundgebungs- und Demonstrationsredner bekannt ist, ein Agent des Verfassungsschutzes und ein CDU-Mann sei.

Am 14. Februar d. J. zeigte der Hamburger Landesvorstand der DKP im Altonaer Filmtheater „Spiegel“ den Film „Das Lied der Matrosen“.

Als an den Anschlägen des Films einige Genossen von uns den ARBEITERKAMPF vor dem Kino verkauften, versuchten mehrere DKP- und SDAJ-ler, sie abzuordnen, um sie zur Aufgabe des Verkaufs zu zwingen. Als das nicht den gewünschten Erfolg hatte, entfiel ein führender DKP- oder SDAJ-ler, der das Eingangsreferat gehalten hatte, einem Verkäufer 9 Zeitungen und zerstörte diese. Vielleicht veranstalten diese Herren beim nächsten Mal ja eine öffentliche Bücherverbrennung ...

Am nächsten Abend besuchten einige Genossen der ARBEITERKAMPF - Vertriebsorganisation das Kreisbüro der DKP/SDAJ in HH-Altona, um die Verantwortlichen derartiger antikommunistischer Provokationen vor weiteren Versuchen zu warnen.

Wer die eigentlich Verantwortlichen für diese Schweinereien sind, wissen wir genau. Es ist nicht irgendein SDAJ- oder DKP-ler, es ist der führende Kern.

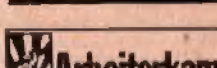
Es ist die Konsequenz Folge der Hetzpolitik der DKP-Führung gegen alles, was ihre Parteipolitik gefährden könnte. Diese Machenschaften richten sich dementsprechend fast ausschließlich gegen den KB!

Wir müssen feststellen, daß es für viele DKP/SDAJ-ler bei dieser antikommunistischen Hetze und Propaganda in ihren Organisationen nur die „logisch“ erscheint, wenn die politische Auseinandersetzung auf derartige Weise führen. Wenn man — wie die DKP-Führung — den politischen Einfluß einer anderen Organisation fürchtet diesem aber nichts Inhaltliches entgegenzusetzen hat, entspricht es nur einer allgemeinen Gesetzmäßigkeit, mit schließlich antikommunistischen bis hin zu faschistischen Praktiken sich von solchen Einflüssen „schützen“ zu wollen.

Hier wird die tiefe innere Widersprüchlichkeit der DKP-Organisation offenkundig: die Angst der Führung vor der politischen Auseinandersetzung überhaupt, die Angst vor jeglicher Selbstkritik und das Wissen, wie sehr man (in jeder Hinsicht) auf „Sand gebaut“ hat — was andererseits die DKP-Führung in ihrem reaktionären Kurs immer weiter vorantreiben wird.

Als wir als diesem Mittwoch das Kreisbüro der DKP verließen, traf gerade die Polizei ein: die DKP hatte sie wegen „Hausfriedensbruch“ kommen lassen. Wo waren wir eigentlich gewesen? Beim Klassenfeind? Leitung der Hamburger Stadtteil-Organisation

## IMPRESSUM



Herausgeber — Druck — Verlag

J. Reents, Verlag Arbeiterkampf, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 36, verantwortlich, Redaktion: Kai Ehlers, Verlagsgedruckte, preislich, verantwortlich, Kai Ehlers, Verlagsgedruckte, Auflage: 10.000, Erscheinungstermin: monatlich, Verkaufspreis: 80 Pfg., Verlagskonto: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8376 J. Reents, Postcheckkonto Hamburg Nr. 240 586 J. Reents

## Kontaktadressen des KB

BREMENHAVEN: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, Bürger 198, tgl. 12.30 — 18.30 Uhr, Tel. 41 24 54

EUTIN: H. Lankau, 242 Eutin-Gröbenort

FLensburg: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagkarte A022583

FRANKFURT: K. Scholz, 6232 Bad Soden, Postfach 1408, Tel. 0611/30 81 71, Mo. 18 — 21 Uhr, Do. 18 — 21 Uhr

HAMBURG: Postadresse: J. Reents, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 36

KIEL: W. D. Schmel, 23 Kiel 1, postlagernd

OLDENBURG: D. Seidel, 29 Oldenburg, Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des Arbeiterkampf

GÖTTINGEN: KAG im Buchladen „Rote Straße“, 34 Göttingen, Rote Straße 10, Di. 17 — 19 Uhr

LÜBECK: W. Blankenschein, 24 Lübeck, Postlagkarte 082332A  
WESTBERLIN: Florian Geyer, 100 Berlin 21, Stephanstr. 60



## Hinweis

Aus Platzgründen haben wir den 3. Teil des Artikels „EWG — Großmachtpolitik der europäischen Imperialisten“ nicht in diese Nummer des ARBEITERKAMPF aufnehmen können. Er erscheint dann in der nächsten Nummer.

AK-Redaktion



# Lohndiktat und Streikverbot

England auf dem Weg in die EWG



Massenversammlung in England gegen die Politik der konservativen Regierung

Die englische Kapitalistenklasse ist zum Großangriff auf die politischen Rechte und die wirtschaftliche Existenz der Arbeiterklasse übergegangen. Das „Antinflationsgesetz“, das die konservative Regierung Mitte Januar vorlegte und das bald vom Parlament verabschiedet worden soll, stellt den bisherigen Höhepunkt einer Angriffswelle dar, die seit rund einem Jahr in bishin nicht gekannter Härte die Grundrechte der Arbeiterklasse und ihren Lebensstandard Stück für Stück zu zerstören versucht.

Anfang 72 wurde das Antistreikgesetz verabschiedet. Mit diesem Gesetz (s. ARBEITERKAMPF Nr. 17 und 18) hat die konservative Regierung die Möglichkeit im Auftrag der Kapitalisten, jeden Streik zu verbieten, die Streikführer zu verfolgen, sie ins Gefängnis zu werfen oder sie mit immensen Geldstrafen zu ruinieren.

Für die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten wurden Lohnleitlinien von 7-8% festgelegt. Die Unternehmer dagegen erhielten dicke Steuergeschenke von ihrer Regierung: im Finanzplan 72 ist unter anderem vorgesehen, daß Investitionen 100%ig abgeschrieben werden dürfen, daß der Staat die ersten 5 Jahresmieten für neugetieteten Fabrikgebäude in sog. „industriell unterentwickelten Gebieten“ bezahlt! Bei Investitionen in Nordengland übernimmt der Staat – also der Steuerzahler auch noch 20% der Kosten direkt! usw., usw.

Mitte Oktober 72 verfügte die konservative Regierung auch noch 20% der Kosten direkt! usw., usw.

Mitte Oktober 72 verfügte die konservative Regierung schließlich ein „Lohn- und Preisstopp“: während die Preise aber fleißig weiter stiegen, wurden seitdem keine Lohnhöhungen mehr zugelassen, mehr noch – bereits vor diesem Zeitpunkt ausgehandelte Lohnhöhungen wurden gar nicht mehr ausbezahlt!

Und jetzt das sog. „Antinflationsgesetz“. Es setzt fest, daß die Löhne und Gehälter höchstens um etwa 6% (!) steigen dürfen, und droht für jeden Streik, der für höhere Löhne durchgesetzt wird, mit harten Strafen an.

Dieses „Antinflationsgesetz“ kennzeichnet eine neue Qualität in den Angriffen der Kapitalistenklasse auf die englische Arbeiterklasse. Während „Lohnleitlinien“ zwar einen Eingriff in die Tarifautonomie der Gewerkschaften darstellen, so bleibt doch noch die Möglichkeit für die Arbeiterklasse, durch Kampf Lohnabschlüsse über diese Leitlinien durchzusetzen.

Das neue „Antinflationsgesetz“ aber setzt keine Lohnleitlinien mehr, es setzt die Löhne und Gehälter direkt fest!

In England ist somit das staatlich verordnete und staatlich durch Strafen abgesicherte Lohndiktat eingeführt worden. Die Streikfreiheit – im letzten Jahr wurde sie durch das Antistreikgesetz eingeschränkt – ist praktisch abgeschafft worden.

## Lohnstopp für drei Jahre

Das „Antinflationsgesetz“ legt fest, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht höher liegen dürfen als 4 Pfund pro Monat plus 4% des bisherigen Lohns (Gehalts) ohne die Überstunden.

Zu den Preisen ist im Gesetz festgelegt, Fabrikbesitzer darf nicht erlauben, ihre Preise zu erhöhen, außer in dem Ausmaß, in dem sie unabwendbar Kostensteigerungen (!) begegnen müssen.“ Zahlenangaben über diese

„Ausmaß“ – wie es für Löhne und Gehälter peinlich genau festgelegt ist – werden nicht gemacht.

Für diejenigen, die gegen das Gesetz handeln – für „Manager, die höhere Löhne zugestehen“ (!) oder Arbeiter, die zum Streik für höhere Löhne aufrufen z.B. – sind empfindliche Strafen vorgesehen: Im „Schnellverfahren“ können Geldstrafen bis zu 400 Pfund (ca. 3 000 DM) verhängt werden, ein Gericht dagegen kann unbegrenzte Geldstrafen aussprechen.

Für Gewerkschaftsfunktionäre, die im Auftrag der Gewerkschaftsführung zu einem Streik für höhere Löhne aufrufen, haften die Gewerkschaft. „Andere Leute, Direktoren, Manager und auch auch einzelne mutante Arbeiter werden individuell verfolgt“, schreibt die englische Zeitung „Daily Telegraph“.

Dieses Ermächtigungsgesetz soll für 3 (drei!) Jahre Gültigkeit haben. Darüber hinaus ist eine besondere Klausel vorgesehen, die es ermöglicht, das Gesetz durch einen einfachen Parlamentsmehrheitsbeschluss um ein Jahr zu verlängern. Diese Verlängerung kann beliebig oft vorgenommen werden. Der „Daily Telegraph“ schreibt dazu lakonisch: „Alles was man dazu braucht, ist die Zustimmung des Parlaments ohne die unangenehme und zeitraubende Pflicht, ein neues Gesetz einzuleiten und dies durch alle Instanzen durchzubringen.“

## 4 Pfund + 4 Prozent = Lohnraub

### 4 Pfund + 4 Prozent = Lohnraub

Was bedeutet diese Formel „4 Pfund plus 4%“ für die englischen Arbeiter? Die Springerzeitung „Welt“ schreibt in Anlehnung an englische Pressemeldungen: „Das entspricht etwa einer Erhöhung der Lohneinkommen um 7-8%.“

Das stimmt nun aber so allgemein gesprochen nicht! Nur die schlechtest bezahlten Arbeiter mit einem Monatslohn von umgerechnet etwa 750 DM kommen bei dieser Methode auf eine Lohnsteigerung von 8% (siehe Tabelle). Die Durchschnittslöhne der englischen Arbeiter und Angestellten liegen bei 160-175 Pfund (1 200 - 1 300 DM). Bei diesen Monatslöhnen kommt man mit der Formel „4 Pfund plus 4%“ auf Erhöhungen von 6-6,5%!

Dazu kommt, daß diese 4% nicht vom ganzen Lohn ausgehend berechnet werden: Die Überstunden, ohne die ein englischer Arbeiter mit seinem Lohn überhaupt nicht auskommen würde, werden vor der Berechnung der 4% vom Lohn abgezogen. Auf diese Weise schrumpfen die 4% zu 3,2% bis 3,5% des tatsächlichen Lohns zusammen.

In dem Gesetzentwurf der konservativen Regierung wird außerdem betont, die 4% seien jeweils für ganze Arbeiter (Angestellten)-Gruppen gedacht; wie diese 4% aufgeteilt würden, sei Sache der Verhandlungen, und man hoffe, daß die bisher niedrig bezahlten Arbeiter und Angestellten bei der Aufteilung besonders gut wegkamen!

Hier kommt die ganze Inflation und der arbeiterfeindliche Charakter dieses Gesetzes besonders zum Ausdruck: Den Arbeitern wird durch ein Gesetz verboten, den Kapitalisten durch Streik die höchstmögliche Lohnsteigerung abzukämpfen. Das Einzige, worum sie noch „kämpfen“ dürfen, ist die Verteilung des zugestandenen Happens unter ihnen selbst. Die Kapitalistenklasse und ihre Handlanger in der Regierung versuchen damit, die Kampflinie weg von der Klassenfront zwischen Arbeiter und Kapitalisten in die Arbeiterklasse selbst zu legen. Das würden sie am liebsten sehen! Statt einer einheitlich gegen die

Kapitalistenklasse kämpfenden Arbeiterklasse – verschiedene Arbeitergruppen, die sich untereinander um den größten Bissen schlagen!

Das „Antinflationsgesetz“ ist nicht nur ein schwerer ökonomischer, sondern auch ideologisch-politischer Angriff der herrschenden Klasse.

## Preisstopp – eine Illusion

Schon immer hat man es der Arbeiterklasse schmackhaft gemacht, einen Lohnstopp – ohne der schärfsten wirtschaftlichen Waffen im Arsenal der Kapitalistenklasse – hinzunehmen, indem zusätzlich ein „Preisstopp“ angeboten wurde.

Schon immer allerdings war es eine Illusion, diesem „Angebot“ zu trauen. Für die Kapitalisten und ihre Regierung ist es kein Problem, in ihrem Staat den Lohnstopp tatsächlich zu überwachen! Die Löhne werden zentral verhandelt und in Tarifverträgen festgelegt. Die Preise allerdings macht jeder Unternehmer selbst, ohne daß er darüber mit irgendeinem Arbeiter verhandeln müßte. Wie aber soll es da für die Arbeiterklasse möglich sein, den „Preisstopp“ zu überwachen? Diese Aufgabe bleibt natürlich der Kapitalistenklasse selbst überlassen. So heißt es dazu auch in Springers „Welt“: „Schätzungen laufen darauf hinaus, daß für die Überwachung der Preise und Löhne höchstens 1 000 Beamte zusätzlich erforderlich sind. Im Regierungs-Weißbuch“ (eine Schrift, in der die konservative Regierung ihre Maßnahmen er-

buchtet) (eine Schrift, in der die konservative Regierung ihre Maßnahmen erklärt), heißt es ausdrücklich, die Regierung wolle sich im höchst möglichen Maße auf eine freiwillige (!) Mitarbeit aller Gruppen der Gesellschaft verlassen.“

Die „1 000 Beamten“ sind nicht mehr als ein schlechtes Alibi – es soll wenigstens so aussehen, als tue die Regierung etwas für die Kontrolle der Preise. Wie das aber in Wirklichkeit aussieht, wenn die Unternehmer sich „freiwillig“ selbst kontrollieren, haben die englischen Arbeiter in den vergangenen Monaten des „Preisstopps“ erlebt: Im November und Dezember stiegen die Preise so stark, daß es auf Jahr berechnet eine Rate von mehr als 6% ausmachen würde. Einige Lebensmittel sind sogar noch viel stärker gestiegen, wie z.B. der Preis für Rindfleisch, der im letzten Jahr um rund 6% (sechzig!) % stieg.

Auch wenn wir mal annehmen, daß die Kapitalisten sich an den „Preisstopp“ halten und die Preise ihrer Waren tatsächlich nicht steigen würden – wer kann sie dann daran hindern, ihre Profite dadurch weiter zu erhöhen, daß sie die Bänder schneller stellen, die Akkord aufsetzen usw.? Durch die Steigerung der Arbeitsetze erhöhen sie die Produktivität und damit ihre Profite.

Die englischen Arbeiter und Angestellten haben damit bereits ihre Erfahrungen gemacht: Im Juli 66 erließ die damalige Labour-Regierung einen Lohn- und Preisstopp. Dies hatte zur Folge, daß während die Löhne in dieser Zeit um nur 2% stiegen, die Produktivität der englischen Betriebe im Durchschnitt auf das Doppelte hochschaltete – d.h. um 100% anstieg!

## 1972 Friedenspflicht durchgesetzt, 1973 Streikverbot!

Wenn das „Antinflationsgesetz“ im Parlament verabschiedet wird – und allen spricht dafür – dann ist damit in England das Streikrecht für mindestens 3 Jahre abgeschafft! Jeder Arbeiter, der zum Streik aufruft für Lohnsteigerungen

über 6,5% kann mit einer „unbegrenzten Geldstrafe“ dafür bestraft werden. Jedem Streikführer und seiner Familie droht der lebenslängliche wirtschaftliche Ruin!

Die englische Kapitalistenklasse versucht gegenwärtig in einem Eilmarsch den Vorsprung der anderen europäischen Kapitalistenklassen aufzuholen, den diese auf dem Gebiet der Knebelung ihrer Arbeiterklassen haben.

Vor allem die westdeutschen Kapitalisten verfügen hier – gerade was die Erfahrungen mit der faschistischen Diktatur über die Arbeiterklasse angeht – über einen großen „Vorsprung“ vor den englischen Kapitalisten.

Sie haben dem deutschen Proletariat – das damals zu den bewußtesten und stärksten Arbeiterklassen in Europa zählte – sowohl politisch-ideologisch als auch wirtschaftlich und organisatorisch mit der Errichtung des Faschismus, der Auflösung der Gewerkschaften, dem Verbot der KPD usw. das Rückgrat gebrochen.

1952 fesselten sie die ehemals revolutionären Organe der Arbeiterklasse – die Betriebsräte – mit dem Betriebsverfassungsgesetz, das den Betriebsräten die „verlässliche Zusammenarbeit“ und die „Friedenspflicht“ aufzwang!

1956 setzten sie das Verbot der KPD durch, Tausende von kommunistischen Arbeitern wurden wieder in die Gefängnisse geworfen.

Durch entsprechende Paragraphen im Arbeitsrecht und in den Notstands-

Durch entsprechende Paragraphen im Arbeitsrecht und in den Notstandsgesetzen haben sich die westdeutschen Kapitalisten die rechtliche Handhabe geschaffen, jeden Streik zu illegalisieren und die Beteiligten zu hohen Geldstrafen zu verurteilen oder ins Gefängnis zu werfen (siehe der Artikel „Dritte Gewalt des Kapitals“ im ARBEITERKAMPF! 25).

Diese Gesetze und Maßnahmen zur Fesselung der Arbeiterklasse haben den westdeutschen Kapitalisten zu einem relativ ungestörten Profitaufschwung und „Wirtschaftswunder“ verholfen.

Die englische Kapitalistenklasse dagegen war bis vor kurzem nicht in der Lage, derartige Angriffe auf die Rechte der Arbeiterklasse durchzusetzen.

Monatslohn in		tatsächliche Lohnsteigerung in %	
engl. Pfund	DM	4 % plus 4 Pfund	
100	750	4 plus 4 = 8 Pfund = 8 %	
120	900	4,8 plus 4 = 8,8 Pfund = 7,4 % (!)	
140	1050	5,6 plus 4 = 9,6 Pfund = 6,8 % (!)	
160	1200	6,4 plus 4 = 10,4 Pfund = 6,3 % (!)	



Landarbeiter demonstrieren für ihre Forderung 25 Pfund pro Woche, 40-Stunden-Tag und 5-Tage-Woche. Plakat: „Was wir jetzt fordern, haben andere seit Jahren!“

Erst mit dem Antistreikgesetz wurde auch in England im letzten Jahr die „Friedenspflicht“ Gesetz. Es ist allerdings noch nicht entschieden, ob die bürgerlichen Parteien nicht durch die breiten politischen Kämpfe der englischen Arbeiter und Angestellten gegen dieses Gesetz gezwungen werden, es wieder zurückzunehmen. (Möglicherweise nach einer Neuwahl, bei der mit ziemlicher Sicherheit die Labour Party die Mehrheit zurückgewinnen wird.)

Die englischen Kapitalisten haben es mit einer bewußteren und kämpferischeren Arbeiterklasse zu tun als die westdeutsche Kapitalistenklasse. In der BRD haben es die Kapitalisten geschafft, die Lohnleitlinien von 7-8% mit Hilfe der Gewerkschaftsführung bei formal unbeschränkter Tariffreiheit durchzusetzen.

In England haben die breiten politischen Kämpfe gegen Lohnleitlinien und Antistreikgesetz im letzten Jahr nicht nur die Gewerkschaftsführungen gezwungen, diese Kämpfe zu unterstützen, sondern auch zu Lohn- und Gehaltsabschlüssen geführt, die weit über den Lohnleitlinien lagen. So erkämpften sich z.B. die

Bergarbeiter 20 % im Februar 72, Eisenbahner 13,5 % im April 72.

Für die englische Kapitalistenklasse aber ist es lebenswichtig, sich für die scharfe Konkurrenz innerhalb der EWG den Rücken freizuhalten: Also „Ruhe an der Heimatfront“, Steigerung ihrer Profite und Senkung der Wa-

„Ruhe an der Heimatfront“, Steigerung ihrer Profite und Senkung der Warenpreise, auf dem Rücken der englischen Arbeiterklasse, auf Kosten ihrer politischen und gewerkschaftlichen Rechte und ihrer wirtschaftlichen Existenz.

Mit dem Antistreikgesetz haben die Kapitalisten das Streikrecht stark eingeschränkt. Also das rechtliche Hindernis noch nicht aus: Mit dem Antinflationsgesetz haben sie es für drei Jahre vollständig abgeschafft!

Die gegenwärtige Entwicklung in England macht deutlich, was die europäischen Arbeiter in der „Gemeinschaft der Stabilität“ in Zukunft erwarten!



## Spontane Massenaktionen gegen Lohnstop

Schon während der sogenannten „Ersten Phase“ der „Anti-Inflation-Politik“ seit Oktober letzten Jahres organisierten die Arbeiter und Angestellten Englands zahlreiche Proteststreiks, Massenversammlungen und Demonstrationen.

Auch nach der Veröffentlichung des Entwurfs des „Anti-Inflation-Gesetzes“ im Januar traten spontan Tausende von Arbeitern in Warnstreiks und wurden Demonstrationen und Kundgebungen veranstaltet:

- 1.000 Arbeiter einer Schiffswerft in Southampton streikten einen Tag lang gegen die Regierungspläne.
- Die Gewerker, die momentan in Tarifverhandlungen stehen, streikten in ganz England, organisierten Überstunden-Boikotts und Demonstrationen.
- In London waren Buchläden und Schreibwarengeschäfte geschlossen, aus Protest boykottierten die Verkäufer den Vertrieb des sog. „Weißbuchs“, in dem die Regierung ihre Maßnahmen erklärt.
- 8.000 Arbeiter (vor allem Werft, Stahl- und Metallarbeiter und ihre Familienangehörigen) demonstrierten Ende Januar durch Liverpool, gegen den Lohnstop.
- 200.000 Bergleute beschlossen, ihre Lohnforderungen aufzustellen, ohne sich an den Lohnstop zu halten: Sie fordern 50,- DM mehr pro Woche, während die staatliche Kohlenbehörde ihnen nur 15,- DM „anbietet“.
- Die Angestellten der englischen Krankenhäuser stimmten mit überwältigender Mehrheit für Streik, sie fordern rund 20 % mehr Gehalt.

Dies sind nur einige Beispiele für die Protestbewegung in England, die offensichtlich sehr breit ist und sogar in den relativ rückständigen und ärmsten Schichten des Proletariats, dem Landproletariat, Rückhalt hat: Die Landarbeiter fordern um die 20 % mehr Lohn.

Es gibt auch Bemühungen, diese Proteste und Streiks zusammenzufassen und zu koordinieren: Das „Komitee zur Verteidigung der Gewerkschaftsbewegung“, das aus dem breiten Kampf gegen das Antistreibgesetz heraus entstand und in den Jahren 69 bis 72 die Kämpfe organisierte, hat, hat jetzt aufgerufen, am 1. Mai breiteste Proteststreiks und lokale Demonstrationen durchzuführen (der 1. Mai ist in England kein Feiertag).

## Sozialdemokratie an der Spitze?

Labour Party und Gewerkschaftsführung versuchen, sich an die Spitze der Kämpfe zu setzen: Wilson, der

Führer der sozialdemokratischen Labour Party, gab sich sehr radikal: Er – der als Regierungschef selbst in den 60er Jahren einen Lohn- und Preisstop eingeführt hatte – läßt jetzt die wildesten Proteststreiks gegen das „Anti-Inflation-Gesetz“ vom Stapel. Er wirft Heath vor, damit Gesetze einzuführen, die „an den faschistischen Korporatismus erinnern“. Ein anderer Labour-Führer erinnerte sich plötzlich an das „historische Recht der Arbeiter, in ihrem eigenen Interesse zu handeln.“ Von einer „tiefen Krise des kapitalisti-

schen Systems“ ist da die Rede usw. usw. ...

Aber die Regierung kann ganz beruhigt sein, daß es die Herren von der Opposition so radikal gar nicht meinen. So beruhigte der „Daily Telegraph“, eine englische Tageszeitung: „Wichtig aber ist, daß die Opposition, obwohl sie auf ihrem Recht besteht, Änderungen vorzunehmen, öffentlich erklärt hat, daß sie das Gesetz – ist es erst einmal in Kraft – achten wird.“

Auch über die Haltung der Gewerkschaftsführung, die (wie auch bei uns

in der BRD) eng mit der Sozialdemokratie verfilzt ist, können die Kapitalisten und ihre Regierung unbesorgt sein. „Daily Telegraph“: „Die Reaktion der Gewerkschaften auf die neuerlichen Restriktionen für Lohnerhöhungen gestern Abend war ausgesprochen kritisch, aber relativ gemäßigt in Ton und Inhalt. Da gab es nichts, was der Regierung Unbehagen bereiten könnte.“

Vic Feather, der Generalsekretär des TUC (Dachverband der englischen Gewerkschaften), bemühte sich beson-

ders, einen guten Eindruck bei Kapitalisten und Regierung zu machen: „Um fair (1) zu sein: Es hat zum Teil gut und zum Teil schlecht.“

Die TUC-Führung war so „fair“ den Kapitalisten gegenüber, daß sie geplante nationale Kampfabnahmen gegen die Regierungspläne in letzter Minute absagte.

## Spiel mit verteilten Rollen

Es soll verhindert werden, daß in der Arbeiterklasse die Einsicht in die Notwendigkeit der Zerschlagung des kapitalistischen Systems wächst. Der Protest der Arbeiter soll wieder in parlamentarische sozialdemokratische Bahnen gelenkt werden. Als „Ziel“ der Kämpfe wird der Sieg der Labour Party bei den nächsten Wahlen ausgerufen.

Ein Spiel mit verteilten Rollen. Regie führt die Kapitalistenklasse.

Welche Aussicht hat die englische Arbeiterklasse, diesen Angriff zurückzuschlagen? Wird es der Labour Party gelingen, die Kämpfe der Arbeiter zu kanalisieren und in parlamentarische Bahnen zu lenken?

Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Kommunistische Partei Englands?

Auf diese Fragen nach dem politisch-ideologischen Zustand der englischen Arbeiterbewegung werden wir in einer der nächsten Nummern des ARBEITERKAMPF eingehen.

Für die englische Kapitalistenklasse ist es im Moment sehr günstig, daß die Labour Party in der Opposition ist: Die konservative Tory-Regierung setzt in ihrem Auftrag die arbeiterfeindlichen Maßnahmen durch. Die Labour Party ihrerseits versucht, sich mit radikalen Reden an die Spitze des Protestes der Arbeiterklasse zu setzen und sich so als „linke Alternative“ anzubieten.

Auch bei der praktischen Organisation der Kämpfe versucht sie, ihre Hände mit im Spiel zu haben. So bezieht sie sich, in London zusammen mit der Gewerkschaftsführung ein sogenanntes „Mai-Komitee“ zu gründen und zu einer riesigen Demonstration am 1. Mai in London aufzurufen.

Auch in den Betrieben versucht die Labour Party, die Kämpfe auf ihre Mühlen zu lenken. So setzen Sozialdemokraten im Shop Steward Komitee (mit unserem Vertrauensleutekörper zu vergleichen) des Konzerns British Leyland Motor Corp. durch, daß in einer Resolution zum Kampf gegen die Regierungspläne empfohlen wird, sich jeweils an die lokale Parteioorganisation zu wenden.



8.000 Arbeiter und ihre Familienangehörigen demonstrieren durch Liverpool gegen den Lohnstop. Es sind viele Metallarbeiter der „Shotton Steel“-Fabrik darunter, die gegenwärtig gegen geplante Rationalisierungen um ihre Arbeitsplätze kämpfen.

## Zum Teufel mit der Fairness

Brief eines englischen Arbeiters an die englische Zeitung „Guardian“ zum Lohnstop.

Wenn ich auf mein langes Leben zurückblicke, stelle ich fest, daß es für die Arbeiter immer eine „Krise“ war, wenn sie härter arbeiten mußten, um mehr zu produzieren, gleichzeitig aber zufrieden sein mußten mit weniger Lohn – und das alles nur, damit unser Land blühen und gedeihen kann und damit – wenn es gedeiht – die Arbeiter an seinem Reichtum beteiligt werden können!

Ich erinnere mich aber nicht daran, daß die Herrschenden jemals gesagt hätten: „Jetzt sind wir wohlhabend, deshalb braucht ihr weniger hart zu arbeiten und bekommt mehr Lohn.“

Jeder Erfolg, den die Arbeiter erzielt haben, war das Ergebnis von Protesten, Demonstrationen, Streiks und Bitterkeit.

Und nun – was ist mit unseren Herrschenden? Ihr Leben hat sich nicht ge-

ändert: Landhäuser und Häuser in der Stadt, verschwenderische Clubs, Hotels, Restaurants, die Covent Garden Oper, die vor lauter extravaganz gekleideten und mit Juwelen behängten Frauen und ihrem Gefolge aus den Nächsten plaut. Sie jagen, schließen, veranstalten Rennen, fischen und fahren während der Saison auf Yachten hin und her.

Dieselben Namen erschallen durch die Geschichte, in Shakespeares Stücken, „Bedford und Exeter, Salisbury und Gloucester, York und Norfolk usw.“ bis zum heutigen Tag, an dem diese Herrschaften immer noch absolut sicher auf ihren riesigen Ländereien sitzen.

Und was ist mit unserer kuckstichtigen Presse los, nicht die irgendwas davon? Sieht sie die Arbeiter, wie sie

unter Berufskrankheiten leiden, viel zu früh alt, ihre Frauen, die von der Sorge aufgerieben, entmutigt und besorgt sind? Oh, nein, sie sieht und fürchtet, wie ihr Blatt heute schrieb, daß „Arbeitergruppen möglicherweise Groll oder sogar Habsucht gegen könnten“ und die „Fairness“ dieser Stunde zerstören würden!

Und was ist los mit den Geldern für Journalisten? Wir wissen, welche Summen sie dafür bekommen, daß sie Tag für Tag um das Howard-Hughes-Hotel „rumhängen“, um ein Foto zu schiessen, das keiner will, und für andere solcher „produktiver“ Arbeiten!

Erzählt uns nichts über Fairness. „Das Spiel war von vornherein nicht fair verteilt zwischen denen und uns.“

22.1.73 R. Minshall  
(von uns übersetzt)

# Solidarität mit Lebert, Hildebrandt und Fuchs

Justizterror gegen drei Heidelberger Studenten

Am Mittwoch, dem 14.2.73 hat ein Heidelberger Schöffengericht in „beschleunigtem Verfahren“ drei Studenten, Mitglieder der Kommunistischen Hochschulgruppe Heidelberg, zu 6, 5 bzw. 3 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Solche Strafen werden sonst (gegen nicht Vorbestrafte wie hier) bei „fahrlässiger Tötung“, „gefährlicher Körperverletzung“ oder „Erpressung“ verhängt.

Alles, was den drei Verurteilten vorgeworfen wird, ist: Sie haben auf einer „verbotenen“ Versammlung gesprochen und an der Betzung des Rektorats der Heidelberger Universität teilgenommen. Sämtliche dieser Aktionen der Studenten hatten sich gegen die „Ruhe und Ordnung“ Politik des baden-württembergischen Kultusministers Hahn gerichtet, der mit Verboten und Disziplinarmaßnahmen systematisch die freie politische Betätigung an den Universitäten zu unterbinden versucht. Was das Gericht am meisten empörte: Die Angeklagten zeigten „keine Reue“ und waren „unverbesserlich“.

An der Brutalität dieser Strafen – gemessen selbst an „normalen“ bürgerlichen Maßstäben – wird deutlich, daß hier eindeutig ein politisches Urteil gefällt wurde, zu dem der konkrete Fall nur als Anlaß diente. Den Studenten sollte exemplarisch gezeigt werden, was eine „Harte“ ist.

Die Bourgeoisie versucht die Isolierung des „harten Kerns“ von der Masse der Studenten, brutales Vorgehen gegen die „Rädelsführer“ soll der Ein-

schüchterung dienen, während andererseits schwankende und unsichere Studenten mit scheinheiligen Angeboten zu „konstruktiver Mitarbeit“ geködert werden sollen. Gleichzeitig werden gezielt Gerüchte über die angebliche Isolierung der linken Hochschulgruppen verbreitet: „Die Ausschreitungen der Heidelberger Radikalen (sind) die letzten Ausläufer einer einmaligen kraftvollen Studentenbewegung“, brüht sich der Prorektor der Heidelberger Uni. Daß hier der Wunsch der Vater des Gedanken ist, ist klar: Als im Dezember 72 die Heidelberger Alte Universität von Polizei besetzt und abgeriegelt wurde, demonstrierten spontan 4.000 Studenten durch die Innenstadt und ein anschließender Uni-Streik wurde von etwa der Hälfte der Studenten getragen.

Allerdings kannte dieser Taktik der Bourgeoisie keineswegs durch super-„linke“ Kraftmeierei wirksam entgegengetreten werden. Die studentischen Super-„Linken“ versuchen krampfhaft, die Schläge der Bourgeoisie als „Beweis“ für ihre These „Die Massen wollen nach links“ auszulegen.

Demgegenüber sollte das Kräfteverhältnis realistisch eingeschätzt werden. Die fortschrittlichen Heidelberger Studenten verteidigen sich gegen die ständigen Übergriffe des Kultusministeriums und der reaktionären Professorenelite in der Uni-Bürokratie. Von den anderen Universitäten erhalten sie nur relativ geringe Unterstützung. Ihre Bewegung verläuft weitgehend unabhängig von den Kämpfen der werktät-

gen Bevölkerung und unterliegt daher um so mehr den Gesetzen kleinbürgerlicher Bewegungen: heute irrationelle Begeisterung, morgen völlige Apathie und Resignation; Umschwenken von einer „Modeströmung“ zur anderen, ständige Schwankungen, Opportunismus usw. An den großartigen Sprüchen der super-„linken“ Studenten, die sich für den Nabel der Welt halten, zeigt sich das ja gerade.

Stattdessen haben die linken Studenten die Aufgabe, unter ihren Kommilitonen massenhaft Bewußtsein über die gegenwärtig alleinige Offensive der Bourgeoisie zu schaffen und sich ernsthaft um eine Verbindung zur Arbeiterbewegung zu bemühen.

## Das war wohl nichts, Herr Professor

Seit je her versucht die Bourgeoisie in der bürgerlichen Presse, die werktätige Bevölkerung gegen die („rendelirenden“, „faulen“ usw.) Studenten aufzuheizen. Den Knüller leistete sich dabei jetzt einer aus der reaktionären Heidelberger Professorenschule, die zum meist den Bund „Freiheit der Wissenschaft“ angehört. Der Herr Professor will gegebenenfalls „wirklich einmal die Arbeiter von den Druckmaschinen oder von Heidelberg-Zement an die Uni holen“ – gegen die Studenten, Proleten gesucht, wenn mal hart zugepackt wer-

den muß! Ausgerechnet die Arbeiter, die in dieser Gesellschaft von der Bildung – und erst recht von der „akademischen“ – ausgeschlossen sind, sollen dieses Bildungssystem verteidigen? Ausgerechnet die Arbeiter sollen den Studenten in die Fresse schlagen, die in der Heidelberger Altstadt mickrige Zimmer für sündhafte Mieten bewohnen? Um den Beifall der Herren Professoren zu erhalten, die gemeinsam mit den Unternehmern aus dem Industriegebiet Mannheim/Ludwigshafen die Villenviertel im Neckartal besiedeln? Den Beifall der Herren, die den Kapitalisten die Wissenschaft liefern, um die Arbeiter auszubeuten und zu unterdrücken?

Wenn man die Arbeiter für so dumm hält, könnte es da nicht „passieren“, daß „versichtlich“ die „Falschen“ Schläge beziehen? Der Herr Professor scheint wohl vergessen zu haben, daß es Mannheimer Betriebsräte waren, die sich 1970 den Protesten und Demonstrationen gegen das Verbot des Sozialistischen deutschen Studentenbundes (SDS) in Heidelberg anschlossen.

Freilich ist es notwendig, daß die Arbeiter den Studenten „den Kopf zerschlagen“. Aber in die Richtung, daß aus den verbalen Betreibungen der linken Studenten, sich an der Arbeiterbewegung zu orientieren, eine konkrete Bestimmung der Aufgaben wird, die den fortschrittlichen Studenten im gemeinsamen Kampf gegen die Kapitalistenklasse zufallen.





## Krise in der Lehrgewerkschaft

## Wer 'manipuliert' in der GEW?

Aufsehenerregende Neuigkeiten in der GEW: Der Hamburger Vorstand mobilisiert zum ersten Mal die „schweigende Mehrheit“ der Mitglieder. Leider nicht gegen die reaktionäre staatliche Bildungspolitik und gegen die Schulmiserie. Sondern gegen einen Teil der Gewerkschaft selbst: „kleine dogmatische Gruppen“ und „Kommunisten“. Ebenfalls zum ersten Mal richtet der Hamburger GEW-Vorstand einen dringenden Appell an alle Mitglieder, die Hauptversammlung im kommenden April zu besuchen. Das soll allerdings auch das letzte Mal sein: Der Vorstand beabsichtigt, die Hauptversammlung abzuschaffen.

Nicht nur in den Industriegewerkschaften, sondern auch in der im DGB organisierte „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (GEW) nehmen die Gewerkschaftsführer den Kampf gegen aktive oppositionelle Gewerkschafter auf. Eigens für diesen Zweck wurde am 23.1.1973 vom Vorstand des Hamburger Landesverbandes der GEW eine Kommission gebildet, die am 30.1.1973 in einem Brief „An alle Mitglieder der GEW“ beklagt, „daß kommunistische Gruppen der GEW ihre dogmatischen politischen Zielsetzungen aufzwingen wollen“. Weiter jammert sie: „Immer wieder gelingt es kleinen dogmatischen Gruppen, durch manipulative Maßnahmen die Diskussion auf der Hauptversammlung zu behindern und dann einseitige Anträge durchzubringen.“ Und: „Der Vorstand betont, daß er alles tun wird, um die GEW als Verband aller Mitglieder zu erhalten. Er ist nicht bereit, ein Anwachsen des kommunistischen Einflusses hinzunehmen.“ Starke Worte für eine kleinbürgerliche Gewerkschaft. Ist es aber wirklich so, daß „kommunistische Gruppen“ kurz vor der Machtübernahme in der GEW stehen? Was steckt in Wirklichkeit hinter diesem Vorstandsbrief?

Die GEW begreift sich als „Gesamtverband aller Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler“. Der Hamburger Landesverband zählt ca. 9.000 Mitglieder. Entsprechend ihrer Mitgliedschaft vertritt die GEW bis vor einigen Jahren nur standespolitische Interessen.

Als die Bildungskrise Mitte der 60er Jahre auch für die Bevölkerung immer tiefer wurde, begann sich die GEW in der Hauptsache mit bildungspolitischen Fragen zu befassen. Chancengleichheit, kleine Klassen, wissenschaftliche Ausbildung und Einstellung aller ausgebildeten Lehrer, Abschaffung der Studienplatzbeschränkung (Numerus Clausus), Bildungsurlaub, Ausbau der Vorkulierung und beruflicher Bildung, Demokratisierung von Schule und Hochschule, Abschaffung des Berufsverbotes u.a.w. sind die von der GEW-Führung aufgestellten Forderungen an die neue Bundesregierung.

Das sind an sich fortschrittliche, z.T. sogar „radikale“ Forderungen. Wie aber sieht die Praxis aus, mit der die Gewerkschaftsführung diese Politik durchsetzen will?

## „Radikalismus“ in Worten – Abwiegeln in der Praxis

Im Bundestagswahlkampf hat sich die GEW-Führung als ausgezeichnete Wahlhelfer für die SPD erwiesen, indem man die Schuld für die Bildungsmiserie dem Druck, der von außen auf die Bundesregierung ausgeübt wurde, zuschob. „Arbeitsgeber, Großverdiener und die konservativen Bildungspolitik“ hätten der „Bundesregierung die Bildungsreform aus der Hand geschlagen“.

Als nach der Wahl der GEW-Bundesvorsitzende Frister vorsichtig eine Steigerung der Bildungsausgaben forderte, wurde er von Bundeskanzler Brandt mit scharfen Worten wegen „Anmeldung gruppenegoistischer Interessen“ abgekanzelt.

Anstatt sich nun auf die Basis zu stützen, um den aufgestellten Forderungen durch breiten Druck der Mitgliedschaft Gewicht zu verschaffen, verfuhr die GEW-Führung genau umgekehrt und verhinderte mit allen Mitteln eine massenhafte Mobilisierung.

Noch am 16. November 1972, also 3 Tage vor der Wahl, rief Erich Frister in einem Brief zu einer Kundgebung in Bonn auf, bei der die „Regierung über ihre Vorstellung zur Bildungsförderung“ gehört werden und der Wille der GEW, „für die restlose Einstellung des Lehrernachwuchses zu kämpfen“, demonstriert werden sollte. Weiter schrieb er: „Die Solidarität und das eigene Interesse an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen gebieten, daß unsere Kolleginnen und Kollegen sich zahlreich an der Kundgebung in Bonn beteiligen.“ (Alle Unterstreichungen von uns.)

Ganz anders sah das Bild im Januar 1973. Die Teilnehmerzahl für die Kund-



Bis vor kurzem noch Gewerkschaftsleiter im Nebenberuf: GEW-Chief Erich Frister

gebung wurde begrenzt; der Landesver-

band Hamburg z.B. durfte nur 200 Mit-

glieder entsenden. Der ursprünglichen, spontanen Bereitschaft vieler Lehrer, ihren Protest über die Situation im

Bildungswesen zu zeigen, war damit ein Riegel vorgeschoben. Den ent-

stehenden Mitgliedern antwortete der Ham-

burger LV-Vorsitzende Dieter Wunder,

daß eine massenhafte Teilnahme in

Bonn geradezu schädlich sei, denn der

damit verbundene Unterrichtsausfall

würde die Eltern verärgern.

Die Tatsache, daß sich der Ham-

burger Vorstand von der Schulbehörde

mit der Freistellung von 1-2 Lehrern

pro Schule abspeisen ließ, bewirkte,

daß die von der GEW bestellten und

bezuschußten Sonderwagen der Bun-

desbahn halb leer (!) nach Bonn fuhren.

Das ist aber nicht die einzige Schwei-

nerie, die sich die Hamburger GEW-

Führung in letzter Zeit leistete. In

Hamburg gibt es das reaktionäre Pro-

jekt einer „Bundeswehrhochschule“

(siehe ARBEITERKAMPF 25). Der

Hamburger GEW-Vorstand hat im letz-

ten Jahr in einer Erklärung dagegen

protestiert – natürlich... Inzwischen

beabsichtigt derselbe Vorstand, „kriti-

sche“ Mitglieder zur „Mitarbeit“ in der

Gründungsausschuss dieses Unterneh-

mens zu schicken. Politik mit doppel-

tem Boden! Damit fällt die GEW-Füh-

rung jeder Mobilisierung gegen die Er-

richtung einer „Bundeswehrhochschu-

le“ in den Rücken.

Dem Abwiegeln und Verhindern

einer Mobilisierung durch die Gewer-

kschaftsführung entspricht die Lähmung

der gewerkschaftlichen Basisarbeit. An

den Schulen finden die Dienststellen-

versammlungen der gewerkschaftlichen

Lehrer äußerst selten, vielfach über-

haupt nicht statt, auf den Vertrauens-

leuteversammlungen ist nicht einmal

die Hälfte aller Dienststellen vertre-

ten. Aus demselben Grund werden auch

die Hauptversammlungen (in Hamburg be-

stimmte die Hauptversammlung, die sich

aus allen ordentlichen Mitgliedern zu-

sammensetzt, die Richtlinien der ge-

werkschaftlichen Arbeit) nur von ver-

hältnismäßig wenigen Mitgliedern

(meist weniger als 10%) besucht. Da

für trübt aber der Vorstand die Verantwortung und keineswegs „kleine dogmatische Gruppen“!

## Wer ist an „schweigenden Mehrheiten“ interessiert?

Was die Kommunisten angeht, so haben sie an solchen Zuständen keinerlei Interesse. Sie haben noch nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie allein nichts erreichen können, daß sie daher die Mobilisierung der breiten Masse der Gewerkschaftsmitglieder anstreben und nicht etwa eine Politik über die Köpfe einer passiven Mitgliedschaft hinweg.

Darum bemühen sie sich auch – im Gegensatz zu und gegen den Widerstand der Gewerkschaftsführung – die aktivste gewerkschaftliche Basisarbeit zu leisten.

Der GEW-Vorstand hat allerdings sehr wohl ein Interesse an einer „lahmen“ Mitgliedschaft und an schlecht besuchten Hauptversammlungen.

Während aus der vielfach angekündigten „Bildungsreform“ der sozialliberalen Regierung offensichtlich nichts wird, präsentiert sich die GEW um so lauter als „schlechtes empirisches bildungspolitisches Gewissen“ der SPD, um die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik zu retten. Dieser krasse Widerspruch zwischen verbalen „Radikalismus“ und tatsächlicher Politik läßt sich aber nur aufrecht erhalten, wenn sich die GEW-Führung auf „schweigende Mehrheiten“ berufen kann. Es ist doch bezeichnend, daß der Hamburger Vorstand zum erstenmal einen dringenden Appell an alle Mitglieder zum Besuch einer Hauptversammlung richtet, wenn er die Maßregelung eines Teils der eigenen Gewerkschaft beabsichtigt, nicht etwa wenn es gegen die reaktionäre Bildungspolitik des Staates geht.

Von welchen Beweggründen sich die GEW-Führung leiten läßt, darüber mag folgender Hinweis Aufschluß geben: Neckel, Landeschulrat, früher 1. GEW-Vorsitzender in Hamburg; Schlesinger, Oberschulrat, früher erster GEW-Vorsitzender; Kraft, Ober-

Schulrat, Oberschulrat, früher erster GEW-Vorsitzender; Kraft, Ober-Schulrat, früher zweiter GEW-Vorsitzender; Jensen, Oberschulrat, früher erster GEW-Vorsitzender; Wunder, heute erster GEW-Vorsitzender – morgen... Der Hamburger GEW-Vorstand – Sprungbrett für eine Karriere in der Schulbehörde!

## Die Hauptversammlung wird für den GEW-Vorstand unbequem

Der GEW-Vorstand bemüht sich, den Ansehens zu erwecken, als sei die Hauptversammlung eine reine Angelegenheit der Kommunisten. Tatsache ist, daß die Kommunisten relativ schwach in der GEW vertreten sind und auch die DKP beabsichtigt nicht die Mehrheit in der Hauptversammlung stellt. Diese Mehrheit setzt sich vielmehr aus reformerischen Kräften zusammen, zumelst jüngere, über die Missstände an den Schulen empörte Lehrer, die über den Lager der linken Sozialdemokratie zuzurechnen sind. Allerdings kommen diese Gewerkschafter, die den aktiven Teil der GEW bilden, nicht auf die Hauptversammlungen, um sich dort mit schönen Reden des Vorstands abspeisen zu lassen. Sondern sie kommen, weil es ihnen um die Sache geht. Diese aktiven Gewerkschafter sind aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Politik der Gewerkschaftsführung nicht mehr bereit, sich der Meinung und Taktik des Vorstands bedingungslos unterzuordnen. So standen die letzten Hauptversammlungen mehr und mehr im Zeichen der Kritik und des Verachts, den der Vorstand auf Taten zu verpflichten im Sinne einer gewerkschaftlichen Politik, die sich an den Ausbildungsplätzen der arbeitenden Bevölkerung orientiert. Dieses Aufkommen einer innergewerkschaftlichen Kritik ist es auch, worum es der GEW-Führung in ihrem Brief „An alle Mitglieder der GEW“ geht.

Wunder hat die „Sorgen des Vorstands“ in einem Rundfunkinterview unverblümt zum Ausdruck gebracht: „Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres werden vom Vorstand Beschlüsse der Hauptversammlung zurückgewiesen. Hier deutet sich eine Strukturkrise (!)

der GEW an, die nach unserer Meinung nur dadurch gelöst werden kann, daß die Hauptversammlung durch eine Delegiertenversammlung ersetzt wird“.

Bei den vom Vorstand „zurückgewiesenen“ Beschlüssen handelt es sich um die Durchführung einer Demonstration zur Einstellung aller ausgebildeten Referendare im vergangenen Jahr, um die Verurteilung des US-Bombenterror in Vietnam sowie die Einstellung der vom Berufsverbot betroffenen Lehrern Elke Leppin im Januar 1973. Der Vorstand behauptet, daß diese Beschlüsse von einem – offenbar „speziellen“ – Interesse „kleiner dogmatischer Gruppen“ diktiert seien und daß die „GEW als Gesamtverband aller Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler gefährdet“ sei.

## Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie

Der Vorstand hat es bisher tunlichst unterlassen, für die Hauptversammlung zu mobilisieren. Daß gerade er jetzt mit

um die Abschaffung eines Gremiums geht, das zur Tribüne für diese Diskussion und damit zu einem Kontrollorgan der Vorstandspolitik zu werden droht. Daß es nicht um mehr, sondern um weniger innergewerkschaftliche Demokratie geht, der GEW-Vorstand rechnet damit, daß er in diesem Sinne mit einer Delegiertenversammlung besser fährt, und die Erfahrungen anderer Gewerkschaften zeigen, wie das in der Praxis aussieht (verg. dazu: ARBEITERKAMPF Nr. 22, „David und Goliath – Heimliche Vorbereitung auf den IG-Chemie-Gewerkschaftstag ‘72“).

In dieser Situation ist es Aufgabe der aktiven fortschrittlichen Gewerkschafter, auf Dienststellen- und Vertrauensleuteversammlungen breit die Diskussion über die Politik der GEW und ihres Vorstands und über die Lage im Verband zu entfalten, Bilanz zu ziehen und konkrete Vorschläge zur Verbesserung der gewerkschaftlichen Basisarbeit zu machen.



Bonn: von Dohnanyi voran – GEW hinterher?

dem Argument, aufwärtet dieses

Gremium werde nur von einer Minder-

heit besucht, sei nicht repräsentativ für

den Gesamtverband und gehöre daher

abgeschafft – kann nur als Zynismus

bezeichnet werden. Ganz ähnlich pfe-

gen die DGB-Führer zu argumentieren,

wenn es ihnen z.B. um die Abschaffung

des 1. Mai als Kampftag der Arbeiter-

klasse geht.

Der GEW-Vorstand redet von einer

„Strukturkrise“ des Verbandes. Er be-

gründet das nicht etwa mit der weitge-

henden Passivität der Mitgliedschaft,

sondern schlicht mit der Tatsache, daß

es Widersprüche zwischen ihm und der

Hauptversammlung gibt. Daran wird

deutlich, daß es ihm nicht etwa um die

Heppigkeit von hinteren Teilen der Ge-

werkschaft an den politischen Entsch-

cheidungsprozess geht, sondern um

die Schaffung eines Aklamationsorgans,

mit dem sich die Politik der GEW-Füh-

rung reibungslos durchsetzen läßt.

Das es nicht um die Entfaltung der po-

litischen Diskussion und Willensbil-

dung im gesamten Verband, sondern

um die Abschaffung eines Gremiums

geht, das zur Tribüne für diese Diskus-

sion und damit zu einem Kontrollorgan

der Vorstandspolitik zu werden droht.

Daß es nicht um mehr, sondern um

weniger innergewerkschaftliche Demo-

krate geht, der GEW-Vorstand rechnet

damit, daß er in diesem Sinne mit einer

Delegiertenversammlung besser fährt,

und die Erfahrungen anderer Gewerks-

chaften zeigen, wie das in der Praxis

aussieht (verg. dazu: ARBEITER-

KAMPF Nr. 22, „David und Goliath –

Heimliche Vorbereitung auf den IG-

Chemie-Gewerkschaftstag ‘72“).

In dieser Situation ist es Aufgabe

der aktiven fortschrittlichen Gewerks-

chafter, auf Dienststellen- und Ver-

trauensleuteversammlungen breit die

Diskussion über die Politik der GEW

und ihres Vorstands und über die Lage

im Verband zu entfalten, Bilanz zu

ziehen und konkrete Vorschläge zur

Verbesserung der gewerkschaftlichen

Basisarbeit zu machen.

## Die Eltern informieren

Bei allem Staub, den diese Diskus-

sion auch in der Öffentlichkeit aufwir-

belt, sollten die fortschrittlichen Lehr-

er jedoch die grundsätzliche Be-

schränktheit einer Debatte, die allein

innerhalb einer kleinbürgerlichen Le-

hrergewerkschaft stattfindet, nicht aus

dem Auge verlieren. Eine ihrer wichti-

gen Aufgaben ist es daher, die Eltern

ihrer Schüler – und zwar vor allem die

Arbeitereltern – exakt und detailliert

über die Vorgänge in der GEW zu un-

terrichten, wo immer sich eine Gelegen-

heit hierfür bietet. Denn für den pro-

letarischen Schulkampf ist es wichtig,

den Charakter der GEW und ihrer

„großartigen“ bildungspolitischen Auf-

gabe einschätzen zu können. Die Stärke

und der politische Einfluß der fort-

schrittlichen Teile der Lehrerschaft –

und damit letztlich auch das Kräftever-

hältnis in der GEW – hängt entschei-

dend davon ab, welche Kampfkraft und

welchen Druck auf die Lehrer die Ar-

beterbewegung in ihrem Schulkampf

entwickelt.

## Ein feiner Betriebsrat!

Von Entlassungen kimplischer Kollegen aus politischen Gründen berichtet die „Wahrheit“.

Zeitung des KB Bremen, in ihrer Ausgabe vom Januar. Einer der dort geschilderten Fälle erscheint uns besonders beispielhaft.

Bei der Firma Atlas Elektronik, die zum Krupp-Konzern gehört, wurde der 19-jährige Kollege Manfred Stehmer gekündigt, da er „persönlich schwierig“ und „für den Betrieb nicht geeignet“ sei. Die „Schwierigkeit“ bestand offensichtlich darin, daß Manfred St. gewerkschaftlicher Vertrauensmann der IG-Metall ist und sich mehrmals für Belange der Kollegen eingesetzt hat.

Ein Mitglied des Betriebsrats, Rolf Weinert, unterrichtete den Kollegen Manfred St. daraufhin von der bevorstehenden Kündigung. Darin wollte der Kapitalist, im trauten Verein mit dem reaktionären SPD-Betriebsrat, einen „Vertrauensbruch“ und eine „empfindliche Störung des Betriebs-

friedens“ machen. Der von der Geschäftsleitung ausgesprochenen Kündigung des Kollegen Rolf W. stimmte der reaktionäre Betriebsrat zu.

Der eigentliche Grund der Entlassungen: Manfred St. und Rolf W. galten bei Geschäftsleitung und SPD-Betriebsrat als Sympathisanten des KB. Außerdem hat Rolf W. als Mitglied des Betriebsrats die SPD-Reaktionäre mehrmals in Schwierigkeiten gebracht. So pochte er z.B. auf den § 43 des BVG, wonach vier Betriebsversammlungen jährlich durchzuführen sind – der Betriebsrat machte nur zwei. Rolf W. stellte auch den Antrag, ob die Sitzungen des Betriebsrats Protokolle anzufertigen und im Betrieb auszuliegen (soweit es nicht um Punkte geht, die unter die „Schweigepflicht“ nach BVG § 79 und § 120 fallen). Es ist klar, daß die reaktionären SPD-Betriebsräte froh sind, einen solchen „Qualgeist“ loszuwerden, um ungehindert weiter kunkeln zu können.











# Einige Fehler im Wahlkampf

Der Kommunistische Bund hat schon frühzeitig gegen die „superlinken“ Theorien vom „Hauptkampf“ Stellung genommen. Bei den Bundestagswahlen 72 sind wir mit der Empfehlung aufgetreten, der SPD die Stimme zu geben als gegenwärtiger Weg, um auf dieser Ebene einen Wahlkampf der CDU/CSU zu verhindern. Gleichzeitig sollte natürlich keine „Rekamo“ für die SPD gemacht werden, sondern diese Partei sollte gerade in ihrem arbeiterfeindlichen Charakter entlarvt werden.

Diese Linie stellt an alle Genossen der Organisation viel größere politisch-ideologische und praktische Anforderungen als das naive Geschrei der „Super-Linken“, die zwischen SPD und CDU einfach ein Gleichheitszeichen setzen.

So sind auch politisch-ideologische und praktische Schwächen in der Organisation während des Wahlkampfes besonders deutlich geworden.

Manche Genossen sehen die CDU/CSU als die einzige oder doch fast ausschließliche Kraft der gegenwärtigen Rechtsentwicklung, d.h. der Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Die Gefährlichkeit der SPD-Politik wird unterschätzt, die SPD als Träger der gegenwärtigen reaktionären Maßnahmen wird nicht genügend berücksichtigt.

Solche rechtssupportunistischen Tendenzen sind zwar nicht kennzeichnend für den Zustand der Organisation, aber sie treten doch in der Organisation und unter den Sympathisanten vereinzelt immer wieder auf.

Ein „Meisterwerk“ auf diesem Gebiet war während des Wahlkampfes 72 das Flugblatt einer Stadtteil-Gruppe in Hamburg (in den Stadtteilgruppen sind Sympathisanten der KB organisiert, die nicht im Bereich arbeiten). Dieses Flugblatt endete mit einer Parole, in der es sinngemäß hieß: „Nur eine Stimmabgabe für die SPD kann den Faschismus verhindern.“

Es wurden also drei grobe Fehler auf einmal gemacht: es wurde so getan, als stünde direkt schon der Faschismus zur Wahl es wurde die Möglichkeit vorgegriffen, den Faschismus mit dem Stimmzettel zurückzuschlagen, und es wurde schließlich die SPD als anti-faschistische Partei hingestellt, ihr Anteil an der gegenwärtigen Faschisierung von Staat und Gesellschaft fiel völlig unter den Tisch.

Hier muß die Leitung grundsätzlich einen Riegel vorschieben, indem sie z.B. ein Flugblatt, das im Namen der Organisation oder ihrer Sympathisanten erscheint, zum Schutz gegen derartige „Hänsel“ verbindlich kontrolliert wird.

Natürlich kann das aber nur eine Übergangsregelung sein. Das eigentliche Ziel muß sein, das politisch-ideologische Niveau aller Einheiten so zu heben, daß diese ihre politische Arbeit weitgehend selbständig durchführen können.

Ein anderer Fall ist das Auftreten einzelner Sympathisanten-Gruppen des KB auf Wahlveranstaltungen der DKP das von den Demagogen des Zirkelblocks Heidelberg-Bremen weidlich ausgeschlachtet worden ist (vgl. „Wahrheit“, Nov. 72 und „Neues Rotes Forum“, 4-5/72).

Diese Genossen erbotene - statt die revisionistische Politik der DKP zu kritisieren - gegen die DKP im wesentlichen bloßen Vorwurf, sie würde mit ihrer selbständigen Kandidatur der SPD Stimmen wegnehmen. Mit dieser flauen Argumentation wurden sie von den Revisionisten natürlich an die Wand gepießt.

Dem Flensburg Genossen gelang es, zu den Neuwahlen entscheidend an der Schaffung einer breiten Aktions-einheit mitzuwirken. Die Basis dieser Aktions-einheit waren fünf betriebliche Komitees, mehrere Oberschüler-Komitees, zwei kirchliche Jugendkreise.

Der KB/Flensburg half maßgeblich bei der Organisation von Arbeiter- und Schülerkomitees, in denen ca. 200 Menschen organisiert waren - über ein verstreutes bis gegen Ende des Wahlkampfes auf eine eigenständige Agitation, die wesentlich über die politische Plattform der Komitees hinausging.“ (aus dem Artikel „Die Leitungstätigkeit und den Arbeitssatz vertiefen“ in UNSER WEG 18).

Aus dem Bericht der Kieler Genossen zum Wahlkampf geht hervor, daß „bei manchen Genossen politisch-ideologische Unsicherheit und Schwächen aufgetreten sind.“

Die Wurzel all dieser Fehler liegt „im mangelnden politisch-ideologischen Niveau, in der unentwickelten Selbständigkeit jedes einzelnen Genossen begründet. Hier wird man auch den Hebel ansetzen müssen... Einmal mehr erwies es sich als dringend notwendig, auch in der lebendigen politisch-ideologischen Auseinandersetzung in allen Einheiten unserer Organisation anzukurbeln und diese anzukurbeln...“ (aus dem Bericht der Kieler Genossen).

Die Kieler Genossen berichteten weiter, daß es in der Gruppe vereinzelt „gefühlliche Illusionen über die von uns im Wahlkampf zu erzielenden Erfolge“ gegeben hätte.

„Kurzfristig lassen sich die Resultate politisch-ideologischer Arbeit jedoch nicht messen, kurzfristig läßt sich nur bewerten, ob es unseren Genossen gelungen ist, die Positionen des KB (vor allem prinzipielle Kritik gegen SPD und Jusos) überzeugend zu vertreten. Wenn kurzfristig Erfolgsbilanzen erwartet werden, so muß die Resignation auf dem Fuße folgen, letzten Endes gar das Vertrauen in die Massen verloren gehen...“ (aus dem Bericht).

Die Lübecker Genossen gaben sich große Mühe, in einer Aktions-einheit mitzuarbeiten, die wesentlich von Jusos und DKP beherrscht wurde, in der aber sogar die „KPD/ML“ („Roter Morgen“) auftauchte. Leider scheinen die Genossen allzu sehr darauf versessen gewesen zu sein, bei den anwesenden Individuen von Jusos, DKP etc. einen möglichst „guten Eindruck“ zu hinterlassen etwa nach dem Motto: „Wir sind in Wahrheit gar nicht so, und so wie die „KPD/ML“ sind wir erst recht nicht!“ So wurde sogar die korrekte Benennung der Faschisierung im Zusammenhang mit F. J. Strauß zurückgezogen.

Die Genossen in Lübeck scheinen noch einige Illusionen bezüglich der DKP zu haben, die wir vor etwa zwei Jahren auch in Hamburg noch hatten. Wir meinten damals, wir müßten nur genügend unsere Bereitschaft zur Aktions-einheit hervorheben, das würden dann die „ehrlichen Genossen“ in der DKP schon einsehen, und der „Schwarz Peter“ würde schließlich bei der DKP-Führung liegen.

Heute können wir sagen, daß wir der DKP-Führung wohl ein rundes Dutzend von Argumenten zu gemeinsamen Aktionen gemacht haben. Das heißt, was wir uns überhaupt erreichen wollten, das ist uns nicht gelungen. Die Landesvorstände „vordringen“ konnten. Dort wartete freilich kein Mitglied des Landesvorstandes (was uns vorher ausdrücklich zugesagt worden war), sondern eine Sekretlerin, die nur zur Entgegennahme eines Schreibens bereit war. Wohlgeachtet, das war schon das „höchste“.

In all diesen Fällen hat sich die DKP-Führung 1972 als Spalter entlarvt (aber vor wem?). hat sich bösesten Unverschämlichkeiten geleistet (zuletzt die Absetzung einer Vietnam-Demonstration gleichzeitig mit unserer und in nur etwa fünf Minuten Entfernung); es hat sich auch gezeigt, daß zu unseren Aktionen heute schon mehr Menschen kommen als zur DKP (was auf nationaler Ebene auch ein Vergleich der zentralen Vietnam-Demonstrationen in Bonn und Dortmund zeigt). All das und doch fast ohne jedes sichtbare Ergebnis. Die „ehrlichen Genossen“ in der DKP haben das alles geschluckt. Manche und so „ehrlich“ wie ein ziemlich „prominenter“ Genosse der DKP in Hamburg: im Privatgespräch zeigte er sich „sehr angetan“, „man müßte doch mal über alles miteinander sprechen“ usw. Danach ließ er nichts mehr von sich hören, auch auf unser „Nachbohren“ hin nicht.

Natürlich kämpfen wir auch gegenüber der DKP um jeden Genossen. Aber wir müssen feststellen, daß es sich

nicht lohnt, dem Revisionismus auch nur ein Schritchen entgegen zu gehen in der Hoffnung, bei irgendeinem „ehrlichen Genossen“ dadurch Vorurteile abzubauen. Sympathien zu gewinnen ist - Diese Kritik gilt übrigens auch recht für die Heidelberger Genossen vom NRF, die als Initiatoren der Bonner Vietnam-Demonstration den Revisionisten förmlich in den Arsch krochen um zu einer Vereinbarung zu gelangen. Offenbar sind auch in diesem Fall gigantische Erwartungen angelegt, wie schön man nun aber den Revisionisten den „Schwarzen Peter“ zuschieben kann, wenn man sie ja „völlig entlarvt“ hat.

Wir haben manchmal Überraschungseffekte bei - DKP-Genossen erreicht, die dann im ersten Moment sehr freundlich und diskussionsbereit erschienen, um später nichts mehr von sich hören zu lassen. Das liegt zum einen an der mörderischen Hitze, die innerhalb der DKP gegen uns entläßt wird. Für was ärmlichen haben wir auch festgestellt, nachdem in Bremen - Sitz des KBB - zweimal der ARBEITERKAMPF von Genossen verkauft worden ist. Sie wurden da von KBB-Genossen angesprochen, die tolle Vorstellungen über den Inhalt unserer Politik hatten, es stellte sich dann regemäßig heraus, daß sie überhaupt noch keinen ARBEITERKAMPF gelesen hatten, sondern ihre „Weisheiten“ stammten aus der Hitze, die die KBB-Führer in ihrer Organisation gegen uns betreiben.

Zum zweiten müssen wir feststellen, daß bei vielen „ehrlichen Genossen“ der DKP die „These 41“ (Verbot der Aktions-einheit mit „Maoisten“ etc.) und eine falsch verstandene Disziplin stärker wirken als selbst guter Wille und bessere Einsicht. Wenn es überhaupt in einzelnen Fällen gelungen ist, zur solidarischen Zusammenarbeit mit Genossen der DKP zu kommen, dann immer durch langfristige Arbeit, vor allem im Betrieb. Auch hier wäre es falsch, irgendwelche Erfolge auf kurze Sicht zu erwarten, und zu hoffen, der erhofften Erfolge nach nur die geringste Kenntnis in den modernen Revisionismus zu machen.

Gehen wir nun auf ein anderes Beispiel ein, das zumindest in zeitlicher Verbindung mit dem Wahlkampf und

der „Merck-Linie“ in der Hamburger Gruppe auftrat: nämlich der Einseitigkeit gegenüber Genossen in der SPD.

Zunächst war der Wunsch nach „Abseicherung“ der Grund. Genossen, die z.B. im Betrieb gute Arbeit machten und schon in die Schichtlinie reaktionärer Betriebsauffassungen der SPD geraten waren, hofften, sich durch einen Eintritt in die SPD „abzusichern“ in anderen Fällen war man der Meinung, durch Eintritt in die SPD etwas über die Betriebsarbeit dieser Partei zu erfahren, politischen Einfluß zu nehmen u.ä.m.

Dieses Vorgehen erfolgte z.T. auf Initiative, zumindest mit Zustimmung von Genossen der Leitung. Diese Linie wurde auch vor den Wahlen korrigiert, die betreffenden Genossen sind wieder aus der SPD ausgetreten.

Es handelte sich offenbar um also Form des Opportunismus, die die Verbotsdrohung der Bourgeoisie gegen die Kommunisten hervorbringt. Einigen Genossen waren kurzfristig tatsächlich der Meinung, man könnte sich vielleicht in der SPD „verstecken“ vor „Fraktionsarbeit“ dort machen.

Allgemein läßt sich dazu folgendes sagen, wenn ein Genosse im Betrieb schon „unangenehm aufgefallen“ ist, dann wird ihm auch der Eintritt in die SPD nichts mehr nützen. Wenn er sich dort nicht „anpaßt“, werden seine Schwierigkeiten nur noch schlimmer werden. Der Eintritt in die SPD wird nur Verwirrung bei den Kollegen stiften, die ja den Genossen als ehrlichen Kämpfer kennen gelernt haben, und der nicht sehr zur SPD. Wenn würde es nützen, wenn unsere Genossen vor den Kollegen in der Maske linker SPD-Mitglieder erscheinen? Die Antwort liegt auf der Hand!

Der Wahlkampf und auch die Episode mit den SPD-Eintritten können für die Organisation zu einer „Fundgrube“ nützlicher Lehren werden. Allerdings bedeutet das Erkennen eines Fehlers nicht auch schon seine Beseitigung. Es kann vor, daß Fehler in der Theorie „völlig beseitigt“ sind, während sie in der Praxis in veränderter Form auch wieder auftauchen. Die Überwindung dieser Fehler wird längere Zeit in Anspruch nehmen.

# Leitungsschwächen systematisch überwinden

Wenn mitunter einzelne Genossen, Einheiten oder gar Bereiche vorübergehend „aus dem Tritt“ geraten, dann hängt das wesentlich auch mit Schwächen der Anleitung zusammen.

Nehmen wir das Beispiel des Wahlkampfes 72. Daß es Neuwahlen geben würde, zeichnete sich schon im Mai, ein gutes halbes Jahr vor dem endgültigen Termin ab. „An sich“ hätte also eine relativ lange Zeit für eine gründliche Vorbereitung unserer Eingreifens in den „Wahlkampf“ gegeben sein müssen. Dennoch wurde diese Zeit zur Unvollkommenheit genutzt.

Zwei wesentliche Aufgaben, die sich die Leitung zu den Neuwahlen gestellt hatte, wurden nicht erfüllt. Das war zum ersten die Auswertung der Stellungnahmen, die auf Initiative der Leitung von fast allen Einheiten der Organisation (insgesamt 66 Berichte) zu unserem Eingreifen bis Anfang August vorliegen. Im ARBEITERKAMPF 72 hatte die Leitung angekündigt: „Gestützt auf die aus der breiten Aussprache gewonnenen Einschätzungen und Vorschläge, die jetzt von der Leitung zusammengefaßt und in die Organisation zurückgetragen werden, wird der Kommunistische Bund mit größter Einheitslichkeit und Zielbewußtheit (!) zu den Bundestagsneuwahlen eingreifen.“ Die breite Aussprache erlaubt zugleich, politisch-ideologische Schwächen in einzelnen Grundeinheiten zu erkennen und in der Anleitungstätigkeit zu überwinden.“ (S.11).

Das war „an sich“ ein ausgezeichnetes Plan. Tatsächlich aber wurden diese Berichte so gut wie gar nicht ausgewertet, oder jedenfalls nur in praktischen

Hinblick (Aufnahme bestimmter Vorschläge zu Aktionsformen) und nicht politisch-ideologisch.

Mit der breiten Aussprache zu den Neuwahlen in allen Einheiten der Organisation (deren Ergebnis dann die Berichte waren), hatte die Leitung eine sehr gute Initiative ergriffen, die keine auch nur annähernde Parallele bei anderen kommunistischen Organisationen der BRD hat. In keiner Organisation ist das Eingreifen in den Neuwahlen so breit vorher diskutiert worden wie im Kommunistischen Bund. Daß eine politische Entscheidung von der ganzen Organisation so ausführlich diskutiert wurde, war im Grunde überhaupt etwas Neues in der kommunistischen Bewegung in der BRD.

Leider muß man aber feststellen, daß solche ausgezeichneten Initiativen verpuffen, wenn sie von der Leitung nicht genutzt werden, um die gesamte Arbeit organisatorisch-praktisch und politisch-ideologisch vorzubereiten. Wenn die Leitung mit den Berichten der Einheiten nichts anzufangen weiß, muß bei den Genossen der Eindruck entstehen, sie hätten ihre Berichte in den Papierkorb geschrieben. Das dämpft die Bereitschaft, in Zukunft noch einmal in derselben Weise zu diskutieren, Berichte zu schreiben usw. (was ja für die Genossen der Grundeinheiten auch beträchtliche Arbeiten mit sich bringt).

Das zweite, was die Leitung geplant hatte, war die Erarbeitung einer Broschüre zum „Wahlkampf“ (für den Massenverkauf bei Veranstaltungen der bürgerlichen Parteien usw.). Diese Broschüre sollte die Funktion des Parteiementarismus und der Wahlen im bür-

gerlichen Staat beleuchten, sie sollte eine Einschätzung der Parteien enthalten, und die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse sollte propagiert werden. Ein detaillierter Arbeitsplan zu der Broschüre war schon in der Leitung diskutiert worden, das Projekt scheiterte jedoch schrittweise daran, daß kein geeigneter Genosse „Zeit“ hatte, um das Schreiben der Broschüre zu übernehmen.

Schließlich konnte auf dieser Basis zunächst auch die Absicht nicht realisiert werden, nach den Wahlen die Erfahrungen während des „Wahlkampfes 72“ zu sammeln und auszuwerten. Eine solche Auswertung wäre aber „an sich“ erforderlich, damit die ganze Organisation systematisch aus den Erfolgen und Fehlern der Vergangenheit lernen kann. Hier ist allerdings anzumerken, daß eine solche Auswertung mit einiger Verpöschung gegenwärtig vom „Wahl-schub“ (der unser Eingreifen direkt anleitete), vorgekommen wird.

Nehmen wir nun ein anderes Beispiel, nämlich das Berichtswesen allgemein. Schon vor längerer Zeit wurde von der Leitung die Notwendigkeit grundsätzlich erkannt, ein funktionierendes, d.h. kontinuierliches und systematisches Berichtswesen von oben nach unten und von unten nach oben in der Organisation in Gang zu bringen zum einen muß die Leitung stets genau informiert sein, was in der Organisation vor sich geht. Und zwar nicht auf der Ebene von mehr oder weniger zufälligen Gesprächen, die dieser oder jener Genosse der Leitung hier oder dort führt und bei denen manchmal große „Überschneidungen“ zu Tage kommen, sondern eben auf der Ebene eines

verbindlichen Berichtswesens. Und zum anderen müssen natürlich alle Genossen wissen, was die Leitung tut und was in der Organisation allgemein vor sich geht (wir brauchen hier nicht auf die Frage einzugehen, daß natürlich nicht jede Tätigkeit, z.B. in der Betriebsarbeit, sich dazu eignet, in allen Einzelheiten schriftlich protokolliert oder gar öffentlich bekannt gemacht zu werden).

Deshalb wurde vor etwa einem halben Jahr der Beschluß gefaßt, „verbindliches Berichtswesen“ von den Einheiten kommen auch eine Reihe von Berichten, jedoch wurden diese wieder nicht von der Leitung insgesamt, sondern jeweils nur von einzelnen Genossen ausgewertet, so daß relativ wenig aus der Leitung in die Einheiten und Bereiche zurückgetragen wurde. Das führte natürlich dazu, daß die Berichte mit der Zeit spärlicher wurden.

Auf der anderen Seite wurde von der Leitung diskutiert, welche Themen sie zum Gegenstand von Rechenschaftsberichten machen möchte. Klar war auch, daß negative Formen von „Rechenschaftsberichten“ vermieden werden müßten, so haben die Münchner „Arbeiterbaugruppen“ (ABG) einen „Rechenschaftsbericht“ veröffentlicht, in dem statt konkreter Arbeitsberichte in wesentlichen bloß allgemeine Loblieder auf das Wachstum und die Stärke dieser Gruppe, die unangenehme Wahrheit und Korrektheit ihrer Arbeit usw. zu finden waren.

Nachdem diese Grundsätze geklärt waren, wurden Arbeitsgebiete auf einzelne Genossen verteilt und ein bestimmter Termin für die Vorlage der Berichte festgelegt. Indem es zeigte

Fortn. nächste Seite



sich, daß aus „Zeitmangel“ zum festgelegten Termin absolut nichts vorlag. Der erste Bericht, der dann fertiggestellt werden konnte, betraf einen Randbereich unserer Organisation, nämlich die Stadtteil- und Viertelarbeit (abgedruckt in UNSER WEG 18). Ein weiterer Bericht steht kurz vor der Fertigstellung, er soll die überregionale

Arbeit des Kommunistischen Bundes behandeln. Die Berichte über diejenigen Bereiche, die den Schwerpunkt unserer Arbeit bilden, d.h. in erster Linie die Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft stecken bisher noch in den Anfängen. Obwohl also grundsätzlich und „na sich“ die Notwendigkeit der Erarbeitung dieser Berichte von der Lei-

tung schon vor mehreren Monaten erkannt worden ist, kommt die Arbeit bestenfalls schleppend voran.

Was sind nun die Ursachen solcher Leistungsschwächen? Allgemein gesprochen erscheint in der Regel „Zeitmangel“ als Ursache. Die Leistungsge-nossen haben zu der allgemeinen Arbeit je-

weils noch speziell zwei „Bereiche“ unserer politischen Arbeit direkt persönlich anzuleiten (ein „Bereich“ ist z.B. die Betriebsarbeit Metall, Druck, Hafen usw. oder auch Außenkontakte, Technik u.a.m.). Dazu kommt die Zeitungsarbeit, die von der Leitung insgesamt diskutiert wird und an der einige Genossen regelmäßig direkt teilneh-

men.

Dieser Zustand führt dazu, daß die Genossen der Leitung durch den „Alltagstakt“ so überlastet sind, daß grundlegende, längerfristige Aufgaben immer wieder „auf die lange Bank“ geschoben werden.

## Eine 'zweite Linie' aufbauen und das Niveau der ganzen Organisation heben!

Es erweist sich immer wieder, daß für die zentrale Arbeitstätigkeit ein allzu kleiner Kreis von Genossen zur Verfügung steht. Das ist in doppelter Hinsicht gefährlich. Zum einen erlitten wir den Zustand, daß eine relativ kleine Gruppe die politische und politische-theoretische Arbeit zu machen, zum anderen wird die Aufgabe vernachlässigt, rechtzeitig den Aufbau einer „zweiten Linie“ durchzuführen. Unter „zweiter Linie“ verstehen wir, daß im Falle einer Illegalisierung (Verbot) unserer Organisation genügend qualifizierte Genossen vorhanden sind, die an die Stelle von verbotenen usw. Leitungsgenossen treten können.

Heute muß man davon ausgehen, daß die anleitenden Genossen dem Staatsapparat im wesentlichen bekannt sind. Ihre Ausschaltung wäre relativ leicht. Beim gegenwärtigen Zustand der Organisation ist schwer vorstellbar, daß nötigenfalls sofort eine „zweite Linie“ an Stelle der jetzigen Leitungsgenossen treten könnte.

„Bis Mitte 1933 waren von 422 führenden Funktionären der KPD mehr als die Hälfte – 219 – verhaftet; in einigen Bezirken waren von März 1933 bis April 1935 bis zu acht Leitungen nacheinander tätig.“ (nach „KAB-Revisionismus-Kritik 3“, S. 4)

Wir gehen zwar nicht davon aus, daß eine faschistische Zerschlagung der Arbeiterbewegung oder auch nur die totale Unterdrückung der Kommunisten in unmittelbarer bevorsteht. Selbst in der CDU scheinen noch immer die Kräfte zu überwiegen, die eine Neuaufgabe des KPD-Verbots zum jetzigen Zeitpunkt für „taktisch ungeschickt“ halten. Dennoch wäre es höchst gefährlich, sich in einer falschen

Sicherheit zu wiegen.

Die kommunistischen Organisationen sehen sich heute schon dem Angriff des Staatsapparats gegenüber, die Freiheit der politischen Arbeit in wesentlichen Punkten – nämlich gerade in der Propagierung der sozialistischen Revolution – einschneidend und zu begrenzen. Davon zeugt eine Reihe von Prozessen, die u.a. gegen die Führer der „KPD/ML“ („Roter Morgen“ und „Rote Fahne“) eingeleitet worden sind.

Es ist naheliegend, daß der Staatsapparat uns auf seine Absichten nicht einige Monate vorher sozusagen vorwegend hinweist, sondern diese Maßnahmen können von heute auf morgen kommen, ebenso wie das Verbot der palästinensischen Organisationen GUPS und GUPA.

Daher gilt es, schon jetzt die wesentlichen Voraussetzungen zu schaffen, um einem solchen Schlag stand zu halten. Wenn wir eine längere Zeit „legaler“ politischer Arbeit noch vor uns haben, umso besser! Wenn aber in relativ kurzer Zeit schwere Schläge kommen sollten, so müssen wir auch darauf vorbereitet sein.

Deshalb ist der Aufbau einer „zweiten Linie“ in doppelter Hinsicht wichtig: sowohl zur Konsolidierung unserer politischen Arbeit in der Gegenwart wie auch als Absicherung dieser Arbeit für härtere Zeiten in der Zukunft.

Zur Heranziehung eines größeren Kreises von Genossen zur Leitungstätigkeit sind die ersten Schritte getan worden. Einer dieser Schritte ist die Schaffung der „Erweiterten Leitung“, d.h. die Heranziehung von Genossen aus den Bereichen der Betriebsarbeit z. B. in den Betrieben der Arbeiter-Solidarität. Die systematische Heranziehung von Genossen zur Redaktionsarbeit am ARBEITER-

KAMPF, die sich im gegenwärtigen Stadium auf bestimmte Arbeitsgebiete spezialisieren. In diese Arbeit sind eine Reihe von Genossen einbezogen worden, die bisher nicht an unserer Pressearbeit teilgenommen haben.

Die bisherige Arbeit hat schon eine Reihe von „schlummernden Talenten“ zum Licht gebracht. „An sich“ ist auch schon längst klar gewesen, daß es in unserer Organisation, die allein in Hamburg mehrere hundert Mitglieder hat (abgesehen von den Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF), einen Sympathie- und „schlummernden Bereich“ der „Reserve“ gibt. Allerdings kommen diese Genossen nicht im Selbst auf zu verantwortlichen Tätigkeiten in der Anleitung, in der Pressearbeit etc. In der Regel ist es nötig, diese „schlummernden Talente“ erst einmal zu „wecken“, und diese Arbeit muß noch sehr oft direkt von Genossen der Leitung übernommen werden. Dabei hat sich gezeigt, daß einige Arbeit von Seiten der Leitung investiert werden muß, um Genossen zu fördern. Manchmal ist es so, daß am Anfang mehr an Arbeit von Seiten der Leitungsgenossen hineinsteckt werden muß als nachher an konkreten Ergebnissen herauskommt. Das hat in der Vergangenheit mitunter zu Tendenzen bei einigen Genossen der Leitung und der Redaktion geführt, aus Bequemlichkeit die Platte ins Korn zu werfen und die entsprechende Sache lieber gleich selbst zu machen, statt andere Genossen aus der Organisation an dieser Arbeit zu qualifizieren. Eine solche Haltung ist natürlich kurzfristig, weil sie in der Konsequenz die gegenwärtigen Elemente von Handwerkerlei verewigen würde.

Eine weitere große „Reserve“, die

bisher noch längst nicht genügend genutzt worden ist, sind die KB-Gruppen außerhalb von Hamburg. Das naturwichtige Schwerkraft der Hamburger Gruppe innerhalb des Kommunistischen Bundes hat zeitweilig zu einer Vernachlässigung der anderen Gruppen geführt. In dieser Zeit war die Linie vorherrschend, daß „in Hamburg das Kind schon geschaukelt wird“. Tatsächlich hat sich aber gezeigt, daß die Leitung in Hamburg vor der Aufgabe stehend verbleibt, hat die politische Arbeit der gesamten Organisation in die Hände der Partei zur Überwindung dieses Zustandes ist die Bildung der „Zentralen Regionalkommission“ des KB im Spätsommer 1972. Die ZRK hat die Aufgabe, unter direkter Anleitung der Leitung die Vorbereitung einer wirklich zentralen Leitungstätigkeit innerhalb des Kommunistischen Bundes in Angriff zu nehmen (zu diesem Thema: „Die Leitungstätigkeit und den Arbeitsstil verbessern!“ in UNSER WEG Nr. 18).

Außerdem sind Schritte eingeleitet, um die Gruppen und Genossen außerhalb von Hamburg stärker zur Mitarbeit an unseren Zeitungen heranzuziehen (Betriebsberichte, Diskussionsartikel etc.).

Neben der gezielten Qualifizierung einzelner Genossen an bestimmten Arbeiten gilt es, die Organisation insgesamt politisch-theoretisch voranzubringen. Dazu gehört neben der Verbesserung und Systematisierung der Schulung auch das Übernehmen von Untersuchungsarbeiten durch Genossen aus den Grundeinheiten und Bereichen. Diese Untersuchungsarbeiten werden zunächst im engeren Arbeitsbereich der Genossen angesiedelt. So z.B. Fragen der Jugendpolitik (Aus-bildung), Rationalisierung (im Arbeits-

bereich der Genossen, Lohnsymbole, „Arbeitsplatz-Gestaltung“ etc. Längerfristig geht es darum, den Genossen der Grundeinheiten und Bereiche auch Aufgaben außerhalb ihres engeren Arbeitsgebietes zu stellen, um eine allgemeine Weiterentwicklung zu erreichen. Heute haben sich z.B. schon Genossen aus einem bestimmten Bereich die Aufgabe gestellt, über den Zusammenhang von Opportunismus und Illegalität zu arbeiten, d.h. welche Formen des Opportunismus die Illegalität der Arbeiterorganisationen hervorbringt (untersucht wird das Sozialisten-Gesetz Barmarks, die Stölpische Reaktion in Rußland und das KPD-Verbot von 1955).

Es liegt auf der Hand, daß von der Inangriffnahme von Untersuchungsarbeiten durch die Genossen aus den Einheiten und Bereichen auch unsere gesamte Zeitungsarbeit „profitiert“. Das hat sich im ARBEITERKAMPF zuletzt u.a. im Artikel zum Chemie-Gewerkschaftstag niedergeschlagen.

Natürlich „profitieren“ auch die Betriebs- und Branchenzeitungen davon, wenn mehr konkrete Untersuchungsarbeiten in den Einheiten und Bereichen geleistet wird. In einem Bereich ist es z.B. vorgekommen, daß die betreffende Branchen-Zeitung im Wesentlichen vom anleitenden Genossen, einem Mitglied der Leitung, geschrieben wurde. Als der Genosse wegen anderer Arbeiten aus der Branchen-Zeitung „ausstieg“, entschummerte diese erstmalig. In anderen Bereichen führt mangelnde Untersuchungsarbeit mitunter dazu, daß in wichtigen Situationen (Tarifkampf) noch schnell etwas „zusammengedonnert“ wird, während bei gründlicher Vorbereitung politisch sorgfältiger gearbeitet werden könnte.

## Nicht alles schlucken - und selbst mit anpacken!

Vor allem für die Presse-Arbeit des KB wirkt es sich negativ aus, daß der größere Teil der Organisation gegenüber ARBEITERKAMPF und UNSER WEG immer noch die Haltung des passiven Konsumenten einnimmt, der sich von den wenigen Genossen der Redaktion abblutet läßt.

Der Inhalt unserer Zeitungen wird weitgehend von politisch-theoretischen Beiträgen bestimmt, die von den Genossen der Redaktion verfaßt werden.

Wenn unsere Zeitungsarbeit erfolgreich sein soll, dann ist es unbedingt notwendig, daß die Genossen der Redaktion durch die gesamte Organisation unterstützt werden. Das können eigene Beiträge sein, Ergänzungen und Kritik zu bestimmten Artikeln usw. Für die Redaktion (und auch für die Leitung) ist es ebenso eine Hilfe, wenn sie ein Protokoll darüber erhalten, wie in einer bestimmten Einheit mit einem bestimmten Artikel gearbeitet worden ist.

Es ist doch eine bemerkenswerte Erscheinung, daß die Redaktion des ARBEITERKAMPF die meisten schriftlichen Kritiken zu einem Thema erhalten hat, das wirklich am Rande unserer Arbeit liegt. Das war der Artikel über die Aktion palästinensischer Revolutionäre während der Olympischen Spiele in München 72; es ging um die Frage, ob wir die Aktionen ausländischer Gruppen unterstützen

können oder nicht (vgl. dazu AK 22 und 23). Da die Stellung des Kommunistischen Bundes zum individuellen Terror längst klar ist, war die in AK 22 und 23 aufgeworfene Frage wirklich zweitrangig, berührte kaum den Inhalt unserer Arbeit. Gerade diese Frage hat aber offenbar die Gemüter mehr beunruhigt als z.B. die grundsätzlichen drei Artikel zum Faschismus: die drei Artikel zur SPD und die Auseinandersetzung mit dem Zirkelblock-Führern aus Heidelberg und Bremen.

Natürlich ist es besser, wenn Genossen zu einer nebensächlichen Frage zum Gegenstand von Kritik machen als wenn überhaupt nichts ist. Was im ARBEITERKAMPF steht, paßt „schluckt“ wird, aber es ist immer noch eine negative Erscheinung, wenn Nebenfragen in den Mittelpunkt der Kritik gestellt werden, während die Redaktion zu grundsätzlichen Fragen kaum ein Echo aus der Organisation hat.

Eine „gegensätzliche“ Erscheinung ist, daß manche Genossen, wenn es Mißerfolge gibt oder sie mit etwas nicht einverstanden sind, die Schuld automatisch allein bei der Leitung und der Redaktion suchen. Das ist aber nur die andere Seite der Medaille zu Tendenzen „Alles schlucken“. Beide Haltungen entspringen der Mentalität des passiven Konsumenten.

Das beschwert sich z.B. ein einzel-

ner Genosse aus einem Bereich unserer Betriebsarbeit, daß im ARBEITERKAMPF zu wenig Betriebsberichte zu finden sind. Als ob die Redaktion nicht helfen würde, wenn sie gute Betriebsberichte, wie z.B. den der Kieler Genossen über den Streik bei HDW erhält. Leider ist es aber immer noch sehr schwer, solche vorbildlichen Berichte zu erhalten, in denen Fragen kommunistischer Arbeit im Betrieb Beispiel beleuchtet werden. – Geradezu grotesk wird diese Geschichte dadurch, daß die Branchenzeitung im Bereich dieses Genossen seit mehr als zwei Monaten nicht mehr erschienen ist.

Auch im studentischen Bereich haben wir die Erscheinung, daß es relativ leicht ist, von manchen Genossen, verärgerte Kritiken am ARBEITERKAMPF zu hören, während es ziemlich schwer ist, brauchbare Beiträge für die Zeitungsarbeit zu erhalten.

Insgesamt läßt sich sagen, daß viele Genossen immer noch ein falsches Verhältnis zur Leitung und zur Redaktion haben. Sie betrachten diese sozusagen als eine Art Fußball-Team, auf dessen Spiel sie von der Tribüne aus mit Beifall oder gelegentlich auch mit Pfiffen verfolgen. Wichtig ist, daß alle Genossen selbst „mitspielen“, selbst mit anpacken – sonst wird die Sache nicht vom Fleck kommen.

## Maulkorb im Betrieb

Am 29. Dezember vorigen Jahres (und beim Arbeitergericht West) fand ein Prozeß statt, den die 23-jährige Arbeiterin Karin Ostermeyer gegen die Firma Philips führt. Die Firma hat sie im letzten Oktober aus politischen Gründen entlassen. Karin O. klagt auf Wiedereinstellung. Sie gewann ihren Prozeß, der Kapitalistenverband der Interessen der Firma Philips wahrnimmt hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Worum ging es? Karin O. hatte auf einer Betriebsversammlung im August das Wort ergriffen. Sie nannte dabei die Firma Philips u.a. einen „Schinderbetrieb mit mörderischen Akkord-Jobs“. Über diesen Beitrag der Kollegin auf der Betriebsversammlung berichtete Anfang Oktober der „Rote-Leitz-Arbeiter“, das ist eine Zeitung, die von einer „KPD/ML“ bei der Firma Leitz (also nicht bei Philips selbst) vertriebt wird.

Die Firma Philips nahm den Artikel im „Rote-Leitz-Arbeiter“ zum Vorwand um die Kollegin zu kündigen. Zuerst hieß es, sie sei die Verfasserin des Artikels. Als die Kapitalisten damit nicht durchkamen wandelte sie sich gegen das Grundrecht der freien Meinungsäußerung überlag.

Mit ihren freimütigen Worten auf der Betriebsversammlung habe Karin O. den Interessen des Arbeitgebers zuwidergehandelt. Dazu kam, daß die Kollegin zwar bestritt, den Artikel im „Rote-Leitz-Arbeiter“ geschrieben zu haben, es war aber auch auf Druck der Geschäftsleitung nicht heftig, sich von dem Artikel zu „disfanzieren“.

Kollegin Karin deren Rechtsanwalt die Gewerkschaft übernommen hat, hat im ersten Prozeß Recht bekommen. Das ist aber alles andere als ein endgültiger Sieg. Das geltende bürgerliche Arbeitsrecht gibt den Kapitalisten sehr viele Möglichkeiten, um kämpferischen Arbeitern ein Bein zu stellen. Wie es aber letzten Endes der Prozeß auch ausgehen wird, sie hat wahrscheinlich ihren Arbeitsplatz bei Philips verloren und wird so auch sehr schwer haben, nachdem sie beim Kapitalistenverband einmal auf der „Schwarzen Liste“ steht, eine neue Arbeit zu finden. Das zeigt, wenn wir uns Einzelnen überlassen, für unsere gemeinsamen Interessen den Mund auf zu machen, dann fällt es den Kapitalisten leicht, diese Kollegen fertig zu machen. „Keinen Finger kann man biegen, fünf Finger sind eine Faust“.



# Zur Strategie der "betriebsnahen Tarifpolitik"

In den letzten 2 Jahren erlebt das Konzept der „betriebsnahen Tarifpolitik“ der Gewerkschaftsführung einen wahren Popularitätsboom. Zumal in der Chemiebranche wurde es nach dem Streik '71 in der Gewerkschafts- und Betriebsratspresse, auf Betriebsversammlungen und Vertrauensbesprechungen den Kollegen als das Erfolgsrezept zur Durchsetzung ihrer Forderungen empfohlen. Der Zeitpunkt war günstig, da die Kritik an der Lohnpolitik der IG-Chemie gerade sehr groß war.

Die Propaganda der Gewerkschaftsführung für die „betriebsnahe Tarifpolitik“ soll vor allem von der eigenen Rolle, von ihrer kapitalhörigen Haltung und Politik ablenken. Statt dessen wird vor allem die äußere Form der Tarifverhandlungen, die regionale Verhandlungsführung, als „nicht mehr zeitgemäß“ in den Vordergrund gestellt.

Das Konzept der „betriebsnahen Tarifpolitik“ ist nach eigener Darstellung der Gewerkschaftsführung zwar noch nicht bis ins einzelne durchdacht und festgelegt. Es wird aber jetzt schon als ein in den nächsten Jahren zu verwirklichendes Programm als „der Schlüssel für die siebziger Jahre“ hingestellt.

Gerade linker Gewerkschafter und SPDler greifen „betriebsnahe Tarifpolitik“ als die Möglichkeit einer „Basiskontrolle“ über die Verhandlungen zu erreichen. Als Begründung dient allen die Tatsache, daß die Tarifabstufungen dann von „ausserhalb“ (Betriebsrat oder Kollegen) durch „betriebliche Tarifkommissionen“ (nicht mehr regional, sondern betrieblich) festgelegt werden. Mit solchen Schritten werden „dem kapitalistischen Betriebsgeklammer“ die bisher Autorität von Tarifverbänden und durch betriebliche Verhandlungsführung zum ersten Mal der Einfluss der Kollegen im Bereich der Verhandlungsführung ungeheuer erweitert.

Sicher ist es so, daß die Gewerkschaftsführung unabhängig von den Kollegen die Verhandlungen mit den Kapitalisten führt und das Lohnergebnis ausschaltet. Dagegen muß es schon recht seltsam sein, wenn jetzt die Gewerkschaftsführung selbst ein Rezept vorlegt, mit dem angeblich ihre unumkehrbare Entscheidungsbefugnisse zurückgefordert werden können.

Diese scheinbar fortschrittliche Argumentation soll im Grunde auch nur darüber hinweg täuschen, daß die Gewerkschaftsführung in Wirklichkeit nicht den eigenen Interessen der Lohnarbeitenden im Auge gefaßt hat, die allerdings nicht im Interesse der Arbeiter und Angestellten liegen kann.

Während sich die Kapitalisten bereits auf EWG-Niveau gegenüber „Solidarität“ erweisen (z.B. EWG-Lohnentfrieren, EWG-Streikabschaffung), soll die Kampfkraft der Arbeiterklasse nach dem Mittel der „betriebsnahen Tarifpolitik“ noch weiter zersplittert werden. „Betriebsnahe Tarifpolitik“ ist nicht weiter als ein Versuch der Kapitalisten, die Arbeiter klein zu halten und ihre Lohnkämpfe zu zerschlagen.

Die Gewerkschaftsführung läßt sich wieder einmal vor ihren Karren spannen.

**Der Gewerkschaftsbeschluss des IG-Chemie verabschiedete im September 72 ein Antrag des Hauptvorstandes zur „betriebsnahen Tarifpolitik“** und mündete die Möglichkeit, dass die IG-Chemie sich in der Zukunft „Kampfbereitschaft“ zeigen könnte. „Betriebsnahe Tarifpolitik“ ist ein Begriff, der die Gewerkschaftsführung zu einem bestimmten Zeitpunkt, nämlich im September 1972, in der Gewerkschaftsversammlung in Hamburg beschlossen hat.

Mit solchen Tarifverträgen soll eine bessere Anpassung an die technologische und wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden.

Die stärkere Beteiligung von Mitgliedern und Vertrauensleuten bei Lohnkämpfen und der Abbau der Differenz zwischen tariflichen und tatsächlichen Entlohnungen und Arbeitsbedingungen bewirkt werden.

Ein ähnlich laienhafter Antrag zur „betriebsnahen Tarifpolitik“ wurde bereits auf dem Gewerkschaftstag der IG-Chemie 1969 beschlossen. Stolz konnte Erwin Grunzner vom Hauptvorstand daher 1972 behaupten, daß die IG-Chemie jährlich 930 Tarifverträge abschließt, wovon ca. 60 „betriebsnahe“ und 870 „regional“ sind.

Wirklich eine stolze Bilanz der Zersplitterung von Lohnverhandlungen!

Der Hauptvorstand hat bisher nur im engen Kreis seine Vorstellungen zur „betriebsnahen Tarifpolitik“ skizziert. Dagegen ist der Gewerkschaftstag 72 und der Wahrung der Gewerkschaftsführung die eine „betriebsnahe Tarifpolitik“ rechtfertigen sollen.

## Technischer Fortschritt: Für wen?

Durch „betriebsnahe Tarifpolitik“ soll angeblich eine „bessere Anpassung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen an die technologische und wirtschaftliche Entwicklung“ erreicht werden.

Bereits der Begriff „Anpassung“ ist so schwammig, daß er die gegenseitigen Interessen von Arbeitern und Kapitalisten im Rahmen der „technologischen Entwicklung“ verleiht.

Was kommt an „technologischer Entwicklung“ auf die Arbeiter und Angestellten zu? Was haben die Kapitalisten vor?

Nach Schätzung der Gewerkschaftsführung werden bis zum Jahre 1980 etwa 10 Millionen Arbeitsplätze durch die „technologische Entwicklung“ grundlegend verändert oder verschwinden ganz. Fast die Hälfte aller Kollegen, nämlich jeder 2. bis 3. davon betroffen, die Kollegen in der chemischen Industrie in besonderem Maße, da hier der Automatisierungsgrad noch höher ist als in anderen Branchen ist.

Rationalisierung und Automation stellen sich auf vier Ebenen vollziehen:

1. Die Bereiche der Mechanisierung werden automatisiert in der Verwertung wird

Der Artikel „Zur Strategie der „betriebsnahen Tarifpolitik““ ist ein Diskussionsbeitrag der Chemie-Gewerkschaftskommission der Hamburger KB-Gruppe. In fast allen Gewerkschaften wird dieses Thema z.T. sehr breit und heftig diskutiert. Dagegen haben kommunistische Gruppen zu diesem Thema noch fast gar nichts gesagt, was aus Ausdruck ihrer allgemeinen politischen theoretischen Schwäche ist. Auch die DKP schwelgt

zu diesem Thema beharrlich aus. Der KB selbst hat schon zweimal im ARBEITERKAMPF dazu seine grundsätzliche Position dargelegt (das erste Mal schon vor über einem Jahr). Ohne aber schon diesen Komplex in seiner Breite und Tiefe aufzudecken und sich mit anderen z.T. weit in der linken Bewegung Westdeutschlands verbreiteten Auffassungen auseinanderzusetzen. (Vergleiche hierzu auch AK 14/Jan. 72 „Tosco“)

Stark – „Betriebsnahe Tarifpolitik“ und AK 22/Dat. 72: „Heimliche Vorbereitung auf den IG-Chemie-Gewerkschaftstag 73“). Diese Artikel beziehen sich – wie auch dieser wieder – im wesentlichen auf Erfahrungen aus dem Bereich der IG-Chemie, obgleich Auseinandersetzungen darüber in der IG-Mittel schon viel breiteren Umfang angenommen haben und bis in die 60er Jahre zurückreichen.

Die westdeutsche Kapitalistenklasse gibt die Stabilität, um in Europa ihre wirtschaftliche Vermachtstellung weiter auszubauen. Die nationalen und internationalen Unternehmenszusammenschlüsse, die die Konkurrenz in der EWG aus dem Feld schlagen sollen, wachsen fast stündlich. Die Vormachtstellung in der EWG soll für die westdeutsche Kapitalistenklasse das Sprungbrett für die Vormachtstellung in der Welt sein.

Diese Ziele zu erreichen, bedeutet eine scharfe Politik gegenüber der Arbeiterklasse. Durch Rationalisierung der Produktion, Reduzierung der Belegschaften auf ein Mindestmaß, Senkung des Lohnniveaus und Steigerung des Arbeitsdrucks.

Die Kapitalisten wissen, daß die Arbeiterklasse diese Angriffe nicht kampflos hinnehmen wird. Sie suchen und finden daher Konzepte und Strategien, wie sie diesen Widerstand möglichst „ungefährlich“ halten können. Eines dieser Konzepte ist die „betriebsnahe Tarifpolitik“.

Die Kapitalisten spekulieren darauf, daß eine noch stärker Differenzierung im Lohnniveau und in den Arbeitsbedingungen ein

tionen haben. Dieser „eingepaarte Spielraum“ wird natürlich auf der anderen Seite auch von den Kollegen komplimentär betriebl. auszunutzen versucht.

Damit soll nun ein Regel vorgeschoben werden. Dazu dient eine „betriebsnahe“ Festlegung der Löhne und Gehälter und Veränderungen in den Methoden der Entlohnung selbst.

Gerade von den neuen Methoden der Lohn- und Gehaltsfindung“ erreichen sich die Kapitalisten offenbar mehr Vorteile als vom „eingepaarten Spielraum“.

Daher kann die Gewerkschaftsführung jetzt unbekümmert die Forderung „Abbau der Differenz von Effektiv- und Tariflohn“ ausgeben.

Durch Veränderungen in den Entlohnungsmethoden sollen Arbeitsabläufe rationalisiert und Arbeitsleistungen intensiviert werden.

Es werden zunehmend Personal-, Platz-, Arbeits-, Leistungs- oder Systemanalysen angewendet oder Personalermessungsbewertungen oder Personalführungssysteme, Managementtechniken, Plan-, Ziel oder Richtzeiten

– Lohnersatz- oder Leistungsvergütungs-Systeme. Durch derartige Arbeitsbewertungsverfahren werden Kriterien festgelegt, die es erlauben, bestimmte Arbeitsplätze künftig in ihrem Lohn herabzusetzen.

Bei den sog. Lohnersatzsystemen finden heute zunehmend eine Umwandlung des traditionellen Akkord- statt Ziel dabei ist, den Einfluss der Arbeiter auf die Bestimmung der Vergütung zu brechen. Das, was in den Betrieben als „Normalleistung“ gilt, und die davon abgeleiteten Vergütungen, spiegeln schon immer den Stand der unproduktiven Maschinenherstellung wider.

Hingegen hat die Verwendung von Kleinst-Zeitverfahren (Systeme vorbestimmter Zeiten MTM und work factor) den wesentlichen Vorteil für die Kapitalisten, daß die Planzeiten, einmal durch Betriebsverordnungen oder Tarifvertrag fixiert, nicht mehr veränderungsfähig sind. Für den einzelnen Arbeiter oder die Akkordarbeiter, die auf jeden Fall schwerer, das ganze System vorbestimmter Zeiten infrage zu stellen, als eine Neuaufnahme per Stoppuhr zu erzwingen.

Der Arbeiter erhält bei dieser Lohnform über einen vereinbarten Zeitraum einen festgelegten Lohn, wenn er ein vorgegebenes Leistungsniveau ständig erfüllt. Bleibt er unter dem geforderten Pensum, wird sein Lohn gekürzt. Ist er in der Lage, dauerhaft höhere Leistungen zu bringen, dann kann er einen neuen Lohnvertrag abschließen. Im Unterschied zum traditionellen Akkord führen Mehrleistungen nicht unmittelbar zu einem Lohnzuwachs, sondern erst nach Zustimmung des Kapitalisten, zu Mehrgehältern.

Die Gewerkschaftsführung unterstützt diese Entwicklung zur immer schärferen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft bei gleichzeitiger Lohnsenkung. Sie paßt sich den kapitalistischen Rationalisierungsplänen voll an. Die Analyse des Arbeitsmarktes – die Personalabteilung – liefert die persönlichen Daten und Angaben. Die Arbeits- und Personalabteilung – erhöhen den Trend zur analytischen Betrachtung und liefern notwendiges Material für Entlohnungszwecke.

Und: „Der Konzentrationsprozess in der Wirtschaft führt zu immer größeren Unternehmenseinheiten mit zum Teil sehr heterogenen (unterschiedlichen) Grundformen/Grundgehaltstrukturen und -differenzierungen.“ (Aus Geschäftsbericht der IG-Chemie-Hauptvorstandes S. 340).

Tja, da haben wir es schon mit einem Nervengang zu tun, ähnlich wie bei einer Sonnenfinsternis. Der „Trend zur analytischen Betrachtung“ ist eben so, daß man muß ihn schon hinnehmen. Kein Wort davon, daß dieser „Trend“ ein kapitalistischer ist und nur den Kapitalisten nützt. Statt daß durch den technischen Fortschritt die Arbeit leichter und angenehmer, der Arbeitszeit kürzer wird, ist genau das Gegenteil der Fall. Solange der Kapitalismus existiert, wird der technische Fortschritt einseitig von den Kapitalisten ausgenutzt. Erst im Sozialismus kann die Arbeiterklasse die technischen „Verbesserungen und Erleichterungen“ zu ihrem Vorteil wenden.

Die Gewerkschaftsführung hat sogar die Stirn zu behaupten, daß durch Arbeitsbewertungsverfahren, durch Lohn- und Gehaltsdifferenzierungen eine „gerechtere“ Entlohnung gegeben ist. Das ist rein ideologisch. Die Demagogie liegt darin, daß nur die Arbeiter und Angestellten untereinander verglichen werden. Das Verhältnis von

Löhnen und Profiten sieht jedoch gar nicht so rosig aus.

So balast sich außen vor, daß durch diese Differenzierungen das Lohnniveau im Gesamt gesehen werden soll.

Die Hauptursachen für den Lohnrückgang sind die derzeit von den einzelnen Betrieben vorgenommene Vermehrung der Lohn- und Gehaltsgruppen als „einen großen Durchbruch in Richtung einer betriebsnahen Tarifpolitik“.

## „Betriebsnahe Tarifpolitik“ – gegen Solidarität der Arbeiterklasse

„Betriebsnahe Tarifpolitik“ ist ein zentraler Programmpunkt der Gewerkschaftsführung für die siebziger Jahre. Sie bedeutet einen weitreichenden Versuch der Zerschlagung der Kampfkraft der Arbeiterklasse. Die Weichen wurden bereits 1945 gestellt. Aus der Erfahrung des Leidens und der Ohnmacht der Arbeiterklasse unter dem Faschismus hat es damals viele Gewerkschafter

erschaffen, die die Gewerkschaftsführung für alle Arbeiter und Angestellten forderten. Ein Appell für die Kapitalisten, die Arbeiterklasse wurde ihnen in einheitlichem Kampf z.B. um höhere Löhne oder soziale Verbesserungen gegenübergestellt. Die Bemühungen um die Bildung einer Einheitsorganisation wurden von den westlichen Alliierten und ihren Agenten zerschlagen. Auch das Prinzip „Eine Branche – eine Gewerkschaft“ ist zunehmend aufgegeben worden (vgl. IG-Chemie schließt jährlich über 800 Tarifverträge ab).

Wichtig waren, wie z.B. die Mineralöl-, Kautschuk (Gummi), Abba- oder Kunststoffindustrie, sind schon lange aus dem allgemeinen Chemie-Tarifverhandlungen „ausgegliedert“ worden.

Im Chemiestreik 71 zeigte sich für die Masse der streikenden Kollegen die eigene Schwäche gegenüber den Kapitalisten – ein Ergebnis der Zersplitterungspolitik der Gewerkschaftsführung. Die unterwerfliche „Gewerkschaftsführung“ konnte die Kapitalisten nicht erschrecken, die „Schlammstrategie“ Bayer, Hoechst und BASF aufreihen nicht misserfolg. In diesen 3 Konzernen sind allein 1/3 der gesamten Chemiestreikkräfte konzentriert, etwa 200.000 Kollegen. Ein gewisses Potential, das die Kapitalisten durch einen Streik empfindlich hätte treffen können. Das lag jedoch wieder im Interesse dieser Konzerne, noch im Interesse der Gewerkschaftsführung, die die kurzfristig auftauchende Streikbereitschaft eines Teils der Belegschaft bei Bayer oder Hoechst

Die Belegschaften dieser Betriebe zu „betriebl.“ ist die Ziel von Kapitalisten und Gewerkschaftsführung seit 1945.

Um Streiks und „Unruhen“ auf ein Minimum zu begrenzen zahlen die Kapitalisten dort überhöhten Zulagen von 30-50 %! Mit Wohnwohnungen und Werkkrediten werden viele Kollegen noch enger an das Unternehmen gebunden.

Die Gewerkschaftsführung hat kaum Anstrengungen gemacht, den Aufbau antikapitalistischer (betriebslicher) Vertrauensstrukturen in diesen Konzernen zu verhindern.

Die Aufgaben der „betrieblichen Vertrauensleute“ werden von Gewerkschaftsführung und Betriebsrat festgelegt. Die Vertrauensleute haben die „Verbindung“ zwischen Belegschaft und Betriebsverwaltung herzustellen. Sie sind also keine Interessenvertretung der Kollegen, sondern ein verlängerter Arm der Gewerkschaftsführung. Nach diesem Prinzip werden auch die „Arbeitsvertragsstellen“ im Nest Reich aufgebaut.

Die Belegschaften dieser Betriebe werden von jenen gewerkschaftlichen Kämpfen ausgeschlossen. 2. stellt die Gewerkschaftsführung in den jeweiligen Betrieben (Hoechst, Hoechst, Nordhorn Bayer Rheinland/Platz BASF) damit niedrige Forderungen auf, daß sich aus der Sicht des Kollegen ein Kampf dafür „nicht lohnt“. Sie bekommen es seit Jahren viel höhere Löhne.

BASF schlägt gemäß einer Vereinbarung mit der IG-Chemie automatisch 5 % auf jede Tarifherhöhung auf.

Was ist das andere „betriebsnahe Tarifpolitik“ an den strategisch entscheidenden Stellen? Im Gegensatz zu den Interessen (nicht) Vermeidung der „betriebsnahen Tarifpolitik“ hat dies jedoch nicht zu einer Beseitigung der Kampflosigkeit geführt, sondern zur „Befriedung“ der Belegschaften.

Forts. nächste Seite



Tarifkampf 1971 in der Chemiebranche

Chemikerkongress während des Streiks

März 1971

einheitliches Vorgehen der Arbeiter immer schwieriger werden (ist und ist somit mögliche Abwehrkämpfe der Arbeiter von Betrieb zu Betrieb von Abteilung zu Abteilung leichter abfertigen können).

Durch eine betriebsnahe Regelung der Arbeitsbedingungen, der Löhne und Gehälter kann außerdem optimal auf die unterschiedlichen Produktionsbedingungen und die jeweilige Profitrate der einzelnen Monopolkapitalisten eingegangen werden.

## Mehr Arbeitsleistung – weniger Lohn

Ein weiterer „Vorteil“ der „betriebsnahen Tarifpolitik“ soll der „Abbau der Differenz zwischen tariflich vereinbarten und tatsächlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen“ sein.

Gerade diese Differenz die Tatsache also, daß die Gewerkschaftsführung die von den Kapitalisten tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter nicht tariflich abschützt, sondern die Tarife maßlos beträchtlich unter den tatsächlich gezahlten Löhnen und Gehältern immer wieder kassiert.

Darin liegt eine ausgeklügelte Taktik der Gewerkschaftsführung. Sie läßt den Kapitalisten bewusst einen „eingepaarten Spielraum“, damit diese je nach Konjunktur bzw. Profitlage je nach Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften und je nach größer oder geringer Kampfkraft der Belegschaften Möglichkeiten zu Lohnmanipulationen



Erster ist es jedenfalls gelungen, die Kollegen in diesen Kämpfen als politischen Faktor zu „Anführer“ der Gewerkschaftsbewegung auszusuchen.

Betriebe wie Merck/Darmstadt oder Clouth, Köln, die eine gewisse Kampferkennung behaupten konnten, müssen im Zuge der Durchsetzung „betrieblicher Tarifpolitik“ ebenfalls als Anführer von Streikbewegungen ausgeschaltet werden.

Die Bedeutung der Großbetriebe für die Entfaltung der Gewerkschaftsbewegung scheint ein Kollege (Mitglied des Vertrauenskörpers von Merck) auf dem letzten Gewerkschaftstag an.

Er forderte eine Tarifpolitik, bei der sich die gewerkschaftlichen Forderungen mit den Tarifverhandlungen an solchen Betrieben orientieren, die an der Spitze der Lohnskala in jeweiligen Bereich stehen. Ziel müsse sein, allen Kollegen auch in kleineren Betrieben die Vorteile zu verschaffen, die in den Großbetrieben erreicht worden sind.

Denjenigen, die ein Geschrei erheben, weil dann angeblich die kleineren Betriebe platzen würden, erklärte dieser Kollege: „Die sollte einfach unsere Antwort sein. Wir haben kein Interesse daran, dass eine Konzentration zu verhindern, wenn gleichzeitig unsere Bewegung in diesen Betrieben mitwächst. Denn ich habe kein Interesse an einer Stabilisierung des Kapitalismus, sondern an einer Stärkung der Gewerkschaftsbewegung.“

Er nahm damit eindeutig Stellung gegen eine „betriebliche Tarifpolitik“, deren Ziel ja gerade die „Anpassung“ (d.h. Unterordnung) der Löhne und Gehälter an die Profitlage des einzelnen Unternehmens und die Zersplitterung gewerkschaftlicher Kämpfe ist.

Das „Risiko“, das auch von Seiten der Gewerkschaftsführung häufig aus der Gewerkschaftsgründung wird, nämlich bei zu hohen Lohnforderungen kleinere Betriebe dicht machen und die Kollegen auf die Straße ließen, liegt ja nicht am Kampf der Kollegen, sondern ist im kapitalistischen System selbst begründet, d.h. in der Konkurrenz der Kapitalisten untereinander. Die zunehmende Konzentration des Kapitals, in deren Zuge auch immer mehr Kapitalisten aufgeben müssen und platzen, kann nicht durch „Wohlfürsorgen“ der Arbeiter begrenzt werden – wie es die Gewerkschaftsführung immer wieder demagogisch unterstellen. Massives und kämpferisches Auftreten der Arbeiterklasse kann dagegen die Gefahr eindämmen, dass die negativen Auswirkungen dieses Prozesses einseitig auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden. Die Möglichkeit dazu wird allerdings durch die weitere Zersplitterung der Arbeiterklasse, wie sie von den Gewerkschaftsführern mit ihrem Konzept der „betrieblichen Tarifpolitik“ anvisiert wird, weiter erschwert.

### Eine schlechte Ware will gut verkauft werden

Die Verpackungen, in denen die „betriebliche Tarifpolitik“ den Kollegen angeboten wird, sind bunt und verführerisch.

Ein „volkstümliches“ Argument der Gewerkschaftsführung ist der Spatz in der Hand (es besser als die Taube auf dem Dach). Also in einem Haustiervertrag, kann jeder Betrieb angeblich das rausheulen, was an Kampfstärke in der Belegschaft...

Während bei regionalen Verhandlungen – so argumentiert die Gewerkschaftsführung weiter – es immer Betriebe gibt, die nicht mitziehen, und die dann auf die Ergebnisse drücken. Bismarck wir uns im Chemiestrick 71 wurde den Kollegen in Hamburg erzählt, die Streikfront in Hessen bröckelte bereits ab, die Kollegen wären nicht mehr erzielbar.

regionale Gewerkschaftsführung durchzusetzen. Sie wären darüber hinaus dafür zuständig, die Einhaltung dieser Abkommen zu überwachen.“ (E. Schmidt Artikel zur „betrieblichen Tarifpolitik“ in „Gewerkschaften und Klassenkampf“). Hervorhebungen von uns – (d. Red.)

Herr Schmidt benutzt in seinem Ausfüh-



Streik bei Texaco 1971

„ig. Den Kollegen in Hessen wurde erzählt, die Betriebe in Hamburg wollten nicht mehr weiterziehen. Beide stimmen nicht sollte aber Unsicherheit verbreiten. Mit dem „Argument“ vom „Abbröckeln der Streikfront“ bemühte sich die Gewerkschaftsführung dann im nachhinein, den Kollegen den mirren Abschied zu verkaufen. Es war also gar nicht so, daß die „streikenden“ Kollegen das Verhandlungsangebot gedreht hätten, sondern die verhandelnden Herren Gewerkschaftsführer und den streikenden Kollegen in den Rücken gefahren.

Bei betrieblichen Verhandlungen soll das aber ganz anders werden.

Das Argument, mit dem gerade fortschrittliche und kritische Kollegen für „betriebliche Tarifpolitik“ eingefangen werden sollen heißt: „betriebliche Tarifpolitik“ ist kämpferische Tarifpolitik, bedeutet mehr Einfluß der Mitglieder und Vertrauensleute auf die Auseinandersetzung mit dem Kapitalisten.

Dieses Argument wird besonders gern von „linken“ Gewerkschaften und SPD-Ten vorgebracht.

Sehen wir uns einige wichtige Argumente eines besonders „linken“ Vertreters dieser Richtung an.

Eberhard Schmidt, Redakteur „linken“-zeitschriftlicher Zeitungen wie „express“ oder „national“ seit neuestem „Express“ – des weiteren Mitarbeiter beim „Sozialistischen Büro“ in Offenbach und Autor linkspopulärer Gewerkschaftsbücher wie „Gewerkschaft als Ordnungsfaktor oder Gegenmacht“ schreibt:

„Betriebliche Tarifkommissionen, in denen Betriebsratsmitglieder, Vertrauensleute und andere Gewerkschaftsmitglieder vertreten wären, hätten Forderungen auszuhandeln, die konkret auf die betriebliche Situation zugeschnitten wären, ... sie in Zusammenarbeit mit der betrieblichen

den Möglichkeitenform wie ein Kind, das träumt. Schön wäre es, wenn ... Nicht umsonst Herr Schmidt weiß als intimer Kenner der Gewerkschaften genau, daß es hierher in der Wirklichkeit anders aussieht. Das „Zusammenarbeiten“ mit der Gewerkschaftsführung Unterordnung der Interessen der Kollegen unter die der Kapitalisten bedeutet.

Die Gewerkschaftsführung überläßt es solchen Täuschern und Spekulanten natürlich gern, derartige Illusionen in der Arbeiterklasse zu verbreiten.

Folgen wir den Spekulationen weiter: „Die Beteiligung der Mitglieder an den betrieblichen Auseinandersetzungen“ wäre einmal durch die Möglichkeit der wirksamen Kontrolle ihrer Vertreter in der betrieblichen Tarifkommission gesichert (in der Regel Vertrauensleute) und zum anderen verstärkt durch die von den unmittelbaren Befürwortern und Erfahrungen des einzelnen Arbeiters und Arbeitsgruppe abgeleitet bei Forderungen.

Auch hier wieder nichts als Träume und Illusionen. Schmidt verschweigt bewußt die Erfahrungen, die bereits in der Wirklichkeit mit betrieblichen Tarifkommissionen gemacht wurden.

Am Beispiel der Klöcknerhütte Bremen können wir sehen, daß diese Erwartungen auch nur erlösend in Erfüllung gegangen sind.

Klöckner hat eine eigene Tarifkommission, die vom Vertrauenskörper „kontrolliert“ wird. Dieses Jahr beschloß diese Tarifkommission einstimmig eine Forderung nach Erhöhung des Stundenlohns der Arbeiter um 90 Pfg. und eine Gehaltssteigerung für die Angestellten um 16,5 %. Diese Forderung blieb jedoch ohne jede Bedeutung für die Klöcknerkollegen. Kattschied wurde sie vom IG-Metall-Vorstand auf 1 % zurückgesetzt und damit dem „allgemeinen“

Forderungenniveau „angepaßt“.

Gerade dieser Vorfall, der jede Menge Parallelen hat, zeigt, daß unabhängig von betrieblicher oder regionaler Verhandlungsführung die Gewerkschaftsführung allein und unabhängig von den Kollegen die Forderungen festsetzt. Es ist die Gewerkschaftsführung, die den gewerkschaftlichen Kampf immer wieder sabotiert, die von den Arbeitern aufgestellten Forderungen mißachtet und die Niedrigsten der Kollegen organisiert.

Schmidt selbst sieht durchaus die Tatsache, daß es den westdeutschen Arbeitern bisher nicht gelungen ist, die kapitalistische Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung zu durchbrechen. Schmidt selbst preist daher seine Wunschvorstellung um „betriebliche Tarifpolitik“ als Voraussetzung dafür an, die Kampfkraft der Arbeiter zu vergrößern, nach dem Motto: „Wenn wir die „betriebliche Tarifpolitik“ erst einmal haben, dann aber ...

Andererseits muß er zugaben, daß eine gut gemeinte „spezifische“ Vorstellungen von „betrieblicher Tarifpolitik“, die eine entscheidende Einschränkung der Macht der Gewerkschaftsführung zugunsten der Arbeiter bedeuten würden, nicht ohne Kampf erreicht werden können.

Auch in der Bundesrepublik wird sich die betriebliche Tarifpolitik nie gegen den harten Widerstand der Arbeitgeber und von Teilen (??) der Gewerkschaftsführung durchsetzen lassen.“ („Gewerkschaften und Klassenkampf“, Artikel zur „betrieblichen Tarifpolitik“).

Und woher sollen die Arbeiter die Kampfkraft nehmen, den „harten Widerstand“ der Arbeitgeber und der Gewerkschaftsführung zu brechen? Schmidt kann es nicht verraten.

Tatsächlich hat Schmidt Voraussetzung und Folge miteinander verwechselt. Was tatsächlich nur Folge, d.h. Ergebnis harter Klassenauseinandersetzungen sein können, die die Arbeiter zu ihren Gunsten entscheiden müßten, versucht Schmidt als Voraussetzung solcher Klassenauseinandersetzungen den Kollegen aufzuwickeln.

Schmidt's Wunschkrämer von „betrieblicher Tarifpolitik“ laufen auf eine weitgehende „Entmachtung“ der Gewerkschaftsführung hinaus. Die Kontrolle über die Klasse durch die Gewerkschaftsführung ist aber tatsächlich eine entscheidende Existenzbedingung des ganzen kapitalistischen Gesellschaftssystems. Um zu einer solchen „Entmachtung“ der Gewerkschaftsführung zu kommen, muß die Arbeiterklasse ungeheure Anstrengungen unternehmen, zu denen sie heute einfach noch nicht in der Lage ist.

Wenn es aber soweit sein sollte, wird sie mit Sicherheit nicht bereit sein, ihre Kraft für die Verwirklichung von Schmidt'schen Wunschträumen einzusetzen. Dann werden ganz andere Aufgaben für die Arbeiterklasse auf der Tagesordnung stehen.

Schmidt verspricht den Arbeitern mit seinen „spezifischen“ Spekulationen zur „betrieblichen Tarifpolitik“, „direkten und unmittelbaren Einfluß“ in den Lohnkämpfen und sonstigen Klassenauseinandersetzungen. Da er nicht angeben kann, wie die Arbeiterklasse dies gegen den „harten Widerstand“ der Arbeitgeber und der Gewerkschaftsführung durchsetzen kann, sind seine gesamte Überlegungen zu diesem Thema allgemein gesehen – hinfällig. Im besonderen antwortet sich der demagogische Charakter

seiner Überlegungen dadurch, daß er seine Konzeption mit Hilfe eines Teils (II) der gewerkschaftlichen durchsetzen will, der es überhaupt nicht um die eigene „Entmachtung“ geht, sondern um die Verwirklichung des kapitalistischen Systems.

Schmidt wuschelt auch das Gesetz der Kapitalisten gegen die „betriebliche Tarifpolitik“ in ein Argument dafür um. Er geht mit der oberflächlichen Logik davon aus, daß die Kapitalisten so sehr dagegen sind, dann muß das für die Arbeiter gut sein. Damit läßt er aber auf eine bewährte Taktik der Kapitalisten herein. Diese „wettren“ auch gegen die „perilöseste Mißbestimmung“. Eine von ihnen selbst in Auftrag gegebene Analyse der „paritätischen Mißbestimmung“ in der Montanindustrie der sog. „Bleichen-Bereich“ hat dagegen klar ergeben, daß sich die „paritätische Mißbestimmung“ als politischer „Stabilisierungsfaktor“ im Sinne der Kapitalisten bewährt hat.

Auch der „harte Widerstand“ der Kapitalisten gegen die „betriebliche Tarifpolitik“ hat vor allem die Funktion, der Gewerkschaftsführung die Verhinderung dieses Kongresses im Interesse der Arbeiterklasse zu erleichtern. Es handelt sich hier um ein Spiel mit verteilten Rollen zwischen Kapitalisten Verbänden und Gewerkschaftsführung.

Auch die „Richtungskämpfe“ zwischen „rechten“ und „linken“ Gewerkschaftsführern haben nur die Funktion, der Arbeiterklasse „Ausnanderstellungen um Grundsatzen“ vorzuschauen, während es sich in Wahrheit das höchste um unterschiedliche Ansichten in taktischen Detailsfragen.

Schmidt sitzt hier einem Schlingensiefel auf und trägt meistens dazu bei, dieses Schlingensiefel um eine besondere „linke“ Nuance zu bereichern.

Die DKP schweigt im wesentlichen von der Frage der „betrieblichen Tarifpolitik“. Uns ist nicht eine einzige Stellungnahme bekannt. Das ist für eine Partei, die sich immer als die „einzige Partei der Arbeiterklasse“ darstellt, vordringlich verwunderlich. Scheinbar hat die DKP-Führung noch Hemmungen, ein derart arbeiterfeindliches Konzept der westdeutschen Arbeiterklasse anzupreisen. Andererseits ist sie in bekannter Manier die Öffentliche Kritik an Zielen und Vorgehens der Gewerkschaftsführung. Dem Konflikt antizipiert sie sich durch Schweigen.

Im letzten ARBEITERKAMPF hatten wir am Ende des Artikels „Gegen-offensive der Rechten bei Merck, Darmstadt“ angekündigt, daß wir in dieser Nummer auf einige allgemeine Fragen kommunistischer Betriebe und Gewerkschaftsarbeit eingehen wollten. Der Artikel sollte die Überschrift „Merck als Vorbild?“ haben und sich besonders mit einer Tendenz, die fortwährende Arbeit der Merck-Vertrauensleute kritisch zu übernehmen, auseinandersetzen. Die Überlegungen, die zu diesem Artikel gemacht wurden, überschritten sich weitgehend mit einem Teil des Artikels „Schritt halten“ in dieser Nummer, so daß es zweckmäßig schien, keinen extra Artikel zu machen, sondern diese Gedanken dort miteingehen zu lassen.

AK-Redaktion



Demonstration der streikenden Akkordarbeiter von Hufbeck und Furst durch Velbert am 2. Feb. 1973

Soll mehr als drei Wochen streiken die 180 Akkordarbeiter der Firma Hufbeck und Furst (Huf) in Velbert. Statt der 8,5 % Erhöhung sollten es nur 6,5 % erhalten. Begründung der Unternehmensleitung: die Akkordarbeiter verdienen sowieso schon genug. Dieser erste Streik seit 19 Jahren bei Huf verlief sehr solidarisch. Die 50 ausländischen Arbeiterinnen schlossen sich an. Obwohl sie die 8,5 % erhalten. Mehrfach kam es zu Demonstrationen in Velbert an denen sich auch Arbeiter aus anderen Betrieben und Nicht-Streikende der 1600 Mann-Betriebe beteiligten (die größte hatte etwa 400 Teilnehmer). In allen Abteilungen von Huf wurden Spendenaktionen zur Unterstützung der Streikenden gestartet. Mehr als 100 Solidaritätsadressen aus anderen Betrieben und von Gewerkschaftsorganisationen trafen ein. Nach zwei Wochen macht die Unternehmensleitung ihr erstes Angebot, nachdem sie vorher mit allen Mitteln versucht hatte, mit Klagen wegen Hausfriedensbruch Streichung des Versicherungsschutzes und Presurage der Namen der Streikenden an das Arbeitsamt, die Aktion zu verbieten. 7,5 % und Bezahlung von drei Streiktagen wurden angeboten. Die Streikenden lehnten ab. Sie fordern 8,5 % und Bezahlung der vollen Streikzeit. (Der Streik dauert noch an.)

## Indianermorde in Lateinamerika

Aus Paraguay wurden kürzlich Berichte über die systematische Ausrottung eines ganzen Indianerstammes bekannt. Solche Vorfälle sind keine Seltenheit in Lateinamerika. Vor einiger Zeit wurde in Brasilien mit Napalm vergifteten Lebensmitteln, Lepra und Pockeninfektionen gegen die Eingeborenen vorgegangen.

Wer hat ein Interesse an dieser planmäßigen Vernichtung von Menschen und wer betreibt sie?

Zum einen stehen die Indianer den Interessen der Großgrundbesitzer im Wege. Diese haben z.B. in Paraguay das Recht, das für die Indianer reservierte Staatsland in ihren Besitz zu übernehmen, sobald kein Indianer mehr darauf lebt und es bereits landwirtschaftlich genutzt wird. So schickten verschiedene Großgrundbesitzer Paraguays im Laufe der letzten Jahre mehrere „Expeditionen“ zur systematischen Mordtötung aus.

Hunderte von Indianern wurden ermordet oder in Reservat gesteckt, wo sie an Unterernährung oder Krankheiten starben – ihre Kinder wurden als Hausdiener aufgezogen oder verkauft.

Die einheimischen Regierungen unternehmen nichts gegen diesen planmäßigen Völkermord. Allenfalls werden – wie zur Zeit in Brasilien – zur moralischen Rechtfertigung einige Gesetze zum „Schutz der Eingeborenen“

erlassen, deren Anwendung und Durchführung sogar die bürgerliche Presse bezweifelt.

Dieses Vorgehen entspricht zugleich imperialistischen Interessen. Für die Ausdehnung und Neuansiedlung imperialistischer Unternehmen in Südamerika wird das Land der Eingeborenen gebraucht und rücksichtslos genutzt. So wird zur Zeit in Brasilien mit der Erschließung der Amazonas-Wälder durch „multinationale Konzerne“ begonnen, ein Projekt, das den Lebensraum der Indianer und damit ihre Existenzmöglichkeit völlig vernichtet. Zur Rechtfertigung beschwört die bürgerliche Presse den bedauerlichen, aber unvermeidlichen Widerspruch zwischen „fortschrittlicher Zivilisation“ und der „Steinzeitkultur“ der Eingeborenen.

Es ist richtig, daß die Industrialisierung der Länder Südamerikas unabdingbar Vorrang haben muß vor den unmittelbaren Interessen der Indianer. Aber hier wird die Industrialisierung ohne Rücksicht auf die Interessen der betroffenen Völker von den imperialistischen Betrieben, die sich dabei auch nicht mit der Frage nach einer alternativen Eingliederung der Eingeborenen aufhalten, „fortschreitende Zivilisation“ heißt. Hier nichts anderes als der verstärkte Ausbau der Profitgier der Imperialisten in Lateinamerika und brutale Unterdrückung der betroffenen Menschen.



# Amilcar Cabral ermordet

Am Abend des 20. Januar wurde Amilcar Cabral, der Gründer und Führer der PAIGC von einem Reiter erschossen. Die PAIGC kämpft für die Befreiung der portugiesischen Kolonie Guinea/Bissau. Cap Verde. Mit der Ermordung Cabrals ist es den Imperialisten und ihren Helfern endlich gelungen, einen hervorragenden Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus hinterhältig auszuschalten. 1969 ließ der portugiesische Geheimdienst Edua do Mondeane den damaligen Führer der Befreiungsfront Mambik's (FRELIMO) durch eine Paketbombe ermorden.

Unter der Führung Cabrals begann die PAIGC am 3. August 1963 nach gründlicher Vorbereitung mit kleineren Sabotage Aktionen gegen den portugiesischen Kolonialismus. Genau zwei Jahre vorher hatten die Hafenarbeiter von Pignatim in Guinea Bissau gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen und für höhere Löhne gestreikt. Die Kolonialherren ließen den Streik durch Soldaten niederschlagen, wobei 50 Arbeiter ermordet wurden.



Der Befreiungskampf des Volkes

von Guinea-Bissau hat seit her große politische, wirtschaftliche und militärische Fortschritte gemacht.

Schon jetzt sind zwei Drittel Guinea-Bissaus befreit, unter der Leitung der PAIGC wird dort eine sozialistische Gesellschaft aufgebaut.

„Sobald der Feind die Kontrolle über ein Gebiet verloren hat arbeitet die Partei unter dem Volk darauf hin, daß jeder portugiesische Versuch, die Macht zurückzuerlangen, von einem wirklichen Massenaufruf des Volkes geantwortet wird, das unwillkürlich für ein Leben ohne portugiesische Herrschaft gewonnen ist. Das ist der Grund, weshalb der Feind gezwungen wurde bestimmte Gebiete für immer aufzugeben. Der neue Wiederaufbau beginnt mit der Aufrechterhaltung der Produktion, was bedeutet, das Volk in

## Große gesellschaftliche Veränderungen

Da es den Kolonialisten nur darum ging, große Profite aus Afrika herauszu pressen, zwangen sie die Bauern mit brutaler Gewalt, in riesigen Monokulturen zu arbeiten. In diesen Farmen mußten sie ausschließlich Pflanzen anbauen, deren Verkauf den Kolonialherren hohe Profite brachte (wie z.B. Baumwolle). Was produziert wurde, schickte sich nicht nach den Bedürfnissen des Volkes von Guinea Bissau, sondern nach den Profitinteressen der Kolonialherren.

In den befreiten Gebieten dagegen wurden die Monokulturen abgeschafft. Die Landwirtschaft dort hat die Aufgabe, Nahrungsmittel zu produzieren, um Hunger und Unterernährung, die eine typische Folge des Kolonialismus sind, erfolgreich zu bekämpfen. Die PAIGC führt überall neue Nutzungsformen und auch die Viehhaltung ein, die den Bauern unter der Kolonialherrschaft meist unbekannt waren. Das Volk entwickelt gemeinschaftliche Produktionsmethoden und macht derartige Fortschritte, daß heute sogar landwirtschaftliche Produkte aus den befreiten Gebieten exportiert werden.

Gleichzeitig hat das Volk die Verwaltung in den befreiten Gebieten Guinea-Bissaus übernommen. Die Grundsteinen der Verwaltung und Komitees, die in jedem Dorf gewählt werden, sie bestehen aus jeweils fünf Mitgliedern, von denen mindestens zwei Frauen sein müssen. Mit Hilfe dieser Komitees organisiert die Bevölkerung sämtliche lokalen Angelegenheiten, wie z.B. Entlohnung, Dorfversammlungen, die Sitzungen der gewählten Volksversammlungen, den Nachschub für die Streitkräfte, die Verteilung ihres Lohns, die Ratung und Todesfälle genauso registriert wie der Umfang der Ernte, die Bewegungen des Feindes und die Ergebnisse der politischen Diskussionen im Dorf.

Die starke Beteiligung des Volkes an der Selbstverwaltung zeugt von dem hohen politischen Niveau, das während des Kampfes erreicht wurde. Nur weil die Menschen jeden Tag erfahren, daß der Befreiungskampf ihre Lage ent-

scheidend verbessert, sind sie entschlossen, das Freileben zu verteidigen und ihre Anstrengungen zu verstärken, um den Volkskrieg bis zum Sieg zu führen. Diese Einheit von Armee und Volk ist unschlagbar. Obwohl bei einer Bevölkerung von nur einer Million in Guinea-Bissau 40.000 portugiesische Soldaten stationiert sind, eridet der Kolonialismus dort eine Niederlage nach der anderen.

## Aggression und Terror

Um ihren sicheren Untergang aufzuhalten, ist den Imperialisten jedes Mittel recht.

Zunächst wollen sie durch Drohungen und direkte militärische Aggression die unabhängigen Nachbarstaaten von

deutsche Imperialismus beteiligt war. Die Untersuchung der UNO hat ergeben, daß dieser Überfall nicht nur dazu dienen sollte, mit Hilfe kontrevolutionärer Elemente die anti-imperialistische Regierung der Republik Guinea zu stürzen, sondern daß der portugiesische Geheimdienst schon damals versuchte, gleichzeitig Amilcar Cabral, der sich in der Republik Guinea aufhielt, ermorden zu lassen. Nur durch einen Zufall entging Cabral damals seinem Mordern.

Zum zweiten steigern die Kolonialherren den Terror gegen das Volk von Guinea Bissau und versuchen mit Na-

Die Ermordung Cabrals wird von den anti-imperialistischen Menschen nicht nur in Afrika beklagt, diese feige Tat der Imperialisten wird aber den Befreiungskampf nicht aufhalten können, sondern den Haß der Massen gegen den Kolonialismus nur noch steigern.

## Heuchelei der Mord-Komplizen

Angesichts des weltweiten Empörung über das Attentat sah sich auch die Bundesregierung genötigt, die Ermordung Cabrals „mit Bestürzung“ zu



Der anti-imperialistische Befreiungskampf muß auch die afrikanische Frau befreien. In den Dorfkomitees der befreiten Gebiete von Guinea Bissau müssen mindestens zwei von fünf Mitgliedern Frauen sein.

palmbomben und chemischen Kampf mittels jedes Leben in den befreiten Gebieten auszulöschen. Außerdem wird die Bevölkerung der noch umkämpften Gebiete „zum Schutz vor Terroristen“ in scharf bewachte Lager gesperrt, damit sie keinen Kontakt zur PAIGC aufnehmen kann. Diese Methode stützt sich auf die Erfahrungen, die die US-Imperialisten in Vietnam mit den sogenannten „Wehrdörfern“ gesammelt haben. Allerdings haben die US-Imperialisten mit den „Wehrdörfern“ die Ausbreitung des Volkskrieges nicht verhindern können, und den portugiesischen Kolonialherren in Afrika ergibt es ebenso.

Die USA versuchen die Kolonialisten neben der Anwendung brutaler Gewalt das Volk mit Versprechungen und scheinbaren Zugeständnissen zu täuschen. So werden in Rahmen der „psychologischen Kriegführung“ außer Bomben tausende von Flugblättern über den befreiten Gebieten abgeworfen, die dem Volk eine glückliche Zukunft unter portugiesischer Herrschaft vorzudeuten wollen.

In jenen Gebieten, die die Kolonialherren noch besetzt halten, steigern sie die politische Unterdrückung und die wirtschaftliche Ausbeutung, um noch mehr als bisher aus den Kolonien herauszuquetschen, denn die portugiesischen Kriegskosten steigen von Tag zu Tag.

Aber das Volk weiß, wofür es kämpft und läßt sich weder durch Terror noch durch Verlockungen von seinen Zielen abbringen. Der Befreiungskampf ist inzwischen schon soweit fortgeschritten, daß Amilcar Cabral im letzten Jahr vor der UNO die einseitige Unabhängigkeitserklärung Guinea-Bissaus für 1973 ankündigen konnte. Das Volk wird dann eine Nationalversammlung wählen, die aus 120 Delegierten bestehen soll. Die Bildung dieser Regierung, die nicht irgendwo im Exil, sondern in den befreiten Gebieten Guinea-Bissaus arbeiten soll, wäre ein weiteres nichtbares Zeichen der Niederlage des portugiesischen Kolonialismus.



Von den Portugiesen ermordet. Amilcar Cabral, Führer der Befreiungsorganisation von Guinea Bissau (Cap Verde).

flugzeuge, Transport-Flugzeuge zum Einsatz von Fallschirmjägern in den Kolonien. Korvetten (Schiffe, die vor allem zum Einsatz in den flachen Küstengewässern Guinea-Bissaus bestimmt sind, die Korvetten wurden bei Blohm & Voß in Hamburg gebaut) Schnellfeuer-Gewehre, Mörser, etc.

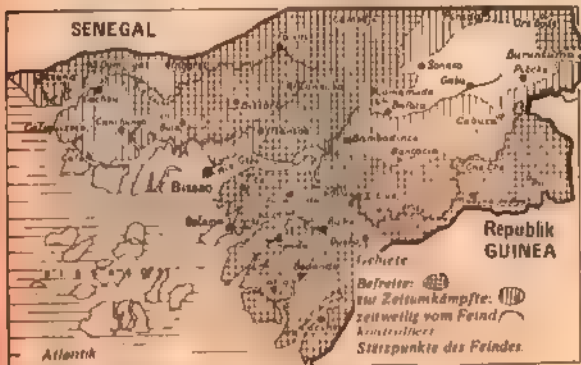
Portugal selbst ist ein „unterentwickeltes“ Land. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 2.000 Mark im Jahr gehört es zu den ärmsten Ländern in Europa. Der Lebensstandard des portugiesischen Volkes ist niedriger als z.B. der in Mexiko. Portugal gibt fast 50% seines Staatshaushalts für die Kolonialkriege in Afrika aus. „Die herrschende Klasse Portugals konnte nicht selbst unser Land befreien, wenn sie nicht vom Welt-Imperialismus unterstützt wurde, von den USA, von der Bundesrepublik Deutschland und anderen“ (Amilcar Cabral).

Portugals Kolonialkriege werden von den Imperialisten, an erster Stelle von den USA und der BRD, hauptsächlich ermöglicht. Sie unterstützen diese Kriege, weil der portugiesische Kolonialismus ihre Interessen in Afrika vertritt. Die westlichen Imperialisten haben Geld in den afrikanischen Kolonien Portugals investiert. Krupp ist an der Ausbeutung der Eisenerzvorkommen in der Kolonie Angola beteiligt, westdeutsche Firmen arbeiten am Standort von Cabora Bassa in Mosambik.

Aber die Situation zwingt die westdeutschen Imperialisten, „zweigleisig“ zu fahren. Denn sie wollen ja auch mit der unabhängigen anti-imperialistischen Bewegung in Afrika

„wenn afrikanische Arbeiter ihren Robustoff ausbeuten, Geld investieren etc.“ Die Imperialisten müssen sich sogar auf eine Lage vorbereiten, wo die Macht Portugals in seinen Kolonien gebrochen sein wird, wo die Imperialisten es auch dort mit unabhängigen Regierungen zu tun haben werden.

Deshalb verurteilt die Bundesregierung Taten wie die Ermordung Cabrals, sucht ihre Komplizenschaft mit den portugiesischen Kolonialherren zu verbergen, „unterstützt“ sogar in Worten das Unabhängigkeitsstreben der afrikanischen Völker. Aber eine Heuchelei kann nicht die Tatsache verdecken, daß die BRD-Imperialisten zu den unantastbaren Hintermännern des Mordes an Amilcar Cabral gehört.



den befreiten Gebieten bei seiner täglichen Arbeit zu schützen, Volksräte zu organisieren, Grundbesitzerbesitze zu befrachten, Krankenhäuser zu bauen und das Volk zu erziehen.“ Überliefert einer FRELIMO-Delegation über einen Besuch in Guinea-Bissau.

Guinea-Bissau zwingen, den Befreiungskampf nicht mehr zu unterstützen. Das bewussten verschiedene Angriffe gegen Senegal und die geschlossenen portugiesischen Invasion gegen die Republik Guinea im November 1970, an deren Organisation auch der west-



Drei Soldaten der portugiesischen Kolonialtruppen sind zu den Befreiungs-Streitkräften übergelaufen und haben ihre Waffen mitgebracht: ein 60-mm-Mörser (aus USA), eine Maschinengewehr G-3 (aus der BRD), eine Maschine mit 12-Walter (aus der BRD) sowie ein Funkgerät (aus Südafrika). Alle Ausrüstungsgegenstände sind von den Komplizen des portugiesischen Kolonialismus geliefert worden!



## ISRAEL

# Kaltblütiger Mord

Israelische Jagdflugzeuge haben am 21. Februar über der Halbinsel Sinai eine mit 104 Passagieren und neuen Besatzungsmitgliedern besetzte Maschine der zivilen Luftfahrt abgeschossen, die sich auf dem Flug von Tripolis (Libyen) nach Kairo befand. Mindestens 92 Menschen starben beim Absturz. Das ist der verheerendste Anschlag, der bisher gegen die zivile Luftfahrt begangen wurde.

Zwölf Stunden zuvor hatten israelische Truppen zwei Flüchtlingslager im Nord libanesischen überfallen. Im Schutze der Dunkelheit waren israelische Kriegsschiffe an der libanesischen Küste gelandet, Stoßtrupps drangen in die Lager ein und töteten oder verletzten eine größere Zahl palästinensischer Flüchtlinge.

Beide Verbrechen stehen nicht nur zeitlich, sondern auch sachlich in engem Zusammenhang.

Nachdem in Vietnam und Laos ein Waffenstillstand zustande gekommen ist, sollten jetzt auch durch Vermittlung der USA und der Sowjetunion in Nahost Friedensverhandlungen eingeleitet werden. Diese Verhandlungen wollen die extremsten Scharfmacher in Israel, vor allem die Kräfte in der Armee und im Geheimdienst, durch provokatorische und grausame Verbrechen durchkreuzen. Ohne wollen die Großmächte die Friedensverhandlungen über den Nahen Osten zu führen, daß es Israel gestattet worden wäre, große Teile der geraubten Gebiete zu behalten. Das wäre aber den extremsten Scharfmachern Israels noch nicht genug, sie wollen alles behalten, und suchen zugleich nach Vorwänden, um neue Raubzüge zu starten.

Der Abschluß einer Passagier-Maschine, d.h. der kaltblütige Mord an so vielen Menschen, ist beispiellos in der Geschichte der zivilen Luftfahrt. Selbst erklärte Freunde des israelischen Staates haben mit „Entsetzen“ reagiert. Dieses Mysterium ist aber keine „Panne“, sondern folgt demselben Plan wie zwölf Stunden zuvor der Überfall auf den Libanon. Die Gangster-Logik der Herrschenden in Israel wird immer offensichtlicher: ihre Verbrechen immer abscheulicher.

## Großmachträume und „Blitzkrieg“

Der israelische Staat wurde geschaffen, indem mehr als eine Million Palä-

stinen vertrieben wurden, um den einwandernden Juden Platz zu machen. Diese Palästinenser leben bis heute in Flüchtlingslagern und Bondquartieren, wo sie in ihre Heimat zurück. Den Herrschenden Israels reicht das aber noch nicht, Entsprechend ihrer rassistischen Ideologie wollen sie das „Reich Davids und Salomons“ wiederherstellen, ein „Israel vom Nil bis zum Euphrat“ erobern. Das bedeutet fortgesetzte Aggression gegen die arabischen Nachbarn Israels. Nach dem Vorbild von Hitlers Überfall auf die Sowjetunion haben die Israelis 1967

ihren „Blitzkrieg“ geführt. Seither haben sie Gebiete besetzt, die mehr als zweimal so groß sind wie der Staat Israel selbst. Das Bestreben der Herrschenden Israels ist darauf gerichtet, möglichst große Teile der besetzten Gebiete durch Neuansiedlung von jüdischen Einwanderern, starke militärische Stützpunkte etc. fest einzuverleiben. Zum gegebenen Zeitpunkt sind neue Raubzüge geplant.

## „Wiedergutmachung“ – ein Schwindel

Mit diesen Verbrechen ist begründet worden, daß die Regierungen der BRD seit Adenauers Zeiten Milliarden sogenannte „Wiedergutmachung“ gezahlt haben. Diese „Wiedergutmachung“ ist aber nur zum allerkleinsten Teil den wirklich Geschädigten und ihren Angehörigen zugekommen, vielmehr hat die „Wiedergutmachung“ dazu gedient, Israel gegen seine arabischen Nachbarn aufzurufen und seine Raubzüge zu finanzieren. Die angebliche „Wiedergutmachung“ besteht also wesentlich darin, daß die BRD Israel dabei hilft, Verbrechen gegen andere Völker zu begehen. Das ist keine „Wiedergutmachung“, das ist eine direkte Fortsetzung der vom Faschismus begangenen Verbrechen.

Schließlich ist es kein Zufall, daß in der Bundesrepublik die größten Hetzer und Reaktionsäre allen voran Springer, ZDF-Löwenhäut und Franz Josef Strauß die engsten Freunde Israels sind.

Zugleich lassen sich aber viele Menschen wegen der Schuld, die Deutschland in der Zeit des „Nationalsozialismus“ auf sich geladen hat, dazu verleiten, Israel zu unterstützen und zu verteidigen.

Das ist aber eine falsche Schlussfolgerung. Vielmehr kommt es darauf

Nachbarn Israels unerträglich. Ebenso unerträglich ist sie aber für die jüdischen Menschen in Israel selbst, die immer wieder Gefahren ausgesetzt sind und in ständiger Feindschaft mit ihren Nachbarn leben müssen. Der israelische Staat unterdrückt nicht nur die arabischen Einwohner (von denen es in Israel noch einige Hunderttausend gibt) und in den besetzten Gebieten – er diskriminiert z.B. auch die Juden, die aus Nordafrika dem Nahen Osten u.a. eingewandert sind, und die geradezu als „Menschen zweiter Klasse“ in Israel behandelt werden. Immer deutlicher wird aber auch, daß der israelische Staat die breiten Massen der jüdischen Werktätigen im Land unterdrückt und ausbeutet, daß die Kämpfe der jüdischen Werktätigen zunehmen. Der israelische Staat ist nicht nur ein Feind der Palästinenser und Araber, er ist auch ein Feind der Juden selbst.

Das Programm der palästinensischen Befreiungsorganisationen zielt deshalb auf die Schaffung eines Staates, in dem Juden und Palästinenser, ebenso wie bestimmte nationale Minderheiten, ungeachtet ihrer Nationalität und ihres Glaubens gleichberechtigt miteinander leben können.

## Schulstreik in Frankfurt

Am 29. 1. 1973 demonstrierten in Frankfurt ca. 15 000 Schüler und Berufsschüler gegen „Bildungsnotstand“ und numerus clausus. Vorangegangen war ein mehrwöchiger Schulstreik an Gymnasien und einigen kaufmännischen Berufsschulen. Die Protestaktionen richteten sich gegen die Forderung des Frankfurter Universitätspräsidenten Kantzenbach, für das Sommersemester einen totalen Aufnahmestop für zahlreiche Fächer zu verhängen. Zudem hatte Kantzenbach die grundsätzliche Änderung der Bil-

dungspolitik Hessens gefordert, die bislang den Abbau der Zulassungsbeschränkungen als Ziel ausgab.

Eine solche Politik ist ganz im Interesse des Kapitals, denn die Industrie benötigt nur eine begrenzte Zahl von Akademikern. Diese Entwicklung zielt dahin nur noch eine Elite – im Sinne des Kapitals – an den Hochschulen heranzubilden. Damit sinken zugleich die ohnehin schon sehr geringen Bildungschancen der Arbeiterkinder.

X.B./Gruppe Frankfurt

## Bremen

Im ARBEITERKAMPF 25 war von einem „Buchladen des KBB“ in Bremen die Rede. Dieser Buchladen, nämlich „Das Politische Buch“, hat uns durch einen Brief mitgeteilt, daß der Laden nicht dem KBB gehört.

„Das Politische Buch“ ist kein KBB-Laden, wenngleich wir die Linie des KBB für die richtige halten und sie mit unseren Mitteln auch vertreten.“

Wir stellen dies hiermit richtig. In einem anderen Punkt haben uns jedoch die Genossen vom „Politischen Buch“ anscheinend völlig mißverstanden. Wir hatten nicht unterstellt, daß in diesem Buchladen irgendeine direkte Zensur gegen den ARBEITERKAMPF ausgeübt wird. Wir haben allerdings behauptet, daß von der demagogischen Stimmungsmaße der KBB-Führer gegen den ARBEITERKAMPF eine indirekte Zensur ausgeht und daß damit die Aufgabe einer Auseinandersetzung um Strategie und Taktik zwischen den Kommunisten sabotiert wird.

In ihrem Brief haben die Genossen vom „Politischen Buch“ außerdem angekündigt, sie würden wahrscheinlich ihre Bestellung auf den ARBEITERKAMPF (bisher je 80 Stück) weiter einschränken, nachdem der ARBEITERKAMPF von uns regelmäßig in Bremen verkauft wird. Dadurch würden viele Kunden sich den ARBEITERKAMPF schon bei unseren Verkäufen beschaffen, statt im Buchladen.

Inzwischen ist ein zweiter Brief von „Das Politische Buch“ gekommen. Darin werden von AK 24 und 25 jeweils 50 Stück nachbestellt. Aus dem Brief geht hervor, daß diese Exemplare für die Mitglieder des KBB bestimmt sind. Bisher war es so, daß viele Genossen des KBB Vorurteile gegen den Kommunistischen Bund und den ARBEITERKAMPF hatten, ohne unsere Politik und unsere Tätigkeit überhaupt zu kennen. Diese primitive Form der Verhetzung können die KBB-Führer offenbar nicht mehr aufrecht erhalten. Das ist gut so!

# Peron in Argentinien

Am 17. November 72 kehrte Juan D. Peron nach 17-jähriger Exil in Spanien (1) nach Argentinien zurück. Die Tatsache, daß der Zeitpunkt dieser Reise des 1955 gestürzten ehemaligen argentinischen Diktators nicht zufällig ist.

Die ökonomische und politische Krise, in der sich die argentinische Bourgeoisie seit Jahren befindet, spitzte sich in der letzten Zeit immer mehr zu: 1969 kämpfte das Volk in einem auf das ganze Land ausgedehnten Generalstreik für die Abschaffung der Militärdiktatur und für ein „demokratisches Argentinien“. Im Herbst 1970 kämpften über 10 Mio. Menschen trotz Streikverbots, trotz des Einsatzes von schwerbewaffneter Polizei und Militär in mehreren Generalstreiks für allgemeine Lohnerhöhungen, größere soziale Sicherheit, für die Aufhebung des Belagerungsstatus und die Forderung politischer Gefangenener. Mitte dieses Jahres kam es in verschiedenen Provinzen des Landes, auch in ländlichen, bisher als „ruhig“ geltenden Gebieten – zu Protestaktionen gegen vom Militär eingesetzte Verwaltungen, der Rücktritt eines Provinzverwalters wurde erzwungen.

Verschiedene Guerillagruppen scheinen sich, vor allem in den argentinischen Industriezentren, mehr und mehr in der Bevölkerung zu verankern.

Weder die Schendendiktatur, die unter Ausschluss und gegen Kommunisten und Peronisten regierte (1955-66), noch der „brasilianische Weg“, d.h. die ständige brutale Unterdrückung des Volkes durch Militärdiktaturen konnten die Verschärfung der Klassenkämpfe verhindern. In dieser Situation sieht die argentinische Bourgeoisie den einzigen Weg zur Sicherung ihrer Herrschaft in der Ernennung einer neuen Regierung, die sich auf eine Massenbasis in der Bevölkerung stützen kann.

Vor diesem Hintergrund hat der derzeitige Militärdiktator Lanusse für März 73 „freie Wahlen“ und die „Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie“ angekündigt.

Die Bildung einer neuen Regierung, die sich auf die Zustimmung von Teilen des Volkes stützen kann, setzt eine Beteiligung der Peron-

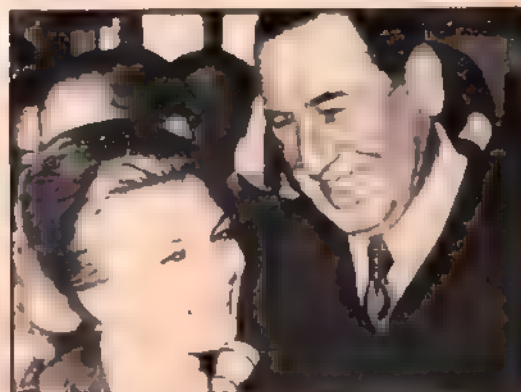
sien voraus. Die peronistische Bewegung stellt immer noch die stärkste politische Kraft in Argentinien dar. Der große Einfluß, den die peronistische Partei und die Gewerkschaften auf die Massen besitzen, beruht zum einen auf der sehr fortschrittlichen Politik, die Peron zu Beginn seiner Regierungszeit (1946) durchführte: allgemeine Lohnerhöhungen, Sozialgesetzgebung und die Organisation der Mehrheit der nichtorganisierten und auch der rückständigen Teile der argentinischen Arbeiterklasse, beruht zum anderen darauf, daß Peron zu dem Zeitpunkt gestürzt wurde, als die Arbeiterklasse gerade erst anfing, den Charakter seiner Herrschaft zu durchschauen und daß die auf Peron folgenden Regierungen nichts als die ständige Verschlechterung der Lebensbedingungen und totale politische Unterdrückung brachten. Die Bindung eines großen Teiles der argentinischen Arbeiterklasse an die peron-

werkenschaftsführer durch ihre Kollaboration mit den Militärregimes und ihre aktive Beteiligung an der Unterdrückung der Kommunisten mehr und mehr entlarvt und ständig an Entlust verloren.

Das heißt, es stellt sich für die argentinische Bourgeoisie zugleich die Aufgabe, die weitere Radikalisierung der peronistischen Bewegung zu verhindern. Darum mußte Peron selber nach Argentinien geholt werden.

Peron, der immer noch weitgehend das Vertrauen der Massen besitzt, ist die geeignete Persönlichkeit, um die Position der rechtspersonistischen Führer zu stärken und die Massen auf ihren Kurs einzuschwenken.

Seine weitere Aufgabe besteht nicht in der persönlichen Kandidatur für die Präsidentschaft – inzwischen ist Peron wieder nach Spanien zurückgekehrt – sondern darin, die Beteiligung der Peronisten an der neuen Regierung vor-



Peron, Ehefrau Isabel

stische Ideologie vom gerechten Ausgleich zwischen Arbeitern und Kapitalisten, vom „brasilianischen Weg“ stellt eine entscheidende Schwäche der argentinischen Arbeiterbewegung dar.

Im Laufe der Verschärfung der Klassenkämpfe während der letzten Jahre haben sich aber die rechten peronistischen Partei- und Ge-

überzeugen. Peron ist der Mann, der die zukünftige Zusammenarbeit der Peronisten mit dem Militär oder mit einer der konservativen bürgerlichen Parteien rechtferne kann. Es geht darum, das Programm der großen nationalen Versöhnung – zwischen Massen und Verwaltungen – und damit die Herrschaft der Bourgeoisie in Argentinien zu sichern.

Der

## Arbeiterkampf ist im Abonnement zu beziehen über

VERLAG ARBEITERKAMPF

J. Reents, 2000 Hamburg 13, Rattenberg 35  
6 Ausgaben incl. Porto kosten 4,80 DM

stimmten vertrieben wurden, um den einwandernden Juden Platz zu machen. Diese Palästinenser leben bis heute in Flüchtlingslagern und Bondquartieren, wo sie in ihre Heimat zurück. Den Herrschenden Israels reicht das aber noch nicht, Entsprechend ihrer rassistischen Ideologie wollen sie das „Reich Davids und Salomons“ wiederherstellen, ein „Israel vom Nil bis zum Euphrat“ erobern. Das bedeutet fortgesetzte Aggression gegen die arabischen Nachbarn Israels. Nach dem Vorbild von Hitlers Überfall auf die Sowjetunion haben die Israelis 1967

an, konsequent diejenigen Kräfte zu bekämpfen, die die Verbrechen des Faschismus überhaupt erst möglich gemacht haben. Und diese Kräfte sind noch allemal das Großkapital und die politische Reaktion.

## Für ein freies Palästina

Der israelische Staat stellt eine ständige Quelle von Aggression und Terror im Nahen Osten dar. Diese Lage ist für die palästinensischen Flüchtlinge und für die arabischen



# Der Sturm auf die Bastille findet

## nicht statt



Generalstreik am 7. Juni 1972

Die gaullistische Partei Frankreichs fürchtet um ihre Vertreibung aus der Regierung, die sie seit Gründung der 1. Republik 1958 ununterbrochen ausübt. Im Juni letzten Jahres haben die Kommunistische Partei (PCF) und die Sozialistische Partei (PS) ein gemeinsames Regierungsprogramm vorgelegt, mit dem sie auf der Basis einer Stimmenmehrheit bei den Parlamentswahlen am 4. und 11. März dem gaullistischen Regime ein Ende bereiten wollen. Tatsächlich ist ein Wahlsieg dieses Linksbündnisses möglich, da der Wunsch breiter Teile der Bevölkerung nach einer Änderung im Land ständig zunimmt.

Ob ein solcher Wahlsieg dann aber auch zu einer Volksfront-Regierung führen würde, ist dennoch nicht sicher. Der gegenwärtige Staatspräsident Pompidou, der der gaullistischen UDR („Union zur Verteidigung der Republik“) angehört, bleibt weiter im Amt. Ebenso, wie er aus taktischen Gründen das PCF-PS-Bündnis mit der Regierungsbildung beauftragen könnte, ebenso könnte er sich auch über einen für seine Partei ungünstigen Wahlausgang hinwegsetzen: Nach der 1958 von de Gaulle veranlassten Verfassung hat er als Staatspräsident das „Recht“, die Wahlen durch Parlamentsauflösung wiederholen zu lassen, eine gaullistische Minderheitsregierung zu ernennen oder das Parlament durch einen „Ermächtigungsparagrafen“ der Verfassung ganz auszuschalten. Pompidou hat öffentlich erklärt, daß er sich alle diese Möglichkeiten offenhalten will.

Um die gegenwärtigen politischen Vorgänge in Frankreich besser zu verstehen, wollen wir in unserem Artikel folgenden Fragen nachgehen: In welcher Situation befindet sich das französische Monopolkapital? Wie ist die Lage der französischen Arbeiterklasse? Wie ist das Bündnis von PCF und PS einzuschätzen? Welche Vorstellungen verfolgen sie in ihrem gemeinsamen Regierungsprogramm? Vor welchen Problemen steht die französische Arbeiterbewegung?

## Das Problem der Kapitalisten Expansion ihrer Macht

Der französische Imperialismus gehört zu den führenden imperialistischen Staaten Westeuropas. Gegenüber seinen „Partnern“ in der EWG hat er einige bedeutende Vorteile, aber auch eine Reihe von Schwächen, die ihn gegenwärtig noch hindern, sein Gewicht innerhalb der EWG auszubauen und damit auch eine bedeutende Stellung in der imperialistisch beherrschten Welt einzunehmen. Es liegt auf der Hand, daß die französischen Kapitalisten danach streben, diesen Zustand zu ihren Gunsten zu ändern.

Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des französischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug im Zeitraum 1959 – 1968 fast 5,7%. Japan lag mit 5,3% durchschnittlichen Zuwachs seines BIP erheblich vor Frankreich, aber der Zuwachs in den anderen bedeutenden kapitalistischen Industrieländern blieb hinter dem Frankreich zurück: Italien 5,5%, BRD 4,3%, USA 4,5% und Großbritannien nur 3,2%.

Im Verhältnis des Bruttoinlandsprodukts zu seiner Bevölkerungszahl liegt sich die Stärke des französischen Kapitalismus ebenso.

Der absolute Wert des BIP pro Einwohner betrug 1970 in Frankreich 2.426 Dollar. Demgegenüber liegen die USA mit 3.842 Dollar zwar noch weit günstiger, aber die übrigen großen kapitalistischen Staaten rangieren erst hinter Frankreich: BRD 2.202 Dollar, Belgien 2.002 Dollar, Großbritannien 1.884 Dollar, Niederlande 1.860 Dollar, Japan 1.378 Dollar und Italien 1.312 Dollar.

Diese Wachstumsraten und in Frankreich u.a. durch eine erhebliche Steigerung der Investitionstätigkeit in den letzten Jahren erzielt worden, wobei diese Investitionen voll auf Kosten der französischen Arbeiterklasse gingen. Die Löhne wurden niedrig gehalten und für soziale Reformen blieb im Grunde nichts übrig.

Andererseits bleibt der Anteil des Industriesektors am französischen Bruttoinlandsprodukt hinter dem vergleichbarer kapitalistischer Staaten zurück. 1968 entfielen 54,5% des Bruttoinlandsprodukts auf die Industrie (einschl. Transportwesen), 37,9% auf den privaten und öffentlichen Dienstleistungssektor und 7,5% auf die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft. Demgegenüber liegt der vergleichbare Anteil des Industriesektors am Bruttoinlandsprodukt in der BRD schon seit 1960 über 60%. Nach einer Statistik der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) sind in Frankreich 40% der Gesamtzahl der Beschäftigten in der Industrie tätig, in Großbritannien macht dieser Anteil hingegen 46,5% aus und in der BRD 60,3%.

Demzufolge hat auch der französische Anteil an der Industrierproduktion der kapitalistischen Länder insgesamt noch vergleichsweise gering. Er wuchs im Zeitraum von 1960 bis 1970 lediglich von 4,7% auf 4,8%. Die Entwicklung sah in einigen anderen kapitalistischen Ländern folgendermaßen aus: USA von 46,8% auf 41,4% gesunken, Japan von 4,4% auf 9,8% gestiegen, BRD von 9,8% auf 9,8% gestiegen, Großbritannien von 9,2% auf 7,6% gefallen und Italien von 2,4% auf 2,6% gestiegen.

1970 waren unter den 100 kapitalisti-

schen Industriekonzerne mit dem größten Umsatz in der Welt nur 3 französische. Die USA stellten hingegen 64, die BRD 9, Großbritannien 9. Davon ein Unternehmen mit Mehrheit und eines mit Mehrheitsbeteiligung durch niederländisches Kapital: Japan 8, Niederlande 2 (plus die beiden Beteiligungen mit Großbritannien), Italien 3, Australien und die Schweiz je 1. Unter den 60 weltgrößten kapitalistischen Industrieunternehmen war 1970 kein französisches. Hingegen 32 nordamerikanische, 6 westdeutsche, 4 japanische, 3 britische, 2 italienische, 1 niederländische und die beiden britisch-niederländischen.

Die relative Schwäche der französischen Industriekonzerne ist für die Weltmarktposition Frankreichs von Bedeutung. Seit 1962 schließt die französische Außenhandelsbilanz regelmäßig mit einem Defizit ab. Der Anteil Frankreichs am Weltexportvolumen betrug 1969 nur 5,5%, gegenüber 13,5% der USA, 10,4% der BRD, 6,1% Großbritannien und 5,8% Japans.

## Staatliche Förderung der Monopole

Mit Hilfe staatlicher Planungsprogramme (der Planification) versuchen die französischen Kapitalisten diese Schwächen zu überwinden, wobei in letzter Zeit bereits einiges erreicht wurde. Der 6. Plan für den Zeitraum 1968 – 1970 beschloß unter anderem eine langfristige Stärkung der „internationalen Konkurrenzfähigkeit“ durch Stärkung der „Konzerns von internationaler Größenordnung“, welche das Gerüst der künftigen französischen Industrie“ abgeben sollten. Das sah vor allem so aus, daß eine enorme finanzielle Hilfe für Fusionen seitens des Staates bewilligt wurde und die staatliche Förderung der industriellen Forschung deutlich wurde. Der 6. Plan stellte ausdrücklich fest, daß für die wichtigsten Industriezweige „die Zahl dieser Gruppen (d.h. Konzern) häufig selbst auf ein oder zwei“ beschränkt werden müsse.

Großenteils wurde dies bereits bis 1969 erreicht. Die französische Stahlindustrie wird heute von den Konzernen Usinor und de Wendel-Saizot beherrscht, die Elektro- und Elektronikindustrie von der Compagnie Générale d'Electricité und von Thomson-Brandt, die Automobilindustrie von Renault, Citroën und Peugeot, wobei es bereits wichtige kartellartige Verbindungen zwischen Renault und Peugeot gibt, in der Chemieindustrie herrschen Rhone-Poulenc, Pechiney, Ugine-Kuhlmann und Saint-Gobain-Pont-à-Mousson, ebenfalls mit engen Verbindungen zwischen Rhone-Poulenc und Pechiney und in der Luft- und Raumfahrtindustrie Kon-

triert sich die Produktion auf die Société Nationale Aérospatiale und auf die Avions M. Dassault.

Der 6. Plan für die Zeit von 1971 bis 1975 hat sich die forcierte Beschleunigung des industriellen Wachstums zum Ziel gesetzt. Dabei soll eine jährliche reale Wachstumsrate von 6% für das Bruttoinlandsprodukt und zwischen 7,5 und 8% für die industrielle Produktion dadurch erreicht werden, daß die Anteile des privaten Verbrauchs und der Staatsausgaben zugunsten der privaten Kapitalakkumulation weiter eingeschränkt werden. Senkung des privaten Verbrauchs bedeutet dabei natürlich eine Senkung des Lohnniveaus der werktätigen Bevölkerung, und eine Senkung der Staatsausgaben heißt im Kapitalismus Senkung der Ausgaben für soziale Reformen. Beides zur Stärkung des französischen Imperialismus gegenüber seinen Konkurrenten.

## Zur Lage der französischen Arbeiterklasse

Das Linksbündnis will bei einer möglichen Regierungsübernahme eine Reihe sozialer und politischer Reformen durchführen und eine „fortgeschrittene Demokratie“ schaffen, die eine „Form des Übergangs zum Sozialismus“ darstellen soll. Das hat die Gaullisten und alle übrigen Reaktionen des Landes veranlaßt, die französische Bevölkerung ein „wirtschaftliches Chaos“ und das „Ende der freiheitlichen Lebensform“ zu prophezeien. Der größte Teil der französischen Bevölkerung hat die „freiheitliche Lebensform“ unter dem gaullistischen Regime lange Jahre hindurch zur Genüge „genossen“ können und zumindest die französischen Arbeiter wird eine Ankündigung des Endes dieser Lebensform daher kaum erschrecken.

Wie sieht die Lage der französischen Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Bevölkerung aus? Ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebensrechte sind unter dem gaullistischen Regime fortwährend zum Vorteil der expansionstreibenden Kapitalisten geschnitten worden.

Der Stundenlohn der französischen Arbeiter ist weit niedriger als in den USA und in den Staaten der „Europäischen Gemeinschaft“ mit Ausnahme Italiens. Von insgesamt 15 Millionen Lohnarbeitern erhielten 6 Millionen unter oder bis zu 1000 Franc monatlich, was einer maximalen Kaufkraft von ca. 600 DM in der BRD entspricht. Ungefähr 600 000 Arbeiter und ihre Familien müssen mit dem gegenwärtigen Mindestlohn von 640 Franc auskommen (vergleichbar mit 105 DM).

Dabei sind die Preiserhöhungen in Frankreich nicht geringer, sondern eher noch höher als in anderen kapitalistischen Ländern.

1971 betrug die Steigerungsrate der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr 5,3%. Ein großer Teil des Lohnraubs wird direkt vom Staat betrieben, durch die Steuerpolitik. Die direkten Steuern, die ein französischer Arbeiter im Laufe eines Jahres aufzubringen hat, erreichen oft die Höhe seines Monatslohns. An indirekten Steuern zahlt jeder Franzose jährlich noch mehr, nämlich im Durchschnitt 2000 Franc. Frankreich hat die höchste Verbrauchssteuer von allen westeuropäischen Ländern.

Trotz ihrer geringen Löhne haben die französischen Arbeiter die längste Arbeitswoche unter allen ihren Klassenbrüdern in den industriell entwickelten Ländern. Die tatsächliche Dauer der Arbeitswoche in Frankreich betrug in der gesamten Nachkriegszeit bis heute im Durchschnitt 46 bis 46 Stunden (in der extraktiven Industrie 47,9 und in der Gewerkschaft 48,8 Stunden). Und das, obwohl eine 40-Stunden-Woche gesetzlich eingeführt ist.

Auf der anderen Seite haben sich die Kapitalisten ein wachsendes Arbeitslosienheer geschaffen, das ihnen zur Verstärkung des Konkurrenzdrucks unter der gesamten Arbeiterschaft und damit zur Erzielung höherer Leistungen dient. Anfang 1972 betrug die Arbeitslosenquote 2,3% der arbeitfähigen werktätigen Bevölkerung (in der Bundes-

republik 1,5%). Von den 600 000 Arbeitslosen, darunter im Raum Paris allein 41 000, Gegenwart ist diese Zahl bereits auf ungefähr 800 000 angewachsen. Besonders betroffen von der Arbeitslosigkeit ist die junge Generation der Arbeiterklasse: jeder 3. Arbeitslose ist unter 25 Jahre alt. Hinzu kommt eine wachsende Zahl der Kurzarbeiter und eine Zunahme der angelernten und ungelernten Tätigkeiten, wobei die Lohngruppenentwertung vieler Arbeiter sich bei produktionsbedingtem Arbeitsplatzwechsel enorm verschärft.

Die Kapitalisten bedürfen sich auch immer mehr der Frauenarbeit, aber nicht etwa, indem zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern indem männliche Arbeitskräfte entlassen werden. Die Frauenarbeit wird bei gleichwertiger Tätigkeit weit unter dem Lohn für männliche Arbeitskräfte bezahlt. Obwohl die Frauen in Frankreich heute fast ein Drittel der Lohnarbeiter stellen, ist ihr Lohn im Durchschnitt 35,6% niedriger als der ihrer männlichen Kollegen.

Die zunehmende Ausbeutung, die wachsende Arbeitstempo und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, geht auf Kosten der Gesundheit der Arbeiterklasse. Mindestens 40% der bei schweren Tätigkeiten eingesetzten Arbeiter leiden heute bereits unter einer Überbelastung des Nervensystems. Arbeitsschutz bedeutet den Kapitalisten nur zusätzliche Profitminderung, die sie zu ihrem eigenen Vorteil besser vermeiden. Die Zahl der Betriebsunfälle erhöhte sich von 991 000 im Jahre 1960 (davon 1 600 mit tödlichem Ausgang) auf 1 086 000 im Jahr 1968 (davon 2 200 mit tödlichem Ausgang). Die Sterblichkeit unter den Arbeitern im Alter von 25 bis 64 Jahren liegt 2,1 mal so hoch wie unter den Angehörigen freier Berufe und des ingenieurtechnischen Personals. Der Herzinfarkt und zahlreiche andere „Stress-Erscheinungen“ sind keine Manager-Krankheit, sondern kapitalistische Arbeiterkrankheiten.

Ebenso groß wie am Arbeitsplatz sind die Not der werktätigen Bevölkerung in anderen Bereichen bei den Wohnverhältnissen. Den Möglichkeiten zur Bildung und der Ausbildung der Arbeiterjugend, bei der Freizeitgestaltung und Erholung, usw. usw. Was den Wohnraum betrifft, so wohnen etwa 8 Millionen Menschen in beengten Verhältnissen, dazu mehr noch ohne ausreichende sanitäre Anlagen, teilweise in feuchten und ungenügend beheizten Räumen. Von 1,2 Millionen Wohnungen in Paris sind beispielsweise 24,5% im vorigen Jahrhundert gebaut worden, 45,2% vor dem 1. Weltkrieg, 19,5% vor dem 2. Weltkrieg und nur etwa 10% in den letzten 20 Jahren.

Forts. nächste Seite



Aber nicht nur die Arbeiterklasse hat die Ökonomie- und soziale Zerschlagung des Kapital zu spüren. Auch andere Schichten der Bevölkerung sind zunehmend von einer Verwässerung ihrer „sozialistischen Lebensform“ betroffen. Die Konzentration der Betriebe in den weiter entwickelten Regionen Frankreichs (nach kapitalistischen Gesichtspunkten der kürzesten und billigsten Transportmöglichkeiten usw.) verhindert vor allem eine notwendige Entwicklung der ländlichen Gebiete. Die Landwirtschaftspolitik der EWG bündelt die Landwirte aus wirtschaftlichen Gründen auf, die ruhmreiche große kleine und mittlere Bauernhöfe und treibt viele Menschen zur Landflucht. Ob es 1968 noch 2 264 000 bäuerliche Betriebe, so waren es 1970 nur noch 1,5 Millionen. Nach einer vor kurzem angestellten Schätzung wird die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung Frankreichs sich bis 1985 auf 700 000 Menschen verringern.

Auch die städtischen Mittelschichten spüren die Lasten der kapitalistischen Wirtschaft heute stärker auf ihren Schultern. Unter den 800 000 Arbeitlosen Anfang 1972 waren beispielsweise 70 000 Ingenieure und Techniker.

Die Verwässerung der ökonomischen und sozialen Lebensrechte der französischen Bevölkerung wird begleitet von einer wachsenden politischen Entrechtung in allen Lebensbereichen. Vor allem den Kämpfen der Arbeiterklasse tritt die politische und staatliche Macht immer offener und rücksichtsloser gegenüber. Seit dem Mai 1968 werden immer häufiger Polizeitruppen eingesetzt, um Streiks und Betriebsbesetzungen zu brechen. Dabei reichen die angewandten Mittel der Polizei von Absperrungen der Produktionslinien bis zum Einsatz von Schlagstöcken und Tränengasgranaten.

Im Mai 1968 hatte die Polizei auch Schusswaffen eingesetzt, um Betriebe zu

auf die zügige Aubebung der Konsums und auf einige „Renditeerwartungen“ der sozialen Not begrenzt, sondern sie richtet sich darüber hinaus vor allem gegen die gewalttätige Regierung, die seit nunmehr 18 Jahren die Regierungsgeschäfte führt, die Empörung wendet sich immer mehr gegen das gesamte Gesellschaftssystem, das gerade unter den Quittungen vollständig in den Dienst des Monopolkapitals gestellt wurde.

Auf dieser Grundlage hat die Französische Kommunistische Partei (PCF) vor einiger Zeit ihre Anstrengungen verstärkt zu einem Bündnis mit der Sozialistischen Partei (PS) zu gehen, das die Quittungen über einen parlamentarischen Wahlkampf aus der Regierung vertreiben könnte. Im Juni 1972 legten PCF und PS ein gemeinsames Regierungsprogramm für die Wahlen im März 1973 vor, das im darauffolgenden Monat von der nationalen Parteikonferenz der PCF und vom Nationalkonvent der PS gebilligt wurde.

Das Bündnis mit den „Sozialisten“ wird von der PCF schon lange angestrebt; es hat auch schon zeitweise bestanden, zuletzt allerdings nur für begrenzte Fragen. Die „Sozialisten“ Führer haben es jedoch immer verstanden, ein derartiges Bündnis unter Vorwänden zu verhindern bzw. wieder zu zerstören. Die Hauptmethode der PCF hingegen ist es dabei gewesen, durch zunehmende Annäherung an die Positionen der „Sozialisten“ das Bündnis doch endlich zu Stande zu bringen.

So wurde bereits 1934 ein Abkommen über die Aktionseinheit zwischen den beiden Parteien geschlossen. Zum zwei Jahre später die Bildung einer Volksfront-Regierung folgte, die sich weitere Parteien angeschlossen hatten. Diese Volksfront-Regierung brach 1938 endgültig auseinander, ohne daß es bedeutende Reformen verwirklicht hätte, wie dies in ihrem Programm angekündigt war.

Während des 2. Weltkrieges hatte es eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommunisten, Sozialisten und anderen Gruppierungen im Kampf gegen den deutschen Faschismus und gegen die Kollaboration französisch-bürgerlicher Kräfte gegeben. Es wurde eine nationale Front und ein gemeinsamer Nationalrat der französischen Revolution (Widerstandsbewegung) gebildet, der sich vor allem auf die solidarische Zusammenarbeit der Arbeiter an der „Basis“ ihrer Parteien stützen konnte.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges war die PCF dann für kurze Zeit mit einigen Ministern in der Regierung vertreten. Als 1948 jedoch eine neue Verfassung, die Verfassung der IV. Republik, erlassen wurde, lehnte die „Sozialistische Partei“ (die bis 1968 noch den Namen SFIO trug) ein weiteres Teilnehmen der PCF an der Regierung ab, obwohl PCF und SFIO damals über eine Mehrheit in der verfassunggebenden Versammlung verfügten. Es zeigte sich auch sehr schnell, warum die „Sozialisten“ die PCF nicht in der Regierung gebrauchen konnten: Sie verfolgten nämlich eine zügige Wiedererrichtung des französischen Imperialismus, der auch militärisch um die Erhaltung seines alten Kolonialsystems kämpfen mußte. Die Regierung des „Sozialisten“ Leon Blum der auch 1934 die Volksfront-Regierung führte, begann Ende 1946 den

Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk und leitete ebenso blutige Unterdrückungsmaßnahmen im anderen von Frankreich noch abhängigen Gebiet ein. Später, als die „Sozialisten“ 1956 die Regierung führten, verlängerten und verschärften sie den Kolonialkrieg gegen Algerien und beeinträchtigten sich am Suezkanal Abenteuer.

Der kapitalistische Staat reagiert auf die wachsende Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse gegen die imperialistische Kriegspolitik mit offener Gewalt. Im eigenen Land Demonstrationen wurden blutig niedergeschlagen, Versammlungsverbote verhängt und andere demokratische Rechte eingeschränkt. In Algerien und Ägypten (Korrekturen im Mai 1968) Militärschritte mit dem Ziel der Errichtung einer faschistischen Diktatur in ganz Frankreich statt. Mit Hilfe der von ihr selbst erzeugten Spannung im Land gelang es der Bourgeoisie, die „junke rechte“ IV. Republik auf „kaputt“ Wege zu bringen. Die Große übernahm die Regierungsgewalt und errichtete die V. Republik - wie die PCF damals festschrieb: eine „Regierung der persönlichen Diktatur, die dem Faschismus den Weg bahnt“. Die Errichtung der V. Republik mit dem durch die neue Präsidentschaftswahl abgesprochenen gewalttätigen Regime umgewandelt wurde eine Niederlage für die französische Arbeiterbewegung. Die PCF hat damals die SFIO zum gemeinsamen Handeln aufgefordert, was aber von der „sozialistischen“ Führung abgelehnt und praktisch sabotiert wurde. Guy Mollet, einer der „sozialistischen“ Führer, erklärte die Haltung seiner Partei in den wenigen Worten: „Die Gewillens ist mir lieber als die Vollkraft“.

Die SFIO hat in dieser Zeit eine Menge ihrer Versauerung unter der wachsenden Bevölkerung eingebracht. Bei den Parlaments-

wahlen von 1962 erhielt sie 2,3 Mill. Stimmen (= 12,6 %) gegenüber 3,2 Mill. (= 16,7 %) bei den vorangegangenen Wahlen 1958. Die PCF vergrößerte ihren Stimmenanteil auf über 4 Millionen.

Bei den folgenden Präsidentschaftswahlen 1965 und den Parlamentswahlen 1967 kam es zu begrenzten Absprachen zwischen PCF und der Sozialistischen Partei, die wesentlich darin bestanden, daß die PCF bei den Präsidentschaftswahlen auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtete und Mitterrand unterstützte, und bei den Parlamentswahlen ebenfalls eine Reihe ihrer Kandidaten zugunsten der „Sozialisten“ zurückzog. Die PCF erreichte bei den Parlamentswahlen mit 8 Mill. Stimmen ca. 22,5 %, während die „Sozialisten“ zusammen mit dem linken Flügel der „Radikalen Partei“ und einigen anderen Gruppen ca. 16 % erlangten.

Nach den Mai-Kämpfen 1968, in denen nicht nur die „Sozialisten“, sondern auch die PCF durch ihre opportunistische Politik viel Sympathien bei den Arbeitern verlor, erlitten beide Gruppierungen in den nachfolgenden Wahlen eine Stimmeinbuße von je ca. 2,5 %. Die SFIO hat sich daraufhin im Dezember 1968 zur heutigen PS umbenannt.

Nach dem Mai 68 kam es dann auch auf Initiative der PCF zu einer Reihe von Absprachen mit der PS, die in der Veröffentlichung von gemeinsamen Kommuniqués mündeten, in denen die erreichten Übereinstimmungen festgelegt und der Wille zu einem gemeinsamen Handeln betont wurden. Die PCF, die sich bei ihrem Bündnis ja auch der Erhaltung der französischen Arbeiter mit dem fortwährenden Verrat der „Sozialisten“ gegenüberstellt, weist heute guten Glaubens darauf hin, daß die PS 1969 „die Lehren aus der Niederlage ihrer Politik in der vorhergehenden Zeit“ gezogen und nunmehr beschlossen habe, „den Weg zur Einigung der Linken zu beschreiten und jedesmal, Bündnis mit den Rechten aufzugeben“. Es dient aber keineswegs einer größeren politischen Klarheit der Arbeiterklasse, wenn die PCF selbst dazu beiträgt, die bitteren Erfahrungen der Arbeiter mit den „Sozialisten“ jetzt herunterzuspielen und zu verwischen und alles unter den zwischen den Parteien einer „Einigkeit“ der PS-Führer zuzudecken. Versprechen abzugeben und „Einigkeit“ zu bekunden - darin waren die „sozialistischen“ Führer schon immer groß, aber noch größer waren die bislang zweifelhafte im Bruch ihrer Versprechungen und in der Verleugung ihrer angeblichen „Einigkeit“ 1958 als die Sozialisten einen gemeinsamen Kampf gegen das gemeinsame Regime auf schäbige Art sabotierten, da war die PCF namentlich auch dem heutigen PS-Führer Mitterrand vor, daß er „die elementare Notwendigkeit des Kampfes, die offensichtliche Dringlichkeit des Zusammenstehens“ einfach „vergessen“ hätte. Was sollte Mitterrand und seine Gefolgsleute heute wohl hindern, dies erneut zu „vergessen“?

Zudem ist es so, daß nicht eine „Einigkeit“ der PS zum gegenwärtigen Bündnis geführt hat, sondern die Tatsache, daß die PCF sich den Positionen der PS annäherte, hat daß sie sich in der durch zunehmende Aufgabe der revolutionären Ziele des Sozialismus förmlich „an die Brust geworfen“ hat. Der Verzicht auf revolutionäre Ziele ist überhaupt die Grundlage auf der die PS schließlich „Einigkeit“ zeigte. Sicherlich ist dies für die französische Arbeiterbewegung kein Grund zu Überschwenglichkeit.

Das gemeinsame Regierungsprogramm beginnt mit der Aufzählung einer Vielzahl von Reformen, die das PCF-PS-Bündnis verwirklichen will: Erhöhung des Mindestlohns, Beseitigung der Preisdiktate, Verringerung der Steuerlast für die Werktätigen, Herabsetzung des Rentenalters, Verringerung der tatsächlichen Arbeitszeit, Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung, Reform der Arbeitsgesetzgebung, Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sozialversicherung, Herabsetzung der Militärkosten, Reformen auf den Gebieten Stadtplanung, Wohnungsbau und gesellschaftliche Einrichtungen usw.

Das sind alles Reformvorhaben, die die Lage der französischen Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Bevölkerung sicher verbessern werden. Nur schöne Pläne und Versprechen sind solange nichts wert, wie man nicht die Mittel ihrer Durchführung beschafft. Die Betriebe sind in den Händen der Kapitalisten, und es ist eine Tatsache, daß die politische wie die ökonomische Macht aus dem Besitz und der Verfügungswelt über die Produktionen teil erachtet.

Das gemeinsame Regierungsprogramm weicht nun zur „Befreiung von der Herrschaft des Großkapitals“ eine Politik der schrittweisen Verstaatlichung und eine „immer weiter gehende Mitwirkung“ in der Führung des Betriebs wie des Landes“ vor. Was hat es damit auf sich?

Es wird erklärt, daß der Staat und Finanzsektor gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode verstaatlicht werden soll, während für die Industriebetriebe nur eine „Mindestschwelle“, ein „Minimum von Verstaatlichung“ geplant ist. Ein Minimum ist definitionsgemäß immer „so wenig wie möglich“, und das Programm hält sich



Französische Polizei marschiert zum Einsatz gegen eine Demonstration

heißt, „daß es in diesem Land bisher gegeben hat“, eine „bisher unbekannte Verbesserung“ für die wirkliche Bevölkerung, eine „schöne Förderung der Frau in der Gesellschaft“ und die „Eröffnung völlig neuer und begünstigter Aussichten für die Jugend“ schließlich den „Übergang zum Sozialismus“.

Inmitten hat Mitterrand erst kürzlich wieder in einer Fernsehdebatte deutlich gesagt, was er und seine Partei wollen. Dieser Sozialismus ist der, den man Freund Olaf Palme in Schweden praktiziert. Das ist eine interessante Erklärung zu dem im gemeinsamen Regierungsprogramm verkündeten Absicht, „den Weg zum Sozialismus zu öffnen“.

Die bürgerliche Presse versucht antikomunistische Stimmung gegen das Bündnis zu mobilisieren, indem sie behauptet, die PS sei der „Gefangene“ der PCF. Aber die Frage, wer von wem „gefangen“ ist, ist keine Frage des Übergangs einer Partei durch ihre Mitgliederstärke, sondern eine Frage, welche Politik die Vorherrschaft in einem solchen Bündnis führt, die politische oder die bürgerliche.

Die PCF hatte im Oktober 1971 noch ein eigenes „Programm für eine demokratische Regierung der Volkskräfte“ vorgelegt, das selbst schon auf Opportunismus gerinnend war. Nun hat sie nur 8 Monate später ihre Positionen in der Frage der Verstaatlichungen und Entscheidungen der EWG der NATO der frz. Kolonien usw.) noch weiter reduziert, nämlich das gemeinsame Regierungsprogramm auch als „gemeinsames“ wird. Bei der folgenden Auseinandersetzung mit den wesentlichen Punkten dieses Programms bleibt festzustellen, daß die PCF auch als „sozialistische Partei“ (also über das Bündnis mit der PS hinaus) außer bürgerlichen Phrasen konkret keine weitergehenden Auffassungen mehr vertritt.

## Das Regierungsprogramm des Linksbündnisses

(LERNZUSATZ Nr. 20)

Das gemeinsame Regierungsprogramm beginnt mit der Aufzählung einer Vielzahl von Reformen, die das PCF-PS-Bündnis verwirklichen will: Erhöhung des Mindestlohns, Beseitigung der Preisdiktate, Verringerung der Steuerlast für die Werktätigen, Herabsetzung des Rentenalters, Verringerung der tatsächlichen Arbeitszeit, Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung, Reform der Arbeitsgesetzgebung, Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sozialversicherung, Herabsetzung der Militärkosten, Reformen auf den Gebieten Stadtplanung, Wohnungsbau und gesellschaftliche Einrichtungen usw.

Das sind alles Reformvorhaben, die die Lage der französischen Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Bevölkerung sicher verbessern werden. Nur schöne Pläne und Versprechen sind solange nichts wert, wie man nicht die Mittel ihrer Durchführung beschafft. Die Betriebe sind in den Händen der Kapitalisten, und es ist eine Tatsache, daß die politische wie die ökonomische Macht aus dem Besitz und der Verfügungswelt über die Produktionen teil erachtet.

Das gemeinsame Regierungsprogramm weicht nun zur „Befreiung von der Herrschaft des Großkapitals“ eine Politik der schrittweisen Verstaatlichung und eine „immer weiter gehende Mitwirkung“ in der Führung des Betriebs wie des Landes“ vor. Was hat es damit auf sich?

Es wird erklärt, daß der Staat und Finanzsektor gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode verstaatlicht werden soll, während für die Industriebetriebe nur eine „Mindestschwelle“, ein „Minimum von Verstaatlichung“ geplant ist. Ein Minimum ist definitionsgemäß immer „so wenig wie möglich“, und das Programm hält sich

auch in dieser Definition. Es werden nicht mehr als 9 Konzerne aufgeführt, die allerdings auch zu den größten der französischen Industrie zählen. Auf der nationalen Parteikonferenz der PCF am 9. Juli letzten Jahres hat deren Generalsekretär Georges Marchais sich energisch gegen die „reaktionäre Propaganda“ gewandt, die der PCF und PS vorwirft, sie würden eine „totale Verstaatlichung“ anstreben. Marchais sagte zu den geplanten Verstaatlichungen: „Die Gesamtheit dieses Sektors wird nur wenig mehr als 2,5 Millionen Beschäftigte bei einer Gesamtzahl von 15 Millionen Beschäftigten der heutigen Wirtschaft umfassen. Es bleibt also ein umfangreicher privater Sektor bestehen“.

Dabei ist zu ergänzen, daß in dieser Rechnung bereits die ständigen Hundstuden- und Beschäftigten der heute schon verstaatlichten Unternehmen enthalten sind (Kontroll- Eisenbahnen, Eisenbahn, Post u.s.).

Wichtiger zum Verständnis der Verstaatlichungspläne ist deren begrenzte Zahl. Ist aber die Tatsache, daß diese gegen Entschädigung erfolgen sollen, daß die Regierung die betreffenden Unternehmen aufkaufen will, im ursprünglichen eigenen Entwurf eines Regierungsprogramms (Oktober 1971) sollte die PCF nur die „Einkaufspreise“ entschädigen. Nach dem gemeinsamen Regierungsprogramm mit der PS sollen aber alle Aktionäre entschädigt werden, wobei nur noch ein nicht näher bestimmter „Unterschied zwischen den Großaktionären und den kleinen und mittleren Aktienbesitzern“ vorgesehen ist.

Die Regierung könnte eine solche Transaktion natürlich nur mit Steuererlösen finanzieren, die vor allem aus der Tasche der Werktätigen kommen. Letztlich läuft eine Verstaatlichung gegen Entschädigung also darauf hinaus, daß die Arbeiter eine doppelte Zechen zu zahlen haben: Zuerst haben sie den Mehrwert produziert, den die Kapitalisten sich in Form der Produktionsanlagen angeeignet haben - und dann müssen sie noch einen weiteren Teil ihres Lohns in Form von Steuern aufbringen, um die aus ihrer Hände Arbeit gewachsenen Produktionsanlagen in den Besitz der Regierung zu bringen.

Und was glauben PCF und PS wohl, würden die auf solch konservative Art „am eigenen“ Kapitalismus mit ihrer „Entschädigung“ machen? Ob sie das Geld in den Händen ihrer Väter vergraben oder gar unter den Armen verstreuen? Natürlich werden die diese unermesslichen Summen, die selbst für den üppigen privaten Luxusbedarf eines Konzernherrn unvorstellbar sind, erneut „anlagen“. Sie werden damit ganz andere Aktien der ja noch reichlich vorhandenen Privatindustrie aufkaufen. Einen größeren Teil als bislang werden sie, damit wäre zu rechnen, durch Kapitalexport in die ausländischen Industrie investieren. Nicht nur, daß die „entzogenen“ Kapitalisten also ihr Geschäft der Ausbeutung in Frankreich weiterbetreiben könnten. Die Regierung würde ihnen durch die „Entschädigung“ auch noch ausreichende finanzielle Mittel verschaffen, mit denen sie im Ausland investieren und so ihren Anteil an der imperialistischen Ausbeutung anderer Länder vergrößern könnten, was wiederum im Sinne des 6. staatlichen Plans liegt.

Ebenso wenig wie die Verstaatlichungspläne kann das PCF-PS-Konzept über die Mitwirkung der Werktätigen in der Führung der Betriebe wie des Landes“ die Herrschaft des Monopolkapitals überwinden. Der Konzept der „Mitwirkung“, wie es in allen französischen Betrieben eingeführt werden soll, weicht in einem Wesen in nichts von einer seittemal bekannten sozialdemokratischen Konzeptionen der „Mitbestimmung“, der „Wirtschaftsdemokratie“ usw.



Bei der Demonstration gegen die Ermordung eines algerischen Arbeiters am 16. Dezember 1972: Französische Polizei „überläßt die Straßen“

rumen und Arbeiter- und Studentendemonstrationen auseinanderzutreiben. Im Februar 1972 wurde Pierre Dorey vom Chef des Renault-Werkschutzes erschossen, als er vor den Renault-Werken in Billancourt Flugblätter verteilte.

Es ist bekannt geworden, daß die Polizei und Justizbehörden Mithilfe in den französischen Gefängnissen folgern und sich die Fälle Haufen, wo Gefangene unter mysteriösen Umständen in ihren Zellen „tot aufgefunden“ wurden. In zwei Berichten vom Juli 1971 und vom Januar 1972 berichtete der „Spiegel“ über Vergruppungen von Häftlingen durch die Wächter, über Folterungen mittels Elektrochocs an den Geschlechtsorganen, über Brennvorgänge, wo Gefangene monatelang in Armen und Beinen auf Holz- oder auf Steinbänken gefesselt gehalten werden, wobei sie zwischendurch nicht einmal zum Klo gelassen werden. Von die staatliche Repression in Frankreich hat ein Maß angenommen, was von der alten Verfolgung politischer Gegner schrittweise nun staatlich organisierten Terror gegen die gesamte werktätige Bevölkerung übergegangen wird.

## Das Linksbündnis: Bündnistraue durch Anbiederung?

Mit der Verwässerung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebensrechte ist die Empörung der werktätigen Bevölkerung in Frankreich ständig angewachsen. Diese Empörung ist heute nicht mehr



François Mitterrand, Chef der Sozialistischen Partei Frankreichs: „Unser Sozialismus ist der, den mein Freund Olaf Palme in Schweden praktiziert.“ (in einer Fernsehdebatte vom 18.2.73)

dem Jubel, wie ihn die Führung der PCF veranstaltet, die von einem „bedeutenden Ereignis“ spricht, das „mit einem halben Jahrhundert ohne Vorbild“ die „sozialistische demokratische und Arbeiterbewegung“ unseres Landes in die den Arbeitern mit dem gemeinsamen Regierungsprogramm „die stärkste Politik auf sozialem Gebiet“ ver-



Lediglich in den verstaatlichten Betrieben werden die Rechte der Arbeiter laut Programm weitergehend sein. Aber damit ist die entscheidende Frage der Herrschaft über diese Betriebe noch gar nicht berührt. Und zeigt nicht auch die Situation der Arbeiter in einem verstaatlichten Betrieb wie Renault, daß durch die Verstaatlichung allein noch gar nichts erreicht ist? Bezeichnenderweise hat Marchais auf dem nationalen Parteikongreß der PCF gerade Renault und die französische Elektrizitätsgesellschaft EDF als Vorbilder für ihre Verstaatlichungspläne angesprochen!

## Die „unwichtige“ Frage der Macht im Staat

Die entscheidende Frage aber, wenn man „tiefe Veränderungen im politischen, ökonomischen und sozialen Leben“ anstrebt, wenn man gar „den Weg zum Sozialismus öffnen“ will, das ist die Frage nach der staatlichen Macht. Das ist zugleich auch

aus, die betreffen den gesamten Staatsapparat, der sich im wesentlichen aus dem Militär, der Polizei, der Justiz und der ausgewählten Administration zusammensetzt. In Frankreich spielt das Parlament dabei aufgrund der Föderalverfassung der V. Republik eine noch bedeutungslosere Rolle als in einigen anderen kapitalistischen Demokratien.

Die Demokratie und der „soziale Frieden“ im Kapitalismus ist für die Bourgeoisie lediglich ein Instrument, auf das sie sich solange einläßt, wie es ihr nützlich erscheint. Dahinter drohen die Bajonette und Panzer. Die Geschichte, und namentlich auch die französische, hat der Arbeiterbewegung noch nie den Anlaß zum geringsten Zweifel gegeben, daß die Bourgeoisie zum blutigen Terror bereit ist, um die Arbeiterklasse daran zu hindern, ihr Joch der Ausbeutung und Unterdrückung abzurütteln.

Was ist da einfacher zu begreifen, als die Tatsache, daß die Arbeiter selbst zu den Waffen greifen müssen, um sich vor den Waffen der Bourgeoisie zu schützen? Und welche andere Aufgabe sollte es für eine

kratischen Gruppen, verbrannten nach dem Vorbild der Nazis in aller Öffentlichkeit antifaschistische Zeitungen um. Das ZK der PCF sagte damals zu diesem Terror: „Unser Volk erkennt darin die Methoden der Hitlerfaschisten, die Mordlust der SS wieder“.

Wodurch sollte diese Mentalität aus der französischen Armee gewichen sein? Was berechtigt zur Annahme, daß die Bourgeoisie dem Fußtrampeln nicht wider in größerem Maße gegen die Arbeiterbewegung mobilisieren könnte? Nein, solange die Bourgeoisie diese Werkzeuge nicht aus der Hand geschlagen sind, kann sich kein „Weg zum Sozialismus öffnen“.

Dasselbe gilt für die Polizei und ihre Spezialeinheiten, wie die berüchtigte CRS, eine Art Bereitschaftspolizei, die vornehmlich auf den bewaffneten Einsatz gegen Streiks und Demonstrationen gedrillt ist. Auch die Polizeitruppen haben vielfach unter Beweis gestellt, daß sie nicht zum Schutz der Bevölkerung vor Verbrechen, sondern zum Schutz des Verbrechens vor der Bevölkerung da sind. Vor 11 Jahren, im Februar 1962, wurden an der Pariser U-Bahnstation Charonne acht Arbeiter von der Polizei erschossen, als sie gegen die

faschistische Geheimarmee OAS demonstrierten. Im Mai 1968 wurden u.a. zwei streikende Arbeiter im Automobilwerk Peugeot in Sochaux von CRS-Polizisten erschossen; im Februar 1972 Pierre Overney vom Werkschutz, als er vor Renault Flugblätter verteilte. Unzählige Male ist deutlich geworden, auf wessen Seite die kapitalistische Polizei steht.

Es ist aber auch erklärlich, ja es ist eine positive Entwicklung im Bewußtsein der Bevölkerung, daß immer weniger Menschen in Frankreich dieser Polizei vertrauen, daß immer mehr sich gegen sie auflehnen. Was aber schreiben PCF und PS in ihrem gemeinsamen Regierungsprogramm? Die Polizei solle wieder „die Achtung der Staatsbürger zurückverlangen“!

Dies ist ein Meisterstück an revisionistischer (besser sozialdemokratischer) Konsequenz, zu der die PCF sich um das Bündnis mit der PS und des parlamentarischen Wahlsieges willen politisch heruntergewirtschaftet hat. Hier tut sich ein Abgrund an opportunistischem Verrat an den revolutionären Zielen der Arbeiterbewegung auf, der von der zunehmenden Ablehnung der Diktatur des Proletariats „schrittweise“ in den Sumpf der Verteidigung der

## Mit der Nato gegen die Neto

Wir wollen noch kurz auf zwei Punkte des gemeinsamen Regierungsprogramms eingehen, die von größerer Bedeutung sind: die Stellung des französischen Linksbündnisses zur NATO und ihre Stellung zur EWG.

Frankreich hat bekanntlich vor einiger Zeit offiziell einen gewissen Rückzug seiner Präsenz innerhalb der NATO angetreten, aber dennoch gehört es diesem Militärpakt faktisch weiter an und es haben sich auch bereits des breiten öffentlichen Bekenntnisses umfangreiche Wiedereingliederungsmaßnahmen der französischen Truppen in die NATO vollzogen. Die PCF hat so noch im Oktober 1971, in ihrem selbständigen Entwurf eines „Programms der demokratischen Regierung der Volksinheit“ die Auffassung vertreten: „Frankreich muß von seinem Engagement innerhalb des Atlantischen Pakts zurückkehren. Der Atlantik-Pakt ist eine politisch-militärische Organisation mit aggressiven Zielsetzungen, unter der Führung der USA.“

Nur 6 Monate (!) später, im gemeinsamen Regierungsprogramm mit der PS, hat



Generalstreik am 23. Juni 1972

die Frage, um die sich das gemeinsame Regierungsprogramm mit äußerster Behutsamkeit herumdrückt – wie ein Dieb, der am Ort seines Diebstahls erkannt zu werden fürchtet. Bei der PS ist das absoolut in keiner Weise verwunderlich, beruht sie sich doch ausdrücklich auf den bürgerlichen Staat. Aber bezeichnend ist, daß auch die PCF in ihren selbständigen Erklärungen des revolutionären Sturz der Kapitalistenherrschaft, die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats über die alten Ausbeuterlassen nicht mehr propagiert.

In dem gemeinsamen Regierungsprogramm ist zu lesen, daß das PCF-PS-Bündnis die dem französischen Volk gehörenden „demokratischen Traditionen bewahren und erweitern“ will: „Alle Gesetze, die die Freiheiten der Bürger beschneiden, müssen aufgehoben und statt dessen Gesetze beschlossen werden, die diese Freiheiten schützen.“

In diesem Sinn plant das PCF-PS-Bündnis die Abschaffung der in Frankreich immer noch praktizierten Todesstrafe, den Schutz vor willkürlicher Verhaftung, die Anerkennung des Asylrechts, die Garantie der Gedanken- und Redefreiheit, das Verbot jeder rassistischen und antisemitischen Diskriminierung, die ausdrückliche Bestätigung des Demonstrationsrechts, des Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts und die Gewährleistung des Streikrechts. Ferner wollen PCF und PS „keine Korruption mehr dulden“ und noch einiges mehr.

Schön und gut, aber das ist keine Angelegenheit von wortreichen Beteuerungen und feierlichen Absichtserklärungen! Worauf sollen sich diese Garantien und Gewährleistungen stützen – das ist die entscheidende Frage! Wo sind die Machtorgane und die Machtmittel, die in der Praxis dafür Sorge tragen, daß diese Rechte vor den Zugriffen der Reaktion geschützt sind?

Auf diese Frage finden wir im gemeinsamen Regierungsprogramm keine Antwort, mit Ausnahme der, daß man aller „demokratisieren“ will.

Durch eine bloße Regierungsbildung durch PCF und PS ist das Problem der staatlichen Macht aber noch nicht einmal ansatzweise gelöst. Die Blitzen der politischen Herrschaft des Kapitals gehen weit über die Regierung und das Parlament hin-

„Volksfront“-Regierung geben, wenn sie „den Weg zum Sozialismus öffnen will“, als jene, die Arbeiter für diesen Kampf um die Macht auszustatten, sie zumindest mit den ihr verfügbaren Mitteln darauf vorzubereiten? Aber das gemeinsame Regierungsprogramm von PCF und PS hält sich in Schwellen und verbräut auf seine erstrebte parlamentarische Mehrheit und, wer weiß, auf die „Einsicht“ der Bourgeoisie.

Das Militär wird im gemeinsamen Regierungsprogramm als innenpolitisches Instrument der Bourgeoisie überhaupt nicht mehr in Betracht gezogen, sondern lediglich als außenpolitisches. Dabei ist es noch keine fünf Jahre her, daß die Gaulle im Mai/Juni 1968 den Aufbruch einseitiger Panzertruppen rund um Paris veranlaßt, als in der Stadt heftige Streiks, Besetzungen und Demonstrationen der Arbeiter und Studenten stattfanden. Kommandiert wurden diese Truppen von General Massu, ein wegen seiner „Indochina- und Algerien-Erfahrung“ hochgeachteter Offizier der Bourgeoisie. Die französische Armee verfügt über eine Reihe von Spezialeinheiten, vor allem die Fallschirmjäger, die weit vom Volk getrennt und von einem reaktionären Geist durchzogen sind, die sich für eine freiwillige „Einsicht“ auf die Seite des Volkes und gegen die Bourgeoisie zu stellen, weitgehend unempfindlich machen. Mit diesem Werkzeug der Bourgeoisie muß die französische Arbeiterbewegung auch dann noch rechnen, wenn das PCF-PS-Bündnis tatsächlich die Regierung bilden würde. Es handelt sich um Truppen, die 1946-54 gegen das vietnamesische Volk gekämpft haben, die 1954-62 die algerische Unabhängigkeitsbewegung im Blut zu erstickten versuchten, die 1967 in Somalia und Guadeloupe Volksbewegungen blutig niederschlugen, die 1969 gegen die nationale Befreiungsbewegung im Tschad eingriffen und die heute immer noch in mehreren von Frankreich abhängigen Ländern darüber wachen, daß diese sich nicht gegen den französischen Imperialismus erheben, wie 1946 Vietnam und 1964 Algerien. Spezialeinheiten der französischen Armee waren es auch, die 1968 Instrument der Gewalttätigkeit in Argentinien und auf Korsika waren, die damit einen „Funken“ zur Errichtung eines faschistischen Regimes in Frankreich selbst entzündeten wollten. Gleichzeitig organisierten Fallschirmjäger-Einheiten zusammen mit anderen reaktionären Kräften Überfälle auf Räumlichkeiten von Arbeiterorganisationen und anderen demo-

Fortgeschrittene Demokratie? Wahre politische und ökonomische Demokratie? Demokratie mit fortgeschrittenem sozialen und ökonomischen Inhalt? ... Oder wäre nicht besser, demokratische Demokratie?



Georges Marchais, Generalsekretär der Französischen Kommunistischen Partei

Diktatur der Bourgeoisie führen wird, und der heute bereits seinen tiefsten Ausdruck in dem kürzlich von Georges Marchais formulierten Satz gefunden hat: „Wir haben Staatsbewußtsein“.

„Staatsbewußte Kommunisten“ – mit dem „kleinen Fehler“ nur, daß der Staat, der ihnen diese Achtung abträgt, ein kapitalistischer Staat ist!

das PCF ihre vorige Auffassung verliert und fordert „die gleichzeitige Auflösung des Nordatlantischen Paktes und des Warschauer Vertrages“, was „schrittweise“ erreicht werden soll. In seiner Erklärung vor der nationalen Parteikonferenz gliedert Marchais die neue Linie in die lakonische Form, daß die „demokratische Frankreich“ auf einen „Weg der Unabhängigkeit von jedem politisch-militärischen Block“ geführt werden soll, ohne – man höre – „in der gegenwärtigen Etappe (!) seine Zugehörigkeit zum atlantischen Bündnis in Frage zu stellen“.

Wir haben bereits auf das Eingreifen der französischen Streitkräfte zur Unterdrückung anderer Länder hingewiesen. In diesem Zusammenhang ist es noch einmal nützlich, einige Stellungnahmen der PCF zur Frage der ehemaligen und der noch bestehenden französischen Kolonien zu erwähnen (die jetzt vornehmlich nicht mehr Kolonien, sondern „überseeische Departements und Territorien“ genannt werden, eine Sprachregelung der französischen Bourgeoisie, die sich auch die „staatsbewußte“ PCF hat).

Die PCF hat eine lange Tradition mit ihrer unmarxistischen Haltung gegenüber dem Unabhängigkeitskampf anderer Völker. Bereits 1939 bezeichnete der damalige Generalsekretär der PCF, Maurice Thorez, die französischen Kolonialvölker in einer Rede in Algier als „eingebürgerte Franzosen“. Und 1946, als der algerische Befreiungskampf noch völlig unentwickelt war, sagte ein Parlamentsabgeordneter der PCF in der Konstituierenden Nationalversammlung Frankreichs: „Algerien ist ein unzerstörbarer Teil Frankreichs“. 1958, während die französische Armee ein blutiges Gemetzel gegen das algerische Volk durchführte, nahm diese Haltung der PCF in einer ihrer Forderungen sogar den Charakter einer unverhüllten Drohung an: „Die Frage besteht darin“, schrieb die „kommunistische“ Zeitschrift „Nouvelles Démocraties“, „ob diese bereits unvermeidliche Unabhängigkeit sich mit Frankreich oder ohne Frankreich und gegen Frankreich vollziehen soll. Die Interessen unseres Landes (!) erfordern es, daß sie es mit Frankreich tun.“ Warum ist dies „erforderlich“, das erklärte Maurice Thorez bereits im Bericht des ZK auf dem X. Parteitag der PCF 1946: Die große Sorge von Thorez und anderen war, daß Algerien jährlich an Frankreich „eine Million Scheufler“ und bedeutende Mengen Weizen liefern sollte, um Frankreichs „Mangel an Fleisch“ und sein „Getreidedefizit“ zu beheben.

Forts. nächste Seite



Und die französische Armee 1959 im Tschad gegen die nationale Befreiungsbewegung eingriff, da kienmarie die PCF ihre „Kritik“ an die Tatsache, daß auch „Unfreiwillige“ (reguläre) Soldaten diesen imperialistischen Kriegsverbrechen zubeordnet wurden.

In dem gemeinsamen Regierungsprogramm, auf das die PCF nicht fangelegt hat, finden sich insgesamt nicht mehr als drei Sätze (II) zu den „französischen überseeischen Departements und Gebieten“. Darin wird großartig das Recht auf Selbstbestimmung dieser Gebiete (Guadeloupe, Guajana, Martinique und Réunion) „anerkannt“, aber ihre „Rechte“ sollen weiterhin auf der französischen Verfassung beruhen und eine „neue Grundordnung“ voll „mit der (französischen) Regierung „abgesprochen“ werden.

Ozsu läßt sich nur das wiederholen, was Lenin einmal in Bezug auf die Parteien der II. (sozialdemokratischen) Internationale gesagt hat: daß die Sozialchauvinismus vom Chauvinismus dadurch unterscheidet, daß er zwar „allgemein“ das Recht auf Unabhängigkeit der Völker und Länder anerkennt, daß das aber dort aufhört, wo es sich um Völker handelt, die von der eigenen Nation unterdrückt werden.

## EWG kontra Großkapital

In ihrem eigenen Regierungsprogramm-Entwurf von 1971 bezeichnete die PCF die EWG noch als „einen Block der monopolistischen Trusts“. Nichtsdestoweniger erklärte Marchais dann wieder: „Monate später“ „Wir haben es schon seit Jahren gesagt und sagen es auch heute, daß der Gemeinsame Markt eine Realität ist und daß sich Frankreich aus diesem Grunde nicht ohne Schaden aus ihm zurückziehen kann.“ Daher wolle man weiter an der EWG teilnehmen. Das gemeinsame Regierungsprogramm stellt dabei wieder eine Reihe von hinterlistigen Spekulationen an, wie man die EWG nun „demokratisieren“ und wie man sie „von der Herrschaft des Großkapitals befreien“ will.

Auf dem XV. Parteitag der PCF im Juli 1969 (zwei Jahre nach Unterzeichnung der EWG begründenden Römischen Verträge) gab das ZK in seinem Rechenschaftsbericht eine Analyse der EWG, der man heute weitestgehend noch schrecken Gewissens zustimmen kann. Die EWG wurde als „Europa der Konzerne“ benannt. Die Pläne der EWG zielen „unter Berufung auf den sozialen Fortschritt darauf ab, den Lebensstandard der Werktätigen zu senken und sie zu knechten“ — hieß es weiter. Besonders hervorgehoben wurde die Beschleunigung der Konzentration des Kapitals, in deren Folge sich Arbeitslosigkeit und eine allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen entwickeln. Die Konzerne „werden betraut sein, die Arbeits- und Lebensbedingungen der französischen Arbeiter auf das Niveau jenes europäischen Landes zu bringen, in dem die jeweils schlechtesten Bedingungen herrschen“. Deswegen wurde besonders davor gewarnt, daß der Konkurrenzkampf in der EWG sich „zum Vorteil des stärksten Landes, also Westdeutschlands „auswirken“ wird, und daß die Zunahme der „ökonomischen Gewichte Westdeutschlands“ wieder ein „Machtanwuchs“ — „zwangsläufig eine Verstärkung seines politischen Übergewichts nach sich ziehen“ wird.

Gleichzeitig ließ die PCF aber auch damals schon realitätsfremd mit dem „parlamentarischen Weg“ als „eine Form des Übergangs zum Sozialismus“. Man war in der Formulierung der revisionistischen Bilanzpunkte noch etwas zaghafter, man hatte es auch noch nicht ganz verworfen, die Notwendigkeit der Vernichtung des alten Staatsapparats zur Durchsetzung der Arbeiterinteressen benennen zu können; man wies andererseits aber auch schon deutlicher den weiteren Entwicklungsweg der PCF, wenn das ZK unter Maurice Thorez beispielsweise kundtat, man wolle „das Parlament als einen Werkzeug der Herrschaft der Bourgeoisie zu einem Instrument der sozialistischen Umgestaltung des Landes“ machen.

Der Revisionismus der ehemals kommunistischen Parteien entwickelte sich nicht von heute auf morgen, sondern er wurde schrittweise zu einem der Politik der gesamten Partei umfassenden System ausgebaut. Diese Entwicklung ist auch mit Sicherheit noch nicht am Abschluß, wenn auch die Überläufe zwischen revisionistischen und sozialdemokratischen Positionen heute bereits in einer Reihe von Fragen „fließend“ sind.

Die Arbeiterbewegung befindet sich auch in Frankreich nach unter einem großen Einfluß dieser Leute und wahrscheinlich werden viele Arbeiter mangelt Alternative zu den Gaulisten des Linksbündnis von PCF und PS wählen. Aber in der französischen Arbeiterbewegung zeigen sich auch neue, vorerst noch schwache Tendenzen, die auf eine revolutionäre Lösung der gesellschaftlichen Widersprüche hinstreuen, und die auf diesem langen Weg auch schließlich den Einfluß des Revisionismus und Sozialdemokratismus hinter sich lassen werden.

## Das Problem der Arbeiter: Heranbildung einer revolutionären Führung

Der französische Mai 1968 war der bedeutendste revolutionäre Ansturm einer

westeuropäischen Arbeiterklasse seit dem Ende des zweiten Weltkrieges. Streiks, Betriebsbesetzungen und Demonstrationen flammten im ganzen Land auf und erreichten am 23. Mai eine Teilnahme von 8 — 10 Millionen Arbeitern. Die Kämpfe rührten bis heute an den Punkt heran, wo die Frage der Macht im Staat gestellt ist.

Diese Kämpfe mußten jedoch letztlich daran scheitern, daß die von einer geringen, unorganisierten Massenbewegung getragen wurden, daß in ihnen die revolutionäre Organisation fehlte, die diesen Aufstand hätte vorbereitet und führen können. Die PCF hat diese Aufgabe nicht wahrgenommen, weil sie seit langem die falsche Politik vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ verfolgt und deshalb auf die „Vermeidung“ jeder gewaltsamen Konfrontation zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse aus ist. So sah sie sich an einem bestimmten Punkt der Kämpfe veranlaßt, die unvorbereiteten und ohne revolutionäre Führung gelassenen Arbeiter zur Rückkehr in die Betriebe aufzufordern, um Schlimmeres zu verhüten. Die Bourgeoisie ihrerseits hält nämlich nichts von „friedlichen Spielregeln“, wovon der brutale Einsatz knüppelnder und schießender Polizeitruppen und die Bereitstellung von Panzer-einheiten der französischen Armee rund um Paris zeugen. In der Tat hätten die französischen Arbeiter eine solche Konfrontation unter einem gewissen Blutbad verloren. Aber nicht, weil sie überhaupt zu kämpfen wollten, sondern weil sie von ihrer reformistischen „Führung“ im Stich gelassen wurden, weil die PCF (und mit ihr die CGT-Gewerkschaft) in den ganzen Jahren keinen Finger zur Vorbereitung der Arbeiter auf eine solche Konfrontation gekrümmt hatten.

Der Bourgeoisie ist dennoch die in den spontanen Massenkämpfen sichtbar gewordene Stärke der französischen Arbeiterklasse erheblich in die Glieder gefahren. Sie weiß mittlerweile, was für einen Gegner sie sich mit den französischen Arbeiterklasse „heranzuehrt“ hat — und sie bereitet sich mit größter Energie ideologisch, politisch und militärisch auf die unvermeidlichen künftigen Schlägen vor.

Gegenüber der Zeit vor dem Mai 1968 haben die Kämpfe der französischen Arbeiterklasse merklich zugenommen, sie haben an politischer Klarheit und praktischer Störfähigkeit gewonnen. Direkt nach dem Mai 68 erlebten die Kämpfe zwar eine Phase des Abschwungs, was es galt, die politische Bilanz zu ziehen, die Resignation zu bekämpfen und den weiteren Weg zu diskutieren. Mittlerweile hat die Intensität der Kämpfe aber unter dem Druck einer selbstigen Offensive der Bourgeoisie wieder zugenommen.

Dabei sind einige Kampferigenschaften kennzeichnend für das Niveau der Arbeiterbewegung in Frankreich. Die Arbeiter sind durch zahlreiche Erfahrungen hindurch stärker als vor dem Mai 68 bemüht, die Kämpfe selbst in die Hand zu nehmen und sich nicht mehr so sehr auf die Verhandlungstaktik und die reformistische Strategie der Gewerkschaftsführung zu verlassen. Delegationen, die mit einer Verhandlungsführung beauftragt werden, unterliegen häufig einer direkten Kontrolle durch die Betriebsversammlungen. Es werden teilweise Kämpfe aufgenommen, die weitergeführt, auch wenn die Gewerkschaftsführung damit nicht einverstanden ist oder einen Abbruch auf der Grundlage unzumutbarer Konzessionen an die Kapitalisten empfiehlt. Andererseits darf das Niveau und die Festigkeit, mit der die Arbeiter in den Kämpfen teilweise die reformistische Strategie der Gewerkschaftsführung in Frage stellen, auch nicht überschätzt werden. Insgesamt bleiben die Gewerkschaftsführungen noch Herr der Lage, da die Bewegung noch sehr am Anfang steht und die Zersplitterung der Kämpfe in den Regionen und Industriezweigen noch lange nicht überwunden ist.

Es zeigt sich jedoch ein besseres Verständnis der Arbeiter vom Wesen ihres Kampfes gegen die Kapitalisten. Da diese es immer vermehrt haben, sich erhaltene Lohn-erhöhungen sehr schnell auf andere Weise zurückzuzahlen, stellen die Arbeiter ihre Forderungen mehr und mehr auf anderen Gebieten vor allem gegen die miserablen Arbeitsbedingungen, gegen zu schnelles Arbeitsstempo, gegen Arbeitsunfälle, gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit, für eine Revision der Lohnbestimmungen insgesamt.

Wo die Gewerkschaftsführung die Forderungen aufgestellt hat, da wurden diese Probleme zwar auch teilweise unter dem Druck der Arbeiter berücksichtigt. Aber es wurden dann lange Listen mit einer Reihe ungewisser Forderungen aufgestellt, woraus die Unternehmer sich jeweils diejenigen aussuchen konnten, wo sie zu geringen Zugeständnissen bereit wären, während andere wichtige Forderungen dann ganz unter den Tisch fielen. Das ist dort nicht mehr möglich, wo die Arbeiter den Kapitalisten diese Wahl nicht mehr lassen. Wo die Arbeiter ihre Forderungen selbstständig aufstellen, da beschränken sie sich heute zumeist auf eine oder zwei vorrangige Forderungen, die den Kapitalisten dann präsentiert werden. Nicht mehr die Kapitalisten wählen aus, wo sie Zugeständnisse machen wollen, sondern die Arbeiter wählen aus, wo die Kapitalisten Zugeständnisse machen sollen.

Dabei haben sich auch Kampfformen entwickelt, die geeigneter sind, optimale Ergebnisse für die Arbeiter zu erzielen, d.h. die geeignet sind, bei größtmöglicher Lohnaufschlag den Kapitalisten größtmög-

chen Schaden zuzufügen und sie so zu Zugeständnissen zu zwingen. Als eine sehr wirksame Kampfform hat sich dabei der sogenannte „Thrombose-Streik“ erwiesen. Bei dieser Streikform legt nur ein Teil der Belegschaft eine zentrale wichtige Abteilung des Betriebes still, wodurch aber die gesamte Produktion „abgeschnürt“ wird, d.h. der Betrieb „technisch stillgelegt“ wird. Eine andere Form ist der „gegliederte Streik“, wo die Abteilungen eines Betriebs reihum je einen Tag streiken, so daß auch hier die Lohnbestände (jeweils nur die Streikenden) gering gehalten werden, der Betrieb aber nicht „zur Ruhe kommt“.

Häufig und die Streiks mit einer Besetzung des Betriebs verbunden. Verschiedentlich haben die Arbeiter es auch unternommen, nicht auf die Erfüllung ihrer Forderungen zu warten, sondern selbständig die Produktion zu verkürzen. Das war jedoch bislang nur für sehr kurze Zeit möglich, da dies immer zu einer direkten Kraftprobe führen mußte, in der die Kapitalisten schließlich aufgrund ihrer Machtmittel die Oberhand behielten. Außerdem wurden verschiedenliche Revolvern gegen die Hierarchie im Betrieb durchgeführt, gegen die Disziplinierung von oben. Oder es wurden leitende Angestellte in ihren Büros eingesperrt und festgehalten, um die Kampfbereitschaft zu bekräftigen.

Diesen Aktionsformen liegt die Erfahrung der Härte und Brutalität der Kapitalisten zugrunde, die immer wieder Polizeitruppen zur Räumung der Produktionsanlagen und zur Niederschlagung eines Streiks herangezogen haben. Die Vielfalt der Kampfformen und die in ihnen gestellten Forderungen sind Ausdruck des sich entwickelnden politischen Bewusstseins der Arbeiter.

Bei mehreren Streiks hat es auch bedeutende Solidaritätsaktionen anderer Teile der Bevölkerung gegeben. In ländlichen Regionen sind mehrfach Teile der Bauernschaft den Arbeitern zu Hilfe geeilt, indem

sie sie bei Lohnaufschlag während eines Streiks mit Lebensmitteln zum Selbstkostenpreis versorgten.

PCF und CGT haben oft genug versucht, die Kämpfe der Arbeiter zu bremsen und ihrer Strategie zur Erringung eines parlamentarischen Wahlsieges unterzuordnen. Besonders deutlich tritt diese opportunistische und sklerotische Politik bei der Haltung der PCF gegenüber den zahlreichen ausländischen (vor allem nordafrikanischen) Arbeitern zu Tage. Die ausländischen Arbeiter haben nämlich einen für die PCF wichtigen „Nischent“ sie und in Frankreich nicht wahlberechtigt. So ist es nicht selten, daß kommunistische Gemeinden (wo die PCF bereits eine Mehrheit im kommunalen Vertreterorgan hat und den Bürgermeister stellt) die Kämpfe ihrer ausländischen Arbeiter nicht unterstützen, um die französischen Wähler „nicht abzuschrecken“ (welche Wähler-schichten wohl?)!

Da aber die revolutionären Arbeiterklasse, die unabhängig von der PCF eine konsequente Politik im Interesse der Arbeiterklasse verfolgen, insgesamt noch schwach und zersplittert sind, können PCF und CGT ihren reformistischen Einfluß in der Arbeiterbewegung noch weitgehend behaupten. Die selbständig arbeitenden Gruppen (in den Gewerkschaften, die in den Kämpfen und auf Betriebsversammlungen eingreifen, sind noch wenig strukturiert, ihre politische Aktivität ist noch unregelmäßig, so daß sie nach Beendigung des jeweiligen Kampfes meist erst wieder auseinanderfallen.

Vor der französischen Arbeiterbewegung steht das Problem, sich eine revolutionäre Führung zu schaffen. Dieses Problem ist in Frankreich lebender als in Italien noch dringender als in der Bundesrepublik, da die Bourgeoisie dort aufgrund der breit entfalteten Kämpfe eher eine entscheidende Kraftprobe antauen wird.

Die Bourgeoisie versucht der Arbeiterbewegung eine bürgerliche Führung aufzuzwingen. Da die gaullistische Regierung ihren Rückhalt in der Bevölkerung zuneh-

mend verliert, könnte der Bourgeoisie zu mindest für eine gewisse Zeit das PCF-PS-Bündnis als ein geeignetes Mittel zur Durchsetzung ihrer Politik sein. Das gemeinsame Regierungsprogramm von PCF und PS und das Verhalten der PCF gegenüber den (jüngsten) Kämpfen der französischen Arbeiter kommt dem sehr entgegen.

Ob das der Bourgeoisie aber bereits ausreicht, wird sich erst zeigen müssen. Solange die PCF sich nicht voll zur Aufrechterhaltung der Kapitalistenherrschaft bekannt, bleibt die Bourgeoisie natürlich skeptisch, ihre Regierung zu übertragen. Diese Erfahrung hat auch die Sozialdemokratie auf ihrem Weg zu einer offen bürgerlichen Partei gemacht. Sie hat lange um ihre Anerkennung durch die Bourgeoisie kämpfen müssen.

Der Reformismus bleibt ein zweischneidiges Schwert für die Bourgeoisie. Er trägt in sich den Keim einer mobilisierenden Wirkung auf die Arbeiterklasse, auch wenn er selbst die Vernetzung des Kampfbewusstseins zum Ziel hat und seine völlige Untauglichkeit zur Zerschlagung der Kapitalistenherrschaft längst bewiesen hat. Welcher Taktik die französische Bourgeoisie den Vorzug gibt, wird sich erst nach dem Ausgang der Wahlen im März entscheiden. Ein Wahlsieg von PCF und PS wird mit Sicherheit nicht dazu führen, in Frankreich „den Weg zum Sozialismus zu öffnen“, nichtsdestoweniger wird aber die Entscheidung der Bourgeoisie nach den Wahlen ihren Einfluß auf den weiteren Verlauf der französischen Arbeiterbewegung haben: sie wird sie so oder so, angesichts einer möglichen „Volksfront“-Regierung oder angesichts einer stärkeren Hinwendung zu staatlicher Repression mittels einer Fortführung des gaullistischen Regimes gegen das Vorkommen der werktätigen Bevölkerung, vor neue Aufgaben stellen, die das Problem der Herbeibildung einer revolutionären Führung der Arbeiterbewegung im einem wie im anderen Fall stärker in den Vordergrund rücken.



Mehrere zehntausend Menschen machen das Begräbnis des erschossenen Studenten Roberto Franceschi zu einer politischen Demonstration gegen den bürgerlichen Staat.

## Italien Staatliches Banditentum

In dem Augenblick, wo in Italien besonders im Metallbereich, der Klassenzusammenschloß härter wird, wetteifern staatliches und faschistisches Banditentum in der Anwendung der brutalsten Mittel zur Einschüchterung der Arbeiterklasse. Auf der Tagesordnung stehen Polizeieinsätze gegen Streikende und Streikposten, die oft die von den Bossen in vielen Betrieben organisierten Privatposten Seite an Seite unterstützen: am 22. Januar gingen die Polizeikräfte mit großer Härte gegen die Arbeiter vor, die das Automobilwerk Lancia besetzt hatten; am 26. Januar schossen Polizisten auf Arbeiter in Bergamo.

Die brutale Aktion dieser Monate zielte sich am 24. Januar gegen Mailänder Studenten: die Ermordung eines weiteren Genossen, Roberto Franceschi, 21 Jahre, und die schwere Verletzung des Arbeiters Roberto Piacentini waren die tragische Bilanz einer grundlosen und kaltblütigen Aggression.

Die Studenten der Universität Bocconi hatten zwar die Erlaubnis für eine Versammlung erhalten, aber unter der Bedingung, daß keine „Fremden“ daran teilnehmen dürfen. Gegen 22 Uhr, nach einer Stunde vergeblichen Wartens auf die Aufhebung dieser unzumut-

baren Auflage, hatten die Studenten beschlossen auseinanderzuziehen, um mögliche Provokationen zu vermeiden (die Polizisten waren schon vor dem Gebäude postiert). Während die Menge sich auflöste, schlug die Polizei ohne irgendein Zeichen oder Ultimatum und ohne irgendwelche Provokation seitens der Studenten plötzlich zu. Außer zu den üblichen Knüppeln und Tränengasbomben griff sie auch zu den Pistolen. Mehrmals wurde gezielt in eine Gruppe geschossen, die in eine Querstraße abbog. Zwei Genossen wurden getroffen.

Zum ersten Mal wurde von den Polizeibehörden kein Versuch unternommen, die Schüsse den Studenten anzulasten. Daß ein Polizist geschossen hatte, konnte nicht bestritten werden; aber man hätte die Stirn, oder Verantwortlichkeit zum Trotz, alles in die Verantwortung eines von plötzlicher Raserei gepackten Polizisten zu stellen. Der Polizist hätte die Selbstkontrolle verloren, nachdem eine Molotowflasche angeblich das Stahlblech seines Wagens durchdrungen und seine Mütze in Flammen gesetzt hatte (erstunlicherweise wurden seine Haare nicht angezündet!) Vom Wahnwitz besessen sei er aus dem Wagen gestiegen und habe zuseh-

geschlossen (und, trotz seines Verwundungsstandes, zweimal getroffen). Damit sei er von einem Kollegen aufgehalten worden.

Diese an und für sich schon groteske und absolut unglaubwürdige Version wurde in den folgenden Tagen von mehreren Augenzeugenberichten demontiert. Aus ihnen ergab sich, daß kein aus einem Wagen herausgesprungener uniformierter Polizist, sondern ein zivile gekleideter Mann, der unter den Polizisten stand und ihnen Befehle erteilte, kaltblütig und gezielt geschossen hatte; daß mindestens vier Polizisten von der Pistole Gebrauch gemacht hatten, daß die Geschosse das in Flammen gesetzte Wagnis völlig erdichtet war; daß es sich also um einen Zufall, sondern um eine vorsätzliche Provokation der Polizei gehandelt hatte.

Außer der Brutalität dieser vorstärklichen Polizeiaktion und zwei Elementen hervorzuheben. Einerseits die ruhige Unerschütterlichkeit der Polizeibehörden, des Innenministeriums und der Regierung, die sich mit der Logik des Stärkeren haben erlauben können, die absurden Versionen zu verbreiten, ohne sich um ein Minimum an Wahrheits-



lichkeit zu kümmern (d.h.: „ob es so war, oder nicht, so muß es aussehen; im Übrigen brauchen wir uns vor keinem zu rechtfertigen“). Und tatsächlich scheint die Untersuchung schon im Sumpf gelandet zu sein).

Andererseits das Verhalten der Revisionisten: zwar waren sie gewarnt, die große Demonstration beim Ergebnis des erschienenen Studenten Roberto Franceschi zu unterstützen (ebenso wie die Sozialistische Partei und die Gewerkschaften). Zugleich benutzte die PCI-Führung aber die Gelegenheit, um den bis jetzt heftigsten Angriff gegen die linken Gruppen zu starten. Statt bei dieser Gelegenheit wenigstens die bis vor zwei Jahren von der PCI geführte reformistische Kampagne für die „Entwaffnung der Polizei“ wieder aufzunehmen, haben sich die PCI-Führer zu einer Rolle von Denunzianten herabgelassen, der gegenüber die Bezeichnung „sozialfaschistisch“ nicht übertrieben ist. Denn letztlich macht es keinen Unterschied, ob jemand einen bewaffneten Polizeieinsatz gegen eine Studenten- und Arbeiter-Veranstaltung anordnet und befiehlt, oder ob ein anderer sich dazu hergibt, diesen Einsatz zu rechtfertigen und zu beschönigen! Es handelt sich hier weder um die übliche „Distanzierung“ der PCI-Führer von den Linken, noch um die gewöhnliche Verleumdung: die PCI hat ausdrücklich die bürgerliche Rechtsregierung aufgefordert, die revolutionäre Linke zu liquidieren. Cossutta, einer der Hauptführer der PCI, erklärte im Parlament: „Es gibt sehr mächtige Kräfte, italienische und ausländische, die versucht haben, die italienische Demokratie (!) tödlich zu treffen. Noch

jetzt handeln diese Kräfte weiter, sie betreiben und leiten Provokationszentren, die in den verwerflichen Rechtsgruppen, aber auch in den abenteuerlichen Gruppen vorhanden sind, die sich Linksgruppen nennen, aber in Wirklichkeit nur den Rechten in die Hände spielen... Es ist jetzt an der Zeit, daß man aufhört, die Kommunisten mit diesen Gruppen zu verwechseln. Rumor (ital. Innenminister) sollte sich nicht auf bloße Worte beschränken, daß er die Provokation verhindern will; er sollte auch in dieser Richtung konkret handeln (!)“.

Bei diesem Geschäft, d.h. bei der Liquidierung der revolutionären Linken, will die PCI-Führung stärker als bisher auch selbst mit „zapacken“. Auf einer Sitzung des ZK der PCI im Februar erklärte Parteichef Berlinguer:

„... es ist notwendig geworden, im Kampf gegen die abenteuerlichen Gruppen einen Schritt vorwärts zu machen: das heißt nicht nur Abgrenzung und politisch-ideologische Polemik, sondern die Mobilisierung (!) der werktätigen Volksmassen, um diese Gruppen in der öffentlichen Meinung zu isolieren und um nach Möglichkeit ihre unüberlegten Handlungen, ihre Provokationen zu verhindern. In der heutigen konkreten Situation setzt der Kampf, um die Faschisten und die Rechte zu isolieren und zu schlagen, auch eine einschneidendere Aktion gegen diese „ultra-linken“ Gruppen voraus... Wir können uns daher nicht den Luxus der Toleranz erlauben; das wäre ein Verbrechen gegen die Arbeiterbewegung, gegen die Sache der Demokratie.“ (Zitat nach „Unità“, Organ der PCI, 11.2.73)

## Italiens Arbeiter kämpfen weiter

Der Verlauf der Tarifkämpfe in der italienischen Metallindustrie erreichte in den letzten Wochen zwei politische Höhepunkte durch zwei Kampfkaktionen, an denen sich Millionen von Arbeitern beteiligten: der Generalstreik gegen die Andreotti-Regierung am 12. Januar und die Demonstration der Metaller in Rom am 9. Februar.

Beim Generalstreik traten die Widersprüche zwischen der gewerkschaftlichen Führung der Tarifkämpfe und der Kampfbereitschaft der Arbeiter am deutlichsten hervor. Die Vorbereitung dieses Streiks, zu dem anderthalb Monate vorher aufgerufen worden war – oder besser: der um anderthalb Monate verschoben wurde – war durch die Zögerungen und Schwankungen der Gewerkschaftsspitzen gekennzeichnet und durch ihren Versuch, den Streik so sehr wie möglich zu „verharmlosen“. Aber die von den Gewerkschaftsführungen gewünschte „weiche Linie“ konnte sich bei der Ausführung des Streiks nicht durchsetzen. Wenn es ihnen auch gelingen konnte, den Streik einiger Bereiche, z.B. der öffentlichen Dienste, auf eine rein symbolische Demonstration zu reduzieren, so wurde aber in vielen Betrieben die vorgesehene Dauer auf acht, sogar auf 24 Stunden erhöht. Die reformistischen Parolen der Gewerkschaften wurden oft von radikalen Parolen übertönt. Überall drückte weiche Taktik der Gewerkschaften, so wurde diese umstrittene Initiative zu

einer Demonstration von Arbeiterstärke. In Nord-, Süd- und Mittelitalien waren die Einstellungen der Arbeit und die Teilnahme an den Veranstaltungen sehr stark: 80 000 demonstrierten in Rom und in Neapel, 50 000 in Mailand und Bologna, Tausende in vielen anderen Städten.

Aber die größte Arbeiterdemonstration nicht nur dieser Tarifkämpfe, sondern der ganzen Nachkriegszeit war die von den Metallgewerkschaften am 9. Februar in Rom aufgeführte Nationaldemonstration. Unzählige Arbeiter, denen sich viele Schüler und Studenten angeschlossen hatten, vielleicht 300 000 Menschen insgesamt, zogen durch die Straßen von Rom: dreimal so viele wie im Herbst 69 und anderthalbmal so viele wie am 22. November 1972 in Mailand. Sie brachten die ungeheure Stärke der Arbeiter und gleichzeitig die Tiefe der gesellschaftlichen Widersprüche zum Ausdruck.

Das war aber bloß der anschauliche Ausdruck des im Laufe dieser Tarifrunde erreichten hohen Bewußtseinsniveaus und der neuen Phase, in die die Tarifkämpfe ab Mitte Januar eingetreten sind.

Am 16. Januar unterbrach die Fedemecanica (Verband der privaten Metallunternehmer) die Verhandlungen für die Erneuerung des Vertrages. Obwohl die Gewerkschaften zwei Tage vorher ihre Bereitschaft zu einer Vereinbarung auch über die strittigsten Punkte der Plattform und damit zu

einer Wiederholung des vor kurzem geschlossenen kapitalistenfreundlichen Bauarbeitervertrages erklärt hatten, entschlossen sich die Kapitalisten für die harte Linie. Seit dieser Unterbrechung der Verhandlungen, die den Willen der Kapitalisten bewies, sich nicht mit den Zugeständnissen der Gewerkschaften zufrieden zu geben, sondern die Bewegung gründlich und an der Basis abzuwürgen, trat der Kampf in die Phase einer bis jetzt unbekannten Spannung.

Die Antwort der Arbeiter auf die neue Provokation blieb nicht aus, und die zweite Hälfte des Januar wurde durch eine progressive Radikalisierung der Kampfformen gekennzeichnet. Die gegliederten Streiks wurden intensiviert und für Versammlungen und Diskussionen ausgenutzt; bei Mirafiori (Fiat) und anderen Betrieben in Turin und Mailand bildeten sich jeden Tag massenhafte Züge von Arbeitern (bis 8000), die durch die Werkstätten des ganzen Betriebs marschierten, um andere Arbeiter und vor allem die Angestellten zum Streik aufzufordern und politische Diskussionen anzuregen. Am 22. Januar wurde das Automobilwerk Lancia von den Arbeitern besetzt: es war die Antwort auf die Verhaftung eines Genossen und die Entlassung von zwanzig Kollegen.

Die italienischen Arbeiter werden „ihren“ Kapitalisten auch in den kommenden Monaten noch einiges zu schaffen machen.

## Wie der bürgerliche Staat Jugendkriminalität produziert

In Waisenhäusern, in Fürsorgeheimen und durch staatliche Jugendfürsorge überwacht der BRD-Staat die Erziehung von rund 500 000 Kindern und Jugendlichen. 6 000 Jugendliche werden jährlich in Jugendgefängnisse eingewiesen. Fast alle stammen aus zertrübbten Arbeiterfamilien, über einen Volkschuh oder Lehrabschluss verfügen nur 40 % der Inhaftierten. Für fast alle waren Waisenhäuser oder Fürsorgeheime die erste Stufe der staatlichen Erziehung, die Vorstufe für das Gefängnis.

Zwei Drittel dieser Jugendlichen sitzen, weil sie sich an der heiligen Kuh des Kapitalismus, dem Privateigentum, vergreifen haben. Aus der Zwangslage der eigenen materiellen Not und Abhängigkeit heraus und dem Wunsch, am gesellschaftlichen Reichtum teilzuhaben, eignet sich der Jugendliche durch Diebstahl Eigentum an, wie es ihm die Kapitalisten „legal“ in dieser Gesellschaft vorexerzieren.

Der Staat reagiert mit Demütigung des „Delinquenten“ und stößt ihn durch soziale Isolation und Achtung und durch Verweigerung der Möglichkeit, sich seine Lebensgrundlage zu verschaffen, in noch größeres Elend.

Offiziell soll der Strafvollzug, dem Gefangenen zu der Einsicht verhelfen, daß er für begangenes Unrecht einzustehen hat „... den Willen und die Fähigkeit des Gefangenen wecken und stärken, künftig ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben zu führen.“

Das heißt, der Gefangene soll lernen, wie er sich „draußen“ zu verhalten hat, damit er als vollwertbare Arbeitskraft ausbeutet werden kann. Erreicht wird das Gegenteil: 50 % aller straffälligen Jugendlichen werden „rückfällig“, sie landen wieder im Gefängnis; die übrigen verlassen das Gefängnis als seelische Krüppel.

Für viele ist das Gefängnis erst die „Schule des Verbrechens“. Ein Jugend-



Mit 14 Jahren erhängte sich Norbert Roggenhofer in der Münchner Strafanstalt Stadelheim. Er zog damit einen Schlußstrich unter ein verzwieselltes Leben in Fürsorge, Erziehungsheimen und Strafanstalten.

Sein Bruder hatte 2 Jahre zuvor – auch 14jährig – in einem bayerischen Gefängnis auf die gleiche Art seinem Leben ein Ende gemacht.

licher beschreibt die allgemeine Erfahrung so: „Im Saal lernt man alles, was man für eine Verbrecherlaufbahn braucht“.

„Aufstehen, fressen, arbeiten, wieder freieren, ein bißchen quatschen, wischen und schlafen“, so beschreibt ein 17jähriger Häftling den Gefängnisalltag, der von militärischem Drill und totalen Reglement beherrscht wird.

Jede Regung, die spontan ist und eigener Initiative entspringt, wird als „Aufsässigkeit“ bestraft. Der Gefangene wird zur Unselbständigkeit erzogen und damit zum wirklichen Gefangenen seiner Umwelt gemacht.

Kontakte zur Außenwelt schneidet man dem Häftling völlig ab, man isoliert ihn von der Gesellschaft. Besuche finden nur unter Aufsicht statt, sie können jederzeit verweigert werden.

Der Gefängnisalltag wird von „Wärtern“ überwacht, die ihre Autorität meistens nur mit dem Knüttel wahrnehmen können, weil man sie nur in Selbstverteidigung statt in Pädagogik ausgebildet hat.

Der Aufenthalt im Gefängnis soll „die Arbeitseinsinnung des Gefangenen wecken“, man verdonnert ihn zu Zwangsarbeit. Für 10 bis 40 Pfennig Stundenlohn läßt man den Jugendlichen acht Stunden lang stupide, nervtötende Arbeit verrichten: Türen kleben, Figuren bemalen, Fahrradspeichen ziehen usw. Der volle Lohn wird dem Staat ausbezahlt, der so bis zu 30 DM am Tag an einem Häftling verdient. So zeigt man dem Häftling mit Gewalt, was der Kapitalismus von ihm erwartet: Totale Unterwerfung unter die kapitalistische Ausbeutung.

Durch menschenunwürdige Lebensbedingungen wird dem Gefangenen demonstriert, daß der Staat die Stärkere ist. Wer seine Gesetze mißachtet, bekommt schlechtes Essen, bekommt einen Eimer statt ein Klo und wird in eine feuchte Zelle gesteckt.

„Humaner Strafvollzug“ soll die Lebensbedingungen der Häftlinge erleichtern, mit der Reform des Strafvollzugs brüsten sich die bürgerlichen Politiker. Bei der Einweihung der Jugend-

strafanstalt Hamburg - Neuenkamp sagte Hamburgs Bürgermeister Schulz: „Dieser Neubau ist ein Stück Reform.“ Die Reform sah so aus, daß in den Zellen statt einer Schüssel jetzt ein Waschbecken, statt eines Kübels jetzt ein Klo steht und daß die Zellen etwas größer geworden sind.

Der Drill, die Isolation und die tierische Behandlung sind geblieben.

Viele versuchen, sich durch die Einnahme von Rauschgift aus der unmenschlichen Situation zu „befreien“. Die Erkenntnis, daß Rauschgift keine Befreiung bringen, sondern einen in noch größere Not stürzen, läßt für viele Selbstmord zum letzten Ausweg werden. Am 16.1.73 meldete die Hamburger „Morgenpost“: „Häftling zündete sich in der Zelle an.“ Drei Selbstmordversuche des 20jährigen Häftlings in Neuenkamp wurden nicht ernst genommen, nach dem vierten will man ihn gesund pflegen, um ihn wieder in die Zelle zu stecken.

Leisten die Häftlinge organisierten Widerstand, lehnen sie sich gegen die Behandlung auf, bringen knäuelnde Wärter die Häftlinge wieder zur Ruhe. Der Aufstand gegen die unmenschlichen Haftbedingungen wird mit verschärfter Einzelhaft, mit gekürzten Essensrationen und mit noch härterem Drill bestraft.

Wer aus dem Gefängnis entlassen wird, findet sich in der Regel „draußen“ nicht mehr zurecht. Der Vermerk „vorbestraft“ in den Papieren verwehrt



Helmut Stafeg, mit 14 Jahren von der kapitalistischen Justiz zum Verbrecher gestempelt und ins Erziehungsheim gesteckt.

dem Jugendlichen die Möglichkeit, sich Geld zu verdienen, er wird nicht eingestellt. Die soziale Achtung, der verlorene Kontakt zu Freunden und die Unmöglichkeit, sich den Lebensunterhalt zu verdienen, treibt den Jugendlichen zum Diebstahl oder Einbruch. Der Teufelskreis ist damit geschlossen, er landet wieder im Gefängnis.

Der Arbeiterjugend vor allem droht der kapitalistische Staat das größte Elend an, damit sie Angst bekommt, ins Lumpenproletariat hinabzusinken. „Werd bloß nicht so einsam!“, dieser Gedanke soll Unterwürfigkeit und Bravheit auch dann noch in der Arbeiterklasse erzeugen, wenn gestreikt und gegen die Kapitalisten gekämpft wird.



Jugendstrafvollzug: „Da lernt man alles, was man für eine Verbrecherlaufbahn braucht.“





## Hamburger Schulbehörde:

# Ein Loch stopfen, indem man neue aufreißt

**H**amburg – eine kinderfreundliche Stadt, heißt ein neuer Slogan der Hamburger Senats. Darum hat sich die Schulbehörde auch eine „echte Reform“ für „Beseitigung“ der massiven Lehrermisere an den Schulen ausgedacht: Lehrkräfte sollen von den Volks- und Realschulen abgezogen werden, um an Gymnasien und Berufsschulen auszuheilen.

Elternrat der Schule Amkietstraße 2-4

An den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg

An die Bürgersektoren der SPD, CDU und FDP

2 Hamburg 1 Rathaus

Hamburg, den 21.1.1973

Sehr geehrte Herren!

Der Elternrat der Schule Amkietstraße 2-4 wurde auf seiner Sitzung am 11.1.1973 durch den Schulleiter Herrn Jaekel über den Plan der Schulbehörde, der eine strenge Anordnung der Lehrermisere durchsetzen soll, informiert.

Daneben sollen Lehrkräfte von den Volks- und Realschulen an die Gymnasien zur Durchführung der Oberstufenreform und an die Berufsschulen versetzt werden.

Der Elternrat ist über diese Absicht empört und fordert vom Senat und den in der Bürgersektoren vertretenen Parteien, endlich die notwendigen Mittel zur Beseitigung des Lehrermangels bereitzustellen. Es wird allerdings Zeit, daß mit der verantwortungsvollen Behandlung der Bildungsfragen in unserer Stadt ein Ende gemacht wird.

Aus diesem Grund beschloß der Elternrat, die Öffentlichkeit über all seine Aktionen, die sich auf die Bildungspolitik beziehen, z.B. Schreiben an die Schulbehörde oder an den Senat, grundsätzlich zu unterrichten.

Das Aktionskomitee der Schule Amkietstraße nimmt mit sofortiger Wirkung seine Tätigkeit wieder auf. Ziel seiner Arbeit wird es sein, die Elternschaft der Schule Amkietstraße und der Schulklassen 21 zu mobilisieren, um durch geeignete Maßnahmen seine Forderung nach grundlegender Beseitigung des Lehrermangels durchzusetzen. Besonders den Eltern des Kerngebiets Altona soll deutlich gemacht werden, daß in ihrem Gebiet die Chancengleichheit nicht gewährleistet ist.

Diese Beschlüsse des Elternrates der Schule Amkietstraße mögen Ihnen deutlich machen, daß der Elternrat die Methode der Schulbehörde, den Lehrermangel dadurch zu beseitigen, indem Lehrer von einer Schule zur anderen geschoben werden, nicht hinnehmen.

Ihre unverzüglichen Stellungnahmen entgegenstehend,

verbleibe wir mit freundlichen Grüßen  
der Elternrat der Schule Amkietstraße

Dabei ist ohne jeden Zweifel klar, daß die Bildungsmisere aller Schulklassen trifft. Diese neue Maßnahme der Schulbehörde zeigt zweierlei: Erstens ist man noch wie vor grundsätzlich zu einer Verbesserung der Situation an den Schulen nicht bereit. Der „Lehrerbestand“ ist wie ein laßter enger und dünner Mantel, an dem die Nähte platzen und der Stoff reißt. Besonders große und auffällige Löcher werden mit Flecken gestopft, die man an anderen Stellen des Mantels abtrennt. – Zweitens ist klar, daß die Fleckerei in einer Linie auf Kosten der Schüler an den Volks- und Realschulen geht, und das heißt vor allem auf Kosten der Arbeiterkinder. Mit dieser „Lösung“ der Schulbehörde kann niemand einverstanden sein: weder die Schüler der Volks- und Realschulen (denen die Lehrer weggenommen werden) noch die Oberschüler (die immer noch keinen „vollwertigen“ Unterricht erhalten) noch die hin- und hergeschobenen Lehrer (die sich ihren neuen Aufgaben, für die sie nicht ausgebildet worden sind, nicht gewachsen sehen).

Der Elternrat der Schule Amkietstraße 2-4 (Hamburg-Altona) hat in einem Brief an den Senat gegen diese Vorgehensweise protestiert. Dieser Brief ist verschiedenen Zeitungen, darunter auch dem ARBEITERKAMPF, mit der Bitte um Veröffentlichung veröffentlicht worden. Wir drücken ihn beistehend ab. (vgl. dazu auch den Artikel Schulkampf in Altona in AK 24)

Schulkampf in Altona in AK 24) siehe

## „Bis sich einer umbringt...“

**W**ir haben hier eine Erklärung der Verteidigung von Marianne Herzog abgedruckt, die die Situation eines politischen Gefangenen in unserem „demokratischen Rechtsstaat“ beschreibt.

Was hier geschildert wird, ist alles andere als ein Einzelfall. Der größte Teil der in Untersuchungs-Haft befindlichen angeblichen Mitglieder und Sympathisanten der „Baader-Meinhof-Gruppe“ wird in totaler Einzelhaft gehalten. Die Besuche sind stark eingeschränkt; im wesentlichen werden nur die Verwandten zugelassen, mit denen die politischen Gefangenen ohnehin kaum noch eine gemeinsame Sprache haben. „Mit Angehörigen haben wir uns doch sowieso meist nichts zu sagen“ (Baader). Selbst diese Besuche sind stark eingeschränkt: z.B. etwa zweimal im Monat! und auch dann nur für sehr kurze Zeit (Astrid Proll konnte nach Angaben der Justiz 1972 gerade 28 mal besucht werden); persönlicher Kontakt (z.B. Begrüßung durch Umarmung), der die quälende Isolation der politischen Gefangenen etwas erleichtern könnte, wird strikt unterbunden (z.B. Bericht über die Haftbedingungen von Marianne Herzog). In der Regel dürfen die politischen Gefangenen nicht an Gemeinschaftsveranstaltungen der anderen Gefangenen (Fernsehen etc.) teilnehmen, sogar zum „Kundung im Freien“ werden sie allein geführt. Post dürfen sie in der Regel nur von ihren Anwälten und von Verwandten bekommen. Dazu kommen noch individuelle Schikanen; z.B. das häufige Wecken von politischen Gefangenen durch „Lichtkontrollen“ (d.h. durch Abblenden mit starken Lampen o.ä.).

Die politischen Gefangenen haben wiederholt versucht, durch Hungerstreiks, durch Erklärungen ihrer Rechtsansätze, durch Anklagen während der bisherigen politischen Prozesse auf diese Situation aufmerksam zu machen. Die Behandlung politischer Gefangener in unserem „demokratischen Rechtsstaat“ ist kein Zufall, keine

„Panee“. Sie wird systematisch betrieben, um die Gefangenen kaputt zu machen und sie zum wahnenden Beispiel gegen jede Art von Auflehnung zu machen. Der bürgerliche Staat weiß natürlich, daß „die strenge Isolation bei den Häftlingen psychische und physische Ausfallerscheinungen... nahezu unvermeidlich“ bewirkt (Spiegel, 4/1973). Das ist kein „Versehen“ – das ist volle Absicht.

Andreas Baader hat als Zeuge im Westberliner „Mahler-Prozess“ das Ziel so benannt: „Bis einer zusammenbricht oder bis sich einer umbringt“ oder bis vielleicht einer ausstirbt“. Das läßt sich im einzelnen an Beispielen noch verdeutlichen:

1. Zusammenbruch. Wie das aussieht, ist im Bericht der Verteidiger von Marianne Herzog sehr anschaulich beschrieben. Ein anderes Beispiel ist Astrid Proll. Sie wurde am 6. Mai 1971 in Hamburg verhaftet und ist seither – seit 22 Monaten – ohne Prozess in Untersuchungshaft. Über ihren Auftritt als Zeugin im „Mahler-Prozess“ schrieb die Hamburger „Morgenpost“ am 8. Dezember 72: „Die 25jährige Zeugin wirkte krank, nervös und hatte Schwierigkeiten, sich zu konzentrieren. Die Haft hat sie offensichtlich zermürbt.“

Das ist kein Wunder, denn an Astrid Proll sind alle „Feinheiten“ der totalen Einzelhaft probiert worden: Isolation in einem leeren Flügel des Gefängnisses, wo nicht einmal das Schließen von Türen die einwirkende Stille unterbricht. Astrid Proll muß als ideales Opfer erscheinen; ist sie doch schon vor ihrer Verhaftung in der bürgerlichen Presse als seelisch extrem labil eingeschätzt worden.

2. Selbstmord. Das ist ein besonders schöner Erfolg der Klassenjustiz, der freilich in der Regel solide Vorarbeit erfordert. In Japan Anfang Januar der politische Gefangene Tsunao Mori im Gefängnis Selbstmord begangen. Tsunao Mori galt als Führer einer Ter-

roristen-Gruppe namens „Vereinigte Rote Armee“.

Der Selbstmord von Tsunao Mori ist von der bürgerlichen Presse, z.B. von Springer „Welt“, ausgenutzt worden, um erneut das angebliche „Scheitern“ aller revolutionären Pläne zu demonstrieren.

Daß Gefangene im Kunst Selbstmord begehen, kommt im „humanen Strafvollzug“ der BRD nicht einmal selten vor. Wenn es der Bourgeoisie gelingen sollte, einen der politischen Gefangenen dahin zu treiben, so wäre das ein wesentlicher „Triumph“ für die konterrevolutionäre Propaganda.

3. Aussage. Die Bourgeoisie hat gegen die „Baader-Meinhof-Gruppe“ schon einige „Kronzeugen“ – d.h. ehemalige Sympathisanten, die zu Aussagen gegen die Genossen verführt worden sind. Mit ihren bisherigen „Kronzeugen“ wird die Bourgeoisie aber nicht recht froh. Sie können kaum etwas sagen (weiß sie „Randfiguren“ waren und nichts wissen); was sie sich ausgedacht haben oder was ihnen eingetrichtert worden ist in „belastenden Aussagen“, hat in den Prozessen nicht standgehalten. „Kronzeugen“ wie Ruhland, die zuerst von der Bourgeoisie großartig angepriesen wurden, erscheinen heute eher peinlich. Während der „Mahler-Prozesse“ mußte Ruhland für mehrere Wochen aus dem Verkehr gezogen werden, um neue Instruktionen zu erhalten, nachdem seine fadenscheinigen Aussagen von Mahler zerlegt worden waren. Im Prozess gegen Margit Schiller in Hamburg trat die Zeugin Beate Sturm auf, um sie über die Kunden zu bringen, mußte das Gericht illegal ihre Aussage ohne Zustimmung der Verteidiger von Margit Schiller abbrechen und die Zeugin schnell nach Hause schicken.

Die Bourgeoisie hat aber die Hoffnung noch nicht aufgegeben, aus den sogenannten „engeren Kreisen“ der „Baader-Meinhof-Gruppe“ jemanden sowas zu bringen, daß er einen wirklichen „Kronzeugen“ abgeben könnte.

## Haftbedingungen

Beschränkungen beruhen auf richterlicher Anordnung.

Eigene Zustände der Anstaltshaltung in Mainz (Beispiele):

- Bei der einzigen Bewegungsmöglichkeit, dem „Einzelhofgang“ in einem 20 mal 20 m großen Hof, ständige Begleitung durch einen bewaffneten Wärter, der sich gelegentlich dadurch zerstreut, daß er auf 2 1/2 Schritt Distanz seine Schußwaffe entschärft und laut hörbar durchdringt.
- Vor und nach jedem Anwesenheitsbesuch wird Marianne Herzog vollständig aus- und wieder angezogen und durchsucht.
- Vollständige Abschirmung von jedem auch dem unverdächtigsten Anzeichen der Anstaltsverwaltung: einen FLEUROP-Blumenstrauß zum Geburtstag weigert sich die Anstalt anzunehmen und weiterzugeben.
- Im Dezember 1972 erklärte sich ein alter Bekannter Marianne Herzogs eines Erlebnis zum 15-Minuten-Besuch (dritter Besuch seit dem 15. 6. 1972) und reist dazu von München nach Mainz. Zwei Minuten nach Besuchsbeginn wird Marianne Herzog von Besuchern weggezerrt und der Besuch abgebrochen, weil sie den Besucher zur Begrüßung küssend umarmte.
- Für generellen Isolierung und zu den Einzelzellen kommt in Mainz mehr als eine ärztliche Versorgung. In der Anstalt praktiziert kein Arzt. Stattdessen werden die Gefangenen in Anstalts- oder in der Umgebung an 4 Stellen wöchentlich für ständige Anstaltsuntersuchen.
- Anfang Juni 1972 wird Marianne Herzog ins Zahn gezogen und dabei festgestellt, daß weitere Zähne entzündet und verrotten sind. 6 Monate erhält sie anstelle einer Behandlung täglich Schmerztabletten (Gelonin, Aramyl, Bonapron). Sie nimmt sie seit Mai 1972 täglich 6 mg Valium.

Folgen: Im November 1972 steht Marianne Herzog körperlich und psychisch vor dem Zusammenbruch. Sie ist völlig abgemagert (48,5 kg bei 170 cm Größe), hat in immer kürzeren Abständen Schwindel und Schwindelanfälle, Herzstacken, dazu ständig Sehstörungen. Und das ist der Stand vom 15. Dezember 1972: seit Montag, dem 11. Dezember 1972, ist Marianne Herzog nicht mehr im Bett. In ihrer Zelle zu verlassen, sie hat ständig Fieber (beim Verlassen aber nicht einmal ein Thermometer), verstärkte Schwindelanfälle, Schmerzen, dazu Gleichgewichtsstörungen und Schüttelfrostanfälle bei jedem Aufstehenveruch.

Folger:

Seit Freitag, dem 15. Dezember 1972, sind zusätzlich die Verteidiger durch die Anstaltsverwaltung vom mündlichen Verkehr mit Marianne Herzog und damit praktisch von einer ordnungsgemäßen Verteidigung ausgeschlossen.

Am Freitag Nachmittag hatten wir unsere Mandanten sprechen wollen und dabei von der erneuten Verschlechterung ihres Zustandes erfahren. Das Gespräch wurde verweigert. Die Anstalt bestirnt uns gegenüber laienmännlich. Daß Marianne Herzog ihr Bett nicht verlassen und daß sie nicht gehen kann. Man kapriziert sich dennoch darauf, unsere Besprechung könne nur in bestimmten Räumen im Erdgeschoss der Anstalt stattfinden, für unsere Mandanten nicht erreichbar, da die nicht gehen kann und ihre Zelle sich im Obergeschoss befindet. Nach etwa 1 1/2stündiger Verhandlung teilte die Anstaltsleitung uns definitiv mit, wir dürften Marianne Herzog am Krankenbett in der Zelle nicht aufsuchen, im übrigen in den gesamten Zellentabak keinen Fuß setzen.

Begründung: die Rechtslage sei eindeutig.

Freitag abend und Samstag, den 16. 12. 1972, haben wir uns bei dem für Fernentscheidungen zuständigen Amtsgericht Frankfurt unter voller Darlegung des alarmierenden Zustandes von Marianne Herzog um die Genehmigung bemüht, noch am Samstag einen privaten Arzt in die Anstalt schicken zu können. Der Antrag wurde zurückgewiesen, da wir noch nicht kennen, zu Grundtendenzen.

Wie wollen darauf hin, daß diese Pressemitteilung keine „Protesterklärung“ ist. Über die Nutzungslosigkeit von „schwarzen Protesten der Verteidiger“ täuschen wir uns keinen Augenblick. Klar geworden ist uns aber noch mehr, die Staatsanwaltschaft hegt geplant, im Prozess 150 Belastungszeugen auf Marianne Herzog loszulassen, wohl in der Hoffnung, mit Masse zu übermächtigen, was den Beweisen an Qualität fehlt. Der Monsterprozess wird ausfallen müssen. Nötig ist es allerdings auch nicht mehr.

Wo der Spezialvollzug einer Spezialhaft ausreicht, noch im Untersuchungsstadium körperliche und psychische Kräfte des Betroffenen auf Null zu reduzieren, ist ein Erlebnis, das die bürgerliche Presse (Anklage, Hauptverhandlung, Urteil) ebenfalls erleben läßt.

Auf dem Gebiet der Strafrechtspraxis stehen wir vor bedeutenden Einsparungen.

Johannes Riemann – Inge Hornischer  
Rechtsanwälte

## Mietwucher treibt Rentner in den Tod

**D**at kann ich gar nicht betalen!“, war die Reaktion des 78jährigen Rentners, als seine Wohnungsmiete von 177 DM erneut um 50 DM erhöht werden sollte. Wilhelm H. hatte 26 Jahre im zweiten Stock des alten Mietshauses in der Wohlwillstraße auf St. Pauli gelebt. In einem Abschiedsbrief schreibt der Rentner: Weil die Miete jetzt zu hoch ist, hänge ich mich auf!

Selbstmord – Wahnsinnstat eines Einzelnen – oder verzweifelte Reaktion auf die sich verschlechternde materielle Situation? Der Rentner Wilhelm H. hat es für sich ganz klar in seinem Abschiedsbrief beantwortet.

Bodenspekulation und Mietwucher sind ein einträgliches Geschäft für viele, die dabei Millionen verdienen und dadurch die sozial schwach Gestellten (Rentner und kinderreiche Familien) in noch größeres Elend treiben. Ein anschauliches Beispiel für Wohnungsspekulation, wie sie in der gleichen Straße betrieben wird, finden wir 14 Tage vorher in der „Morgenpost“ vom 15.1.73: In einem Prozess gegen einen „alten Hasen“ in Sachen Wohnungsspekulation kommt zu Tage, wie solche Betrüger ihr Geld machen. Der Häusermakler Roman Niehaus hatte 1965 die Häuser 10 bis 18 in der Wohlwillstraße für 680.000 DM gekauft, schon 5 Jahre später verschachtelte er das ganze Objekt für 900.000 DM, ohne in der Zwischenzeit etwas investiert zu haben. (Für solch einen Gewinn von 220.000 DM müßte ein Arbeiter bei einem Netto-Monatslohn von 1.000 DM 18 Jahre lang schuften.) Die Gerichte ermitteln zwar gegen einige solcher Fälle, wie sie in Westdeutschlands Größtstädten Gang und Gebe sind.

Doch können wir uns von solchen Prozessen ein Ende der Bodenspekulation erhoffen? Das Gegenteil ist der Fall: solche Prozesse sollen in der Bevölkerung bloß verschleiern, was der Gesetzgeber wirklich für diese Spekulant tut.

Alle Mieter von Hamburger Altbauwohnungen sind im neuen Jahr erst wieder mal zur Kasse gebeten worden. Die Regierung hat den Hauseigentümern gesetzlich die „Möglichkeit“ gegeben, die Mieten zum Anfang des Jahres 73 um 10% zu erhöhen. Das bedeutet für viele Mieter eine spürbare Senkung des Lebensstandards. Hinzu kommen die ständigen Verteuerungen von Lebensmitteln, Gebrauchsgütern, allgemeinen Gebühren und wieder mal Steuererhöhungen. Und das bei allgemeinen Lohnerhöhungen, die nicht einmal in der Lage sind, die Preissteigerungen für Lebensmittel aufzuheben.

Ursprünglich war zum 1.1. die Einführung des „Weissen Kreises“ in Hamburg geplant, d.h. die Mietpreisbindung für Altbauwohnungen sollte aufgehoben werden. Aus wahltaktischen Gründen entschloß sich die Regierung, dieses Vorhaben um 2 Jahre zu verschieben. Damit wollten die SPD-Führer die Empörung der betroffenen Mieter verhindern.

Doch ganz leer sollten die Haus- und Grundbesitzer nicht sein: auf höhere Gewinne spekuliert hatten, nicht ausgehen. Man vertrießte sie mit der 10%igen Mieterhöhung. Wie schon jetzt in Einzelfällen gezeigt wurde, reicht vielen Vermietern noch nicht einmal die Teilsputzen als die Unkenntnis der Mieter aus und schmen jetzt schon zu viel Miete, schlagen auf die Wuchermieten noch mehr als 10% auf, wie in dem Beispiel vom Rentner H., den die kapitalistische Profitgier in den Tod trieb.

Stadtteilgruppe St. Pauli (Hamburg)

**N**euere Grundbesitzentscheidung aus Mainz: Rechtsberatung nur bei aufrechter Körperhaltung aller Beteiligten zulässig.

Ein Beschuldigter, der so entkräftet ist, daß er nur noch liegen kann, verliert den Anspruch auf Kontakt mit seinem Verteidiger. Auf die Ursachen, die ihn bewegungsunfähig machen, kommt es dabei aus Rechtsgründen nicht an.

Als Verteidiger von MARIANNE HERZOG teilen wir zur Erläuterung der Entscheidung und ihrer Hintergründe folgende Tatsachen mit:

1. Die 33jährige Journalistin Marianne Herzog, gesucht wegen angeblicher Verbindung zur „Baader-Meinhof-Bande“, wurde am 2. Dezember 1971 in Köln festgenommen. Sie ließ sich widerstandslos verhaften. Sie war unbewußt. Sie war auch gesund.
2. Nach 5 Monaten Untersuchungshaft in den Gefängnissen Anrath und Wittlich kam das Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt Bochum – ein Gefängnis-Krankenhaus also – nicht umhin, den Ermittlungsführer des Bundesgerichtshofs am 26. 8. 1972 schriftlich zu berichten, Marianne Herzog sei nur noch „im Rahmen des Normalvollzugs“ heftig.
3. Im „Normalvollzug“ der Untersuchungs-Haft hat der U-Häftling, der nach dem Gesetz als unschuldig gilt, das Recht auf zwei kontrollierten, aber sonat unbeschränkten schriftlichen und mündlichen Verkehr mit der Außenwelt, auf Besuche, aber auch auf Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen in der Anstalt.
4. Praxis im Fall von Marianne Herzog: Im Mai 1972 wegen „Sicherheitsbedenken“ eines Gefängnisdirektors, die nicht einmal die Bundesanwaltschaft teilt, Verlegung in die Justizvollzugsanstalt in Mainz, eine Art Durchgangsanstalt, in der in der Regel niemand länger als 3 Monate bleibt, weil ihr die notwendigen Einrichtungen fehlen. Ein Antrag vom 2. 6. 1972 auf Verlegung in eine regelrechte Frauenhaftanstalt liegt seit ohne Angabe von Gründen unbeantwortet bei Gericht herum. In Mainz bis zum heutigen Tag Unterbringung in starrer Isolation, als einzige Gefangene in einem sonst unbesetzten Flur mit lauten Nachbarn. Verbot der Teilnahme an jeder Gemeinschaftsveranstaltung. In der Zeit zwischen dem 15. Juni und dem 19. November 1972 wurden 2 (zwei!) Besuche zu je 15 Minuten zugelassen. Ansonsten lediglich Arbeitsbesprechungen mit den Verteidigern zugelassen. Diese